

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

1-2025

Spendenempfehlung: 4,00 €

Ausgabe Januar-Februar 2025

Themen:

Beispiele für die gegenwärtige Dynamik des Imperialismus

Kapitalismus und künstliche Intelligenz

Parteiaustritte von Leitungsmitgliedern der KPD

Vorstellung eines Jahresvorhaben unserer Zeitschrift

Redaktionsnotiz.....	3
Zur Einstimmung auf das Jahr 2025.....	6
<i>Heinz Ahlreip</i> : Stalin über Lenin.....	6
Texte zu den weltweiten aktuellen Entwicklungen des Imperialismus..	12
<i>Kommunistische Partei Mexikos (PCM)</i> : Imperialistische Kriege und die Aufgaben der Kommunisten.....	12
<i>Sozialistische Bewegung Kasachstans (SMK)</i> : Zentralasien als neuer potenzieller Schauplatz von Konflikten und Kriegen.....	27
<i>Partei der Arbeit Österreichs (PdA)</i> : Der österreichische Imperialismus und der Krieg in der Ukraine.....	43
Austritte aus der KPD.....	56
Erklärung.....	56
Austrittserklärung: Die KPD ist tot!.....	58
Kapitalismus und künstliche Intelligenz.....	77
<i>Makis Papadopoulos</i> : Künstliche Intelligenz: zugunsten der Profite des Kapitals oder der Bedürfnisse des Volkes?	77
Christian Kunz: Reflexionen.....	98
Projekt einer fortlaufenden Arbeit für die offen-siv in 2025	102
<i>Anna C. Heinrich, Jürgen Geppert, Tim Schoenmakers, Frank Flegel</i> : Notizen zum Zustand der kommunistischen Bewegung und daraus abgeleitete Arbeitsvorhaben.....	102
offen-siv-Rechenschaftsbericht für das Jahr 2024.....	105
Realisierte Hefte des Jahres 2024.....	105
Von wem es was zu lesen gab in 2024.....	105
Die Orte in der Bundesrepublik Deutschland, in die wir die offen-siv als gedruckte Broschüre schicken.....	106
Auslandssendungen gehen in folgende Länder.....	106
Finanzen des Jahres 2024.....	107
Fazit.....	107
Dokumentiert: Neujahrsgrüße des „Schattenblick“.....	108
Post aus Polen.....	109
<i>Zbigniew Wiktor</i> : Herzliche Umarmung.....	109

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Kurz zum Jahr 2024: Nichts ist besser geworden auf der Welt. Stattdessen nehmen die imperialistischen Spannungen weiter zu, womit die Kriegsgefahr weiter steigt. Die ökonomische und politische Frontstellung zwischen den beiden großen Blöcken USA/EU/NATO und BRICS PLUS wird schärfer. Wir können ein permanentes Zerren an vielen Staaten registrieren, zur Zeit besonders betroffen sind die Regionen des Nahen Ostens und Zentralasiens. Und in Mittel- und Südamerika gibt es auch einiges an Sprengstoff, ebenso unter den Anrainern des südchinesischen Meeres. Und überall mischen sich die beiden oben genannten Blöcke ein bzw. sind die zündelnden Kräfte.

Die weltweite kommunistische Bewegung aber ist sich keineswegs einig in der Beantwortung der Frage, in welcher Welt wir heute leben. Ohne eine Klarheit über diese Frage, also ohne schlüssige und einheitliche Analyse der aktuellen Epoche des Imperialismus, wird sich keine Einheit der kommunistischen Bewegung herstellen lassen. Stattdessen ist die „Europäische Kommunistische Initiative“, die am 1. Oktober 2013 auf Initiative der KKE gegründet worden war und der 29 europäischen kommunistischen Parteien angehörten, im September 2023 auseinandergefliegen. Im November 2023 haben sich die klar auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus stehenden Parteien zusammengeschlossen zur „Europäischen Kommunistischen Aktion“, sie besteht aktuell aus 12 Parteien.

Der tiefe Widerspruch, der die kommunistische Bewegung spaltet, ist die Imperialismusfrage. Deren Beantwortung ist selbstverständlich konstitutiv für die Politik einer Kommunistischen Partei. Und wer im Ukraine-Krieg nicht den Stellvertreterkrieg zweier weltpolitisch sehr mächtiger imperialistischer Blöcke sieht, sondern Russland für anti-imperialistisch hält und das Ziel Russlands im Ukraine-Krieg mit einem angeblichen Bestreben Russlands beschreibt, die Ukraine zu entnazifizieren, der bildet leider nicht die Realität ab, sondern ein Wolkenkuckucksheim des „Wünsch-Dir-Was“. Das Unangenehme daran ist, dass die Verteidiger des Wolkenkuckucksheimes nicht davor zurückschrecken, zur Rechtfertigung ihrer zum Teil recht kruden Behauptungen den Marxismus-Leninismus zu verbiegen – es ginge natürlich auch gar nicht anders. So lange dieser Zustand anhält, wird es keine Einheit geben können.

Der gerade skizzierte Widerspruch hat nun dazu geführt, dass acht Leitungskader im Dezember 2024 die KPD verlassen haben. Wir, die Redaktion der offen-siv, Anna und Frank, gehören auch dazu. Wir dokumentieren in diesem Heft die Austrittserklärungen. Das bitten wir nicht falsch zu verstehen: es geht uns nicht darum, nachzutreten, sondern, weil wir ja für das Erscheinen der Zeitschrift offen-siv verantwortlich sind, für Klarheit bezüglich der Frage zu sorgen, ob und wenn ja wo wir organisiert sind.

Wir Ausgetretenen werden uns nun nicht in alle Winde zerstreuen, sondern im Zusammenhang bleiben, also eine arbeitende Gruppe bilden, zunächst Theorie-, Analyse- und Forschungsarbeit betreiben, und Anna und Frank werden selbstverständlich die Zeitschrift offen-siv weiterführen. Ein erstes Vorhaben stellen wir Euch am Ende dieses Heftes vor. Viel weiter lässt sich im Moment noch nicht blicken.

Nun zu diesem ersten Heft der offen-siv im Jahr 2025:

Wir haben uns entschlossen, drei Arbeiten von internationalen Parteien zu dokumentieren, der Kommunistischen Partei Mexikos, der Partei der Arbeit Österreichs und der Sozialistischen Bewegung Kasachstans. Alle drei Texte drehen sich um die Frage der Klarheit über die aktuelle Weltlage. Und alle drei Arbeiten bringen neben grundsätzlicher Klarheit sehr viel Konkrektion, sehr viele Nachrichten aus den Regionen, die in eine grundsätzlich korrekte

Imperialismusanalyse eingebettet sind. Wir danken dem Genossen Marc Galwas für die Übersetzung ins Deutsche.

Nach der Dokumentation der schon oben angesprochenen Austrittserklärungen aus der KPD findet Ihr eine Arbeit der griechischen Partei über die „Künstliche Intelligenz“ unter dem Gesichtspunkt der Gesellschaftsformation, die sie einsetzt. Gefallen hat uns an diesem Text sehr, dass hier nicht der Versuch unternommen wird, eine Technik als solche zu verteufeln, sondern sehr solide und genau der Frage nachgegangen wird, was diese Technik im Kapitalismus bedeuten kann bzw. wird.

Und am Schluss des Heftes findet Ihr den Rechenschaftsbericht unserer Zeitschrift. Wir weisen in diesem Jahr ein finanzielles Minus aus. Das ist sicherlich den politischen Verwerfungen geschuldet, denn wir haben auch rund 20 Abonnenten/innen verloren. Da wir in besseren Zeiten eine kleine Rücklage gebildet haben, führt das aber nicht in den Ruin. Trotzdem müssen wir natürlich die Bitte erneuern, uns weiterhin mit Spenden zu unterstützen.

Und nun bleibt nur noch, Euch gegenüber gute Wünsche für das neue Jahr auszusprechen. Auch wenn die Welt immer rauer, die Kriegsgefahr immer größer, der Zustand der kommunistischen Kräfte keinesfalls besser und die Perspektive, imperialistische Kriege verhindern zu können, nicht gerade größer wird, werdet Ihr und werden wir weitermachen, es geht gar nicht anders. Denn ohne sich gegen die Unmenschlichkeit dieses imperialistischen Systems zu wehren wird der Mensch entweder stumpf und dumm oder depressiv und neurotisch. Also: auf geht's!

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Zur Einstimmung auf das Jahr 2025

Heinz Ahlreip: Stalin über Lenin

Angesichts sich steigernder imperialistischer Terrorisierungswellen, die über die Völker der Welt ausgeschüttet werden, teilweise mit Bomben und Drohnen, angesichts täglich zunehmender Weltkriegsgefahr, Hungersnöten und ökonomischer Krisen denkt ein Teil der unterdrückten arbeitenden Menschheit zunehmend an eine revolutionäre Lösung zur Befreiung aus ihren vorwiegend ökonomischen Zwangslagen, so dass sie sich immer intensiver dem Meister der proletarischen Revolution, Lenin, zuwendet. Man darf sich da nicht von den Zuständen in Deutschland blenden lassen, woanders auf der Welt sieht es mit den fortschrittlichen Bewegungen ganz anders aus als hier.

Neben Primärtexten von Lenin gibt es keine bessere Quelle, um etwas über ihn zu erfahren, als das, was Stalin über ihn zu Papier gebracht hat. Es gilt gerade heute unter den Gewitterwolken einer thermonuklearen Weltkatastrophe bei dem Giganten der Revolution in die Schule zu gehen, der alles aufs Spiel gesetzt hat, um die Oktoberrevolution zu retten. Alles aufs Spiel zu setzen, das steht uns noch bevor. Lenin kannte den Weg zum Kommunismus ganz genau.

Der Kommunismus ergibt sich nicht allein aus der objektiven Entwicklung ökonomischer Gesellschaftsformationen, sondern durch das Hinzukommen einer subjektiven politischen Tat, der Vernichtung der Bourgeoisie qua Zerschlagung ihrer terroristischen Unterdrückungsapparate. Was Marx unter Auswertung der Erfahrungen der Pariser Commune nur beschreiben konnte, das hat Lenin über die Weichenstellung durch die Aprilthesen als den entscheidenden Schritt der Weltgeschichte praktiziert, der vielfach bürgerlich, aber auch marxistisch angegriffen wurde.

In seiner Rede auf dem 2. Sowjetkongress der UdSSR am 26. Januar 1924, betitelt 'Zum Tode Lenins', hebt Stalin hervor, dass die Kommunistinnen und Kommunisten aus besonderem Material geformt sind. Es gibt nichts Höheres als die Ehre, der Parteiarmee Lenins anzugehören. Nicht jedem ist es gegeben, Mitglied dieser Partei zu sein, nicht jedem ist es gegeben, die Unbilden zu ertragen, die mit der Mitgliedschaft in dieser Partei verbunden sind. Lenin

lehrte den Kommunistinnen und Kommunisten, dass die Parteifahne stets hochzuhalten sei. Es ist sein Verdienst, dass nach 25 Jahren die russische Partei zur gestähltesten der Welt wurde. Das "Geheimnis" war einfach ihre Einheit und Geschlossenheit.

Die Größe Lenins besteht u. a. in der Gründung der russischen Sowjetrepublik in einem Vielvölkerstaat auf der Grundlage des Bündnisses zwischen den Millionen und Abermillionen Arbeiter und Bauern gegen die Kapitalisten und Gutsbesitzer. Stalin hebt hervor, dass man die Größe Lenins nicht allein sowjetrussisch begründen darf, sondern in ihm einen glühenden Internationalisten sehen muss. Lenin hat die Herzen der Arbeiter und Bauern der ganzen Welt als "der genialste unter den genialen Führern des Proletariats" (Stalin, Zum Tode Lenins, in: Lenin, Ausgewählte Werke, Band I, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau, 1946,21) gewonnen, wie er denn auch das damalige bisherige Unikat 'Sowjetrepublik' nicht als Selbstzweck betrachtete, sondern als weltrevolutionäres Kettenglied.

Aufschlussreiches über Lenin erfahren wir auch aus Stalins Artikel zum 50. Geburtstag Lenins, betitelt 'Lenin als Organisator und Führer der KPR'. Damit sind die Schwerpunkte des Artikels benannt. Es ging um Leben und Tod der Partei.

Lenin wurde am 22. April 1870 geboren, Stalins Artikel stammt also vom 22. April 1920. Lenin verstand es ausgezeichnet, Wege und Mittel zur Verwirklichung des Marxismus zu ändern, wenn Situationen sich änderten. Lenin hatte als Parteiorganisator zu beachten, dass sich ihre Gründung im Gegensatz zu den Ländern im industriell fortgeschritteneren Westen unter konspirativen Bedingungen vollziehen musste. Eine einheitliche Kampforganisation von Berufsrevolutionären war erforderlich. Man sagte Lenin nach, dass er als gars-tiger Polemiker aufgetreten sei, aber das war notwendig, um eine Partei aus einem Guss hinzubekommen.

Es lag somit auf der Hand, dass Lenin sich scharf gegen die Menschewiki wandte, die die legalen westlichen Parteien kopieren wollten, denen es nur um wirtschaftliche Verbesserungen der Lage der Arbeiter ging. Sie forderten von der russischen Arbeiterbewegung, sich auf den lokalen ökonomischen bzw. trade-unionistischen Kampf zu beschränken. Lenin kam dagegen Ende des 19. Jahrhunderts auf die Idee mit der allrussischen Zeitung 'Iskra' (Der Funke).

Sie war ein kollektiver Organisator, eine gesamtrossische politische Zeitung zur Zusammenziehung der besten Kämpferinnen und Kämpfer. Die 'Iskra' spielte von 1900 bis 1903 eine große Rolle bei der Bildung einer autonomen Kampfpartei. Sie erschien im Ausland und wurde illegal über die Grenze eingeschleust. Ohne diese Zeitung und ohne eine auf ihrer Grundlage errichteten Partei wäre die ganze Bewegung einem menschwistischen Getaumel preisgegeben gewesen, um so leicht eine Beute der Liberalen zu werden. Stalin spricht von der "organisatorischen Verlotterung der Menschewiki" (Stalin, Lenin als Organisator und Führer der KPR, in: Lenin, Ausgewählte Werke, Band I, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau, 1946, 24). Dank Lenin wurde aus einer Partei, die der Gefahr der Verlotterung ausgesetzt war, eine zugleich mehr als die bürgerlichen Parteien in sich gefestigte als auch elastische Partei.

Lenin hatte als Führer der Partei diese an die Spitze der Revolution zu hieven, dies umso mehr, als die Menschewiki defaitistisch die russische Bourgeoisie als den Hegemon sowohl der proletarischen als auch der bäuerlichen Revolution und das Proletariat lediglich als äußerste linke Opposition anerkannten. Lenin zerschlug diesen menschwistischen Plunder, indem er die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft in den politischen Raum stellte, eine Forderung, die im Keim die 'Diktatur des Proletariats' in sich enthielt. Nach der Oktoberrevolution avancierte Lenin zum Führer der stärksten und gestähltsten proletarischen Partei der Welt.

Aufschlussreiches über Stalins Leninbild können wir in seiner Rede auf dem Gedenkabend der Kremlkursanten vom 28. Januar 1924 entnehmen, in ihr berichtet Stalin von seinen persönlichen Begegnungen, beginnend mit der Begegnung im Dezember 1905 auf der Konferenz der Bolschewiki in Tamersfors (Finnland). Lenin verstand es, über die verwickeltsten Dinge so einfach und klar, so gedrängt und kühn zu schreiben und zu sprechen, dass jeder Satz wie ein Schuss traf. Stalin nennt Lenin den „Bergadler unserer Partei“ und charakterisiert ihn in einem Atemzug als bescheiden. (Vergleiche Stalin, Über Lenin, in: Lenin, Ausgewählte Werke, Band I, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau, 1946,31). Er hatte nichts von einem „großen Mann“ der Weltgeschichte an sich. Weder kam er, um die Spannung zu steigern, zu spät zu seinen Reden, wie dies ausgeklügelt zum Beispiel (ich weiß, die Vergleiche hinken) Hitler, Franco und Peron taten, noch unterstrich er seine Worte

mit wilden Armen gestikulierend. In Tamersfors erlebte Stalin Lenin zum ersten Mal als Redner. Einfache klare Beweise, kurze und allgemeinverständliche Sätze, keine effektvollen Phrasen, so notierte Stalin seinen Auftritt. Nichts an ihm glich einem Parlamentarier. Das Fesselndste aber war die unüberwindliche *Kraft der Logik*.

Stalin traf Lenin 1906 auf dem Stockholmer Parteitag wieder, auf dem die Leninisten in der Minderheit blieben. Stalin erlebte Lenin als Verlierer. Es gab kein intellektualistisches Lamentieren, denn Lenin wusste, dass er Recht hatte und sicher siegen wird. So reagierte Lenin auf eine Niederlage, um im Falle eines Sieges wiederum nicht überheblich zu werden wie auf dem Londoner Parteitag 1907.

Durch den Sieg nicht überheblich werden, so lehrte er es uns. Er hatte die innere Kraft, gegen den Strom zu schwimmen, wenn die Mehrheit der Partei gegen marxistische Prinzipien verstieß. Das zeichnet marxistisch-leninistische Klassenkämpfer aus, während kleinbürgerliche und bürgerliche Parteien auf das Erbärmlichste durch Duckmäusertum zusammengehalten werden. Er war prinzipienfest genug, um gegen die Parteimehrheit aufzustehen, *sogar als einziger gegen alle*.

Das sind die ganz raren Bergadler, die in der Wüste ihres Daseins die Kraft zum Kämpfen nur in ihrem Inneren ohne Entlehnung aus anderer Autorschaft finden, denen ein immer glühender Impuls eigen ist, keine anderen Autoritäten neben sich zu platzieren und zu dulden, nur sich aus sich selbst aufzutreiben. Deshalb folgen, um es mit Hegel zu sagen, ganze Völker diesen Seelenführern, deshalb zogen im März 1953 fünf Millionen Menschen am im Gewerkschaftshaus aufgebahnten großen Feldherren Stalin vorbei. Für beide, für Lenin und Stalin, war ausgemacht, dass prinzipienfeste Politik die einzig richtige Politik ist. Prinzipienfestigkeit allein ist nicht ausreichend zur großen weltgeschichtlichen Tat, den Massen vertrauen, an sie glauben, das ist das alles in sich fassende Metier von Berufsrevolutionären.

Von 1909 bis 1911 wütete bis aufs heftigste die Reaktion, es kam in einer Zeit des Zerfalls zu einer Massenflucht von Intellektuellen, gar von Arbeitern aus der Partei und es ergab sich ein Wirrwarr von Parteifraktionen wie bei den Menschewiki. *Nur* Lenin erlag keiner Auflösungsstendenz und hielt das Parteibanner hoch zur zähen Sammlung der besten Kräfte.

In der Zeit von 1914 bis 1917 wütete der imperialistische Krieg, fast alle großprahlerischen sozialistischen Revolutionäre mutierten über Nacht zu Imperialisten, warfen die rote Fahne in den Staub, um ihre Hände in Malocher-Blut zu waschen. Stalin führt aus, dass Lenin der einzige, "oder fast der einzige" war, der den Kampf gegen den Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus aufnahm. Der Internationalismus war ganz peripher geworden, eine eingeknickte Blume, aber Lenin glaubte an die schöpferischen revolutionären Kräfte der Massen und an den proletarischen Klasseninstinkt, der erfasst, dass die normale Ordnung in der Geschichte die Ordnung der Revolution ist.

Er war der festen Überzeugung, dass man die Massen nicht nach den Büchern lehren bzw. belehren könne, umgekehrt: Die praktischen Erfahrungen des Kampfes der Massen sorgfältig studieren! "Glaube an die schöpferischen Kräfte der Massen – das ist gerade jene Besonderheit im Wirken Lenins, die es ihm ermöglichte, das Walten der spontanen Kräfte zu erfassen und ihre Bewegung in die Bahn der proletarischen Revolution zu leiten" (a.a.O.,36). Das letzte Kapitel seiner Rede über Lenin vom 28. Januar 1924 hat Stalin Lenin als Genius der Revolution gewidmet. Lenin war für die Revolution geboren, er war der Genius revolutionärer Explosionen und der größte Meister revolutionärer Führung. In einer Epoche revolutionärer Erschütterungen war er in seinem Element. (Vergleiche a.a.O.) Das ist die rechte Sprache, im Manifest von Marx und Engels heißt es, dass der ganze offizielle Überbau der bürgerlichen Gesellschaft in die Luft gesprengt werden müsse – ein Bild, das sich jeder Revolutionär einprägen muss. Lange vor Mao prägte Stalin 1924 das Bild von Lenin als Fisch im roten Wasser, Stalin spricht auch von der schwindelerregenden Kühnheit der revolutionären Pläne Lenins.

Erwähnenswert ist vor allem der Fall des alten reaktionären Haudegens General Duchonin, der sich wenige Tage nach der Oktoberrevolution weigerte, die imperialistischen Kriegshandlungen gegen das reaktionäre deutsche Heer - Lenin wurde von der Reaktion bekanntlich als dessen Spion denunziert - einzustellen. Duchonin, Oberbefehlshaber *über 12 Millionen Mann*, lehnte den entsprechenden Befehl des Rates der Volkskommissare, die Waffen aus den Händen zu legen, ab. Lenin fand die Lösung – eine der technischen Art. Über Radio teilte er die Absetzung des alten Generals mit und ernannte den jungen Rechtsanwalt Krylenko zum Oberbefehlshaber. Die Generale der Duchonin-Armee wurden verhaftet. "Genialer Scharfblick, die Fähigkeit, den inneren

Sinn der herannahenden Ereignisse rasch zu erfassen und zu enträtseln – das ist jene Eigenschaft Lenins, die ihm half, an den Wendepunkten der revolutionären Bewegung die richtige Strategie und eine klare Linie des Verhaltens festzulegen“. (a.a.O.,38).

Es wurde eingangs darauf hingewiesen, dass das Studium der *Originalwerke* Lenins durch nichts zu ersetzen ist. Fünf ragen aus dem Mammutwerk heraus für Menschen, die sich entschlossen haben, nicht länger wegzusehen, sich nicht länger zu ducken, nicht weiter ihren Rücken zu verkrümmen, sondern politisch-revolutionär Angriffe auf die kapitalistischen Zitadellen vorzubereiten: 1902: Was tun? (Grundlegung einer revolutionären Arbeiter- und Bauernpartei), 1916: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (Darstellung der neuen ökonomischen Bedingungen unter der Herrschaft des monopolistischen Finanzkapitals im Gegensatz zum klassischen Konkurrenzkapitalismus), 1917: Staat und Revolution (Wiederherstellung der opportunistisch verfälschten Staatslehre von Marx und Engels zwecks Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates), 1918: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky (Verschleierung der bürgerlichen Diktatur mit marxistischen Phrasen), 1920: Der ‘Linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus (Versuch einer populären Darstellung der marxistischen Strategie und Taktik).

Texte zu den weltweiten aktuellen Entwicklungen des Imperialismus¹

Kommunistische Partei Mexikos (PCM): Imperialistische Kriege und die Aufgaben der Kommunisten

Ideologische Sektion des ZK der KPM

Zum Gedenken an Wladimir Iljitsch Lenin

Als im Februar 2022 die Russische Föderation militärisch in der Ukraine intervenierte, bestätigten die unterschiedlichen Positionen der kommunistischen Parteien die ideologische, politische und strategische Krise der internationalen kommunistischen Bewegung; es handelt sich nicht um eine Vielfalt von Ansätzen, um Pluralität, sondern um eine Frage von Prinzipien, in der eine doppelte Interpretation nicht zulässig ist: entweder man marschiert unter dem Banner des proletarischen Internationalismus, oder man begibt sich auf den unheilvollen Abhang, dem die Zweite Internationale seinerzeit bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs in die Zersetzung folgte.

Die Wirklichkeit, alles, was materiell ist, ist mit dem wissenschaftlichen Ansatz des Marxismus-Leninismus erkennbar, und natürlich der gesellschaftliche Prozess, die gesellschaftliche Entwicklung; und wenn man vom Klassenstandpunkt ausgeht, kann man nicht zu zwei verschiedenen oder gegensätzlichen Schlussfolgerungen kommen, es sei denn, der Ansatz ist nicht klassenorientiert, es sei denn, man sagt nur formal, dass er von unserer Theorie ausgeht, aber in Wirklichkeit ist er es nicht, entweder weil einige ihrer Elemente verwässert und andere durch Revisionismus oder Dogmatismus, durch Subjektivismus oder Eklektizismus verwischt wurden: Das gilt beispielsweise für die leninistische Imperialismustheorie und auch für die Frage der Kriege.

¹ Die drei folgenden Arbeiten stammen aus der „International Communist Revue“ die den Untertitel führt: „an issue dedicated to the imperialist war and other topical issues of ideological and political struggle“. (Internationale Kommunistische Rundschau, Ausgabe 13, 2024) Wir danken dem Genossen Marc Galwas für die deutsche Übersetzung; d.Red.

Es ist notwendig, einige wesentliche Elemente der Situation innerhalb der Zweiten Internationale angesichts des imperialistischen Krieges, der 1914 ausbrach, hervorzuheben, ohne eine Analogie herstellen zu wollen.

Im Vorfeld des ersten imperialistischen Krieges bekräftigte die Sozialdemokratie ihre internationalistische Position und wies darauf hin, dass der Beginn des Krieges auch eine Grundlage für revolutionäre Ausbrüche sein würde, wie im Fall des deutsch-französischen Krieges mit der Kommune und des russisch-japanischen Krieges mit der Revolution von 1905. Das Basler Manifest erklärte sehr deutlich, dass „die Arbeiter es für ein Verbrechen halten, zum Nutzen der Kapitalisten aufeinander zu schießen“, und rief zur Opposition gegen den Militarismus und zum wirksamen Handeln auf.

Aber bei Ausbruch des Krieges wurde alles verraten, und die deutsche Sozialdemokratie stimmte für die Kriegskredite, mit dem Argument, dass 30 % der deutschen Armee mit dem Sozialismus sympathisierten, mit anderen Argumenten, die zum Teil sehr seltsam waren, wie etwa die von Adler und den Österreichern, aber generell ging die Zweite Internationale bankrott und ersetzte den Marxismus durch Sozialchauvinismus. Diese Ersetzung, die wie alle qualitativen Veränderungen plötzlich und unerwartet - aber nicht unvorhersehbar - erfolgte, war das Ergebnis einer allmählichen Zersetzung durch die konsequente Arbeit des Revisionismus und Reformismus, die die revolutionären politischen Positionen der Arbeiterparteien untergruben und sie auch daran hinderten, den Übergang vom freien Austausch zum Monopol innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zu verstehen.

In der Imperialismusdebatte zeigt sich der große Unterschied zwischen Lenin und Kautsky, die diese Phase entweder als eine Phase der Zersetzung und als Vorspiel zur sozialistischen Revolution oder als einen fortschrittlichen Faktor für den Weltfrieden betrachteten, wie es beim „Ultraimperialismus“ der Fall war.

Gegen den Strom wusste sich eine Minderheit in der internationalen Arbeiterbewegung ihrer Verantwortung zu stellen, die marxistische Theorie gegen die Abtrünnigen zu verteidigen und schöpferisch weiterzuentwickeln. Das waren vor allem die bolschewistische Partei und Lenin, die sie in allen wesentlichen Punkten weiterentwickelten, und die Spartakisten, die trotz ihrer ehrlichen

Bemühungen in einigen Fragen zögerten, aber in den wesentlichen Fragen eine richtige Position einnahmen.

Die theoretische Entwicklung der Bolschewiki hat mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Bewährungsprobe der Geschichte bestanden, während einer der Mängel der deutschen Revolution von 1919 leider darin bestand, dass die Partei, so wie sie sie konzipierte, nicht die dafür erforderlichen Merkmale aufwies. Sowohl die Bolschewiki als auch die Spartakisten, die über einen guten Grad an organisatorischer Entwicklung und realen Einfluss im Proletariat verfügten, zögerten nicht, in einer Zeit allgemeiner ideologischer Fäulnis mit viel weniger stark entwickelten organisatorischen Kräften zusammenzuarbeiten, die sich auf der Ebene von einzelnen Gruppen bewegten, aber aus Prinzip handelten.

Einige dieser Gruppen, die in Zimmerwald und Kienthal² die Internationalisten und Lenin unterstützten und die dazu beitrugen, die Grundlagen der Dritten Internationale zu legen, wurden später zu Parteien, und andere waren nie in der Lage, ihre Gruppenkultur aufzugeben, wie der Fall der Gruppe, an der Gorter und Panekoeck teilnahmen; aber im kritischen Moment positionierten sie sich richtig.

Heute, wo man den Bankrott einiger kommunistischer Parteien erkennen kann, die früher in die richtige Richtung zu gehen schienen, und nun durch ihre plötzliche Hinwendung zum Lager des Opportunismus Strömungen in ihren eigenen Reihen entstehen lassen, die entschlossen sind, weder revolutionäre Positionen noch den proletarischen Internationalismus aufzugeben, muss man sich das Kriterium vor Augen führen, dass die Haltung zum imperialistischen Krieg in Momenten der Unübersichtlichkeit den Prüfstein darstellt.

² „Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal hatten ihre Bedeutung in einer Zeit, in der es notwendig war, alle proletarischen Elemente zu vereinen, die bereit waren, auf die eine oder andere Weise gegen das imperialistische Gemetzel zu protestieren. Aber die Zimmerwalder Gruppe war neben wirklich kommunistischen Elementen auch von ‚zentristischen‘, pazifistischen und schwankenden Elementen durchdrungen.“ So steht es in der Erklärung der Teilnehmer der Zimmerwalder Konferenz an den Kongress der Kommunistischen Internationale, die unter anderem von Lenin unterzeichnet wurde.

Es ist keine nebensächliche Tatsache, dass eine solche Periode der Krise und des Bankrotts der Arbeiterbewegung auch eine Periode der entscheidenden theoretischen und strategischen Entwicklung des Marxismus ist, der Schmelztiegel des Marxismus-Leninismus: in der Wirtschaft, im Staat und in den programmatischen Zielen, die den Weg zur historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eröffneten.

Sich auf den Klassencharakter des Krieges zu konzentrieren, damals wie heute, ist die Kreuzung verschiedener Wege, und zwar nicht verschiedener Wege zum gleichen Ziel, sondern verschiedener Kampfpositionen im Klassenkampf, entweder mit der Arbeiterklasse und ihren unmittelbaren und historischen Interessen oder mit der Klassenherrschaft des Ausbeutungsregimes.

Und in diesem Punkt ließen die theoretischen Bemühungen der revolutionären Marxisten die folgenden Schlussfolgerungen zu: Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, der Krieg ist das Ergebnis unversöhnlicher Zusammenstöße und Antagonismen zwischen den verschiedenen kapitalistischen Ländern, und solange der Kapitalismus existiert, werden Kriege unvermeidlich sein. Daher ist eine Sache die ständige Anprangerung des und Konfrontation mit dem Militarismus und eine andere ein utopischer und steriler Pazifismus, der glaubt, dass der Krieg ohne den revolutionären Umsturz des Kapitalismus vermieden werden kann. Während einer bestimmten Periode, in der in der gegenwärtigen Produktionsweise - der letzten, in der es eine Ausbeuterklasse geben wird - der Konzentrations- und Zentralisierungsprozess den Freihandel noch nicht verdrängt hatte, konnten einige Kriege gerecht sein, aber seit dem Ende des 19. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts waren, wie Lenin sagte, die Kriege auf beiden Seiten imperialistisch.

1914 gab es weder in Russland noch in Österreich-Ungarn, Frankreich oder England eine gerechte Seite, es war auf keiner Seite ein gerechter Krieg, und deshalb haben die internationalistischen Revolutionäre mit Lenin an der Spitze als ihre Aufgabe festgelegt, sich nicht unter eine fremde Flagge zu stellen, sondern die Klassenunabhängigkeit zu verteidigen.

Heute argumentieren einige, dass der Krieg nicht auf beiden Seiten imperialistisch sei, sondern dass es eine gerechte Seite gäbe, trotz der Erkenntnis, dass die beteiligten Länder kapitalistisch sind und dass sich der Kapitalismus in seiner höchsten Phase, dem Imperialismus, befindet. Es wird zum Beispiel

behauptet, dass Russland das Recht hat, seine Souveränität zu verteidigen, oder dass es sich um einen antifaschistischen Krieg handelt; Irrtum! Welch traurige Position einiger KPs und provokativer Gruppen, wie die World Anti-imperialist Platform, die mit der spezifischen Aufgabe entstanden ist, die revolutionären kommunistischen Parteien anzugreifen.

Über den Charakter des Krieges in der Ukraine

Für Revolutionäre hat der Ausbruch des Krieges Fragen über den Entwicklungsgrad des Kapitalismus und die Bedeutung des Imperialismus, über Strategie und Taktik, über die Rolle der Kommunisten und die Aufgaben der Periode auf die Tagesordnung gebracht. Doch um diese Diskussion zu führen, ist es notwendig, das Wesen des Krieges in der Ukraine und seine Bedeutung zu charakterisieren.

Der imperialistische Krieg, der in der Ukraine geführt wird, hat seine Wurzeln im Triumph der Konterrevolution in der UdSSR und der Restauration des Kapitalismus. In dieser Region verschärfen sich die zwischenimperialistischen Zusammenstöße schnell und hatten ihre zentralen Höhepunkte mit der Entscheidung, die wirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine zu Russland entgegen der Interessen der USA und der EU zu verstärken, der folgenden Intervention des US-EU-Blocks im Jahr 2014 mit der Einsetzung einer Regierung, die mit seinen Interessen sympathisiert und der darauf folgenden Antwort Russlands mit der Annexion der Halbinsel Krim und 2022 dem formellen Beginn des Krieges.

Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine markiert den Beginn einer neuen Phase in der zwischenimperialistischen Auseinandersetzung, in der jede Seite bereit ist, ganze Völker zu opfern, um sich den maximalen Anteil am Profit zu sichern, in der der drohende Einsatz von Atomwaffen heraufbeschworen wird und die Vertreter der Bourgeoisie auf beiden Seiten offen von den notwendigen Vorbereitungen für einen allgemeinen Krieg sprechen.

Im Mittelpunkt der Kriegsfrage stehen die Antagonismen der imperialistischen Pole, insbesondere derjenige zwischen China und den USA, und in abgeleiteter Form der Zusammenstoß zwischen Russland und der EU-USA.

Für Lenin ist der Imperialismus die höchste Stufe der Entwicklung des Kapitalismus, eine Phase, die durch den Prozess der wirtschaftlichen Konzentration

on und Zentralisierung, die Phase der Herrschaft der Monopole und die Beendigung des freien Wettbewerbs, die für die vorangegangene Periode charakteristisch war, gekennzeichnet ist, eine Phase, in der nicht nur der Export von Waren, sondern auch der Export von Kapital eine zentrale Rolle spielt. In Lenins Analyse kann diese Phase nicht nur als alleinige Entwicklung einiger Länder gewertet werden, sondern muss insgesamt als eine Phase betrachtet werden, die der Kapitalismus erreicht, in der alle Länder durch das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung miteinander verbunden sind. Lenin beobachtete die Entwicklung dieses Phänomens am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als einige Länder begannen, die imperialistische Phase zu erreichen und die kapitalistischen Verhältnisse als Gesamtheit zu verbinden.

Lenin wies auf das Problem der abhängigen, kolonialen und halbkolonialen Länder hin, aber die Entwicklung der Produktivkräfte und der Klassenkampf (bei dem die UdSSR und die Kommunisten eine entscheidende Rolle spielten) haben diese Welt verändert. Länder, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine geringe Entwicklung ihrer Produktivkräfte aufwiesen (wie Brasilien, Mexiko oder Australien) oder dem kolonialen oder halbkolonialen Joch unterworfen waren (wie die Länder des asiatischen Südostens), haben jetzt einen beschleunigten Entwicklungsprozess durchlaufen und sind in komplexe Abhängigkeitsverhältnisse eingebunden. In vielen dieser Länder zeigt die Geschichte die Herausbildung der Bourgeoisie und ihre Entwicklung mit friedlichen und gewaltsamen Mitteln, die sie in wichtige Positionen gebracht hat.

Es ist notwendig, sich von Ansichten zu distanzieren, die den Imperialismus in einer reduktionistischen Weise behandeln und ihn nicht als eine Phase der allgemeinen Entwicklung des Kapitalismus, sondern als ein Stadium in der Entwicklung einiger Länder oder als eine Reihe von aggressiven Außenpolitiken betrachten und so den antiimperialistischen Kampf nur mit dem Kampf gegen bestimmte Erscheinungsformen einiger kapitalistischer Länder gleichsetzen, eine Sichtweise, die den Kampf gegen den Imperialismus häufig auf den Kampf gegen den US-Imperialismus reduziert.

Mit dieser Auffassung haben Gruppen von Kommunisten prinzipienlosen Bündnissen Tür und Tor geöffnet und sich zum Spielball des den USA gegenüberstehenden bürgerlichen Pols gemacht, ohne die sozialistische Revolution einen Zentimeter voranzubringen.

Der konsequente antiimperialistische Kampf ist der Kampf gegen die Monopole, der Kampf gegen die Bourgeoisie in jedem Land. Im Moment des imperialistischen Krieges ist der einzige konsequente Revolutionär derjenige, der für den Sturz der Bourgeoisie handelt - wie Lenin betonte: „Der Kampf gegen die Regierung selbst, die einen imperialistischen Krieg führt, darf nicht bei der Möglichkeit einer Niederlage des Landes als Ergebnis revolutionärer Agitation aufhören.“ (Die Konferenz der SDAPR-Gruppen im Ausland, 1915)

Nachdem wir das Problem der Charakterisierung des Stadiums der kapitalistischen Entwicklung aufgezeigt haben, wollen wir uns mit der Frage des Krieges in der Ukraine befassen:

Mit dem Triumph der Konterrevolution in der UdSSR entwickelten sich die kapitalistischen Verhältnisse sowohl in Russland als auch in der Ukraine rasch. Auf den technischen Errungenschaften und der Produktionskapazität der sozialistischen Industrie aufbauend, ging das gesellschaftliche Eigentum in private Hände über, die den Reichtum schnell konzentrierten, was zu Monopolen führte, die Sektoren der Wirtschaft kontrollieren und insgesamt im Staat ihren Vertreter haben. Die Arbeiterklasse Russlands und der Ukraine wurde durch die Zerschlagung des Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus, den Verlust sozialer Errungenschaften wie kostenlose Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, Wohnungen, den 8-Stunden-Arbeitstag, die garantierte Rente für alle Arbeitnehmer, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die soziale Sicherheit, wichtige Schritte zur Abschaffung der Ungleichheit der Frauen, die Direktwahlen in den Betrieben und das Recht, diese zu widerrufen, schwer getroffen; außerdem traten unbekannte Phänomene wie die Bildung einer industriellen Reservearmee, das Wiederauftreten von Geißeln wie Elend, das Wiederaufleben der Ausbeutung usw. auf.

Die Wiederherstellung des Kapitalismus bedeutete auch die Spaltung und Konfrontation des russischen und des ukrainischen Volkes, die jahrzehntlang zusammengelebt, eine sozialistische Gesellschaft aufgebaut und im Zweiten Weltkrieg gemeinsam gegen den Faschismus gekämpft hatten. Gleichzeitig wurde systematisch versucht, die Errungenschaften des Sozialismus zu diskreditieren.

Im Zuge der Wiederherstellung des Kapitalismus wurden sowohl Russland als auch die anderen Länder, die die UdSSR bildeten, in das imperialistische Sys-

tem integriert, allerdings aufgrund des Gesetzes der ungleichen Entwicklung in unterschiedlichen Positionen.

Zur gleichen Zeit, als sich die aufstrebende russische und ukrainische Bourgeoisie etablierte, beanspruchten die Monopole der USA und der EU ihren Anteil an der Beute. Es wurden politische, diplomatische, militärische und wirtschaftliche Bündnisse geschlossen, mehrere Länder traten der Europäischen Union und der NATO bei (Ungarn, Polen und die Tschechische Republik 1999; Bulgarien, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen 2004) und stärkten damit einen imperialistischen Pol.

Die russischen Kapitalisten mussten Positionen aufgeben, weil sie kein günstiges Kräftegleichgewicht auf dem internationalen Terrain hatten. Aber nach und nach gelang es Russland - nun mit der vollen Vorherrschaft der kapitalistischen Verhältnisse -, sich einen Platz in der kapitalistischen Auseinandersetzung zu sichern, seine Monopole, insbesondere die Energiemonopole, gewannen an Stärke und Positionen auf den EU-Märkten, während es militärisch eine Reihe von Kampagnen startete, wie in Georgien, mit Abchasien und Südossetien (1992-94 und 2008); Interventionen in Syrien und im Nahen Osten; die Unterdrückung von Arbeiterdemonstrationen in Kasachstan unter Führung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, an der Truppen aus Russland, Weißrussland, Armenien, Tadschikistan und Kirgisistan beteiligt waren; und der Fall der Ukraine seit 2014.

Heute hat Russland einen hohen Entwicklungsstand, ist gemessen am nominalen BIP die elftgrößte Volkswirtschaft und verfügt über mächtige Monopole wie Gazprom.

Parallel dazu entstanden neue kapitalistische Konkurrenten, die sich um die Kontrolle von Märkten, Rohstoffen, Transportknotenpunkten und Handel streiten. Insbesondere China ist im letzten Jahrzehnt zur zweitgrößten Volkswirtschaft aufgestiegen und hat Länder wie Frankreich, Deutschland und Japan verdrängt, mit der objektiven Tendenz, die USA von der führenden Position innerhalb des imperialistischen Systems zu verdrängen. China ist der wichtigste Teilnehmer an den BRICS und fördert Projekte wie die Neue Seidenstraße. Es ist klar, dass die USA und China um die Vorherrschaft konkurrieren, und zwar in Auseinandersetzungen, die sich an verschiedenen Fronten äußern und zuweilen zu Handelskriegen, der Einführung von Zöllen, dem

Verbot der Nutzung bestimmter Technologien, dem Bruch und dem Abschluss neuer Abkommen, militärischen Eskalationen usw. eskalieren.

Der russischen Bourgeoisie kam es gelegen, Bündnisse mit dem chinesischen Kapital und den aufstrebenden kapitalistischen Volkswirtschaften, die in den BRICS-Staaten zusammengeschlossen sind, sowie mit anderen regionalen Bündnissen wie der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit zu schließen. Diese Bündnisse wurden in großspurigen Erklärungen wie der des offiziellen Treffens der Staats- und Regierungschefs Russlands und Chinas im Rahmen der Olympischen Winterspiele 2022 verkündet, in der sie betonten, dass es für die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern keine Beschränkungen oder verbotenen Zonen gäbe.

Nach der Krise von 2009 versuchte der Kapitalismus - auf internationaler Ebene - auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu balancieren. In den entwickelten Ländern gab es jahrelange Anpassungen und eine offen arbeiterfeindliche Politik, während die Kapitalisten gleichzeitig bestrebt waren, die Krise zu lindern, indem sie versuchten, neue Märkte und Ressourcen oder Transportknoten zu erobern. Im Gegensatz zum 19. Jahrhundert gibt es jedoch kein Neuland mehr, in dem sich der Kapitalismus einnisten kann, was zu einer raschen Entwicklung von Konflikten zwischen den verschiedenen imperialistischen Polen führte, die sich in Handelskriegen, diplomatischen Sticheleien, Wirtschaftssanktionen und dem Ausbruch von Kriegen äußert.

In der Ukraine hat sich seit dem Triumph der Konterrevolution in der UdSSR eine kapitalistische Entwicklung vollzogen, die durch die asymmetrische Abhängigkeit von Russland und den Kampf um Märkte, natürliche Ressourcen usw. durch die Bourgeoisie der EU und der USA gekennzeichnet ist.

Dieser Konflikt hat sich in der Ukraine entwickelt und erklärt die politischen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte. In den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts wurde in der Ukraine eine Politik des maximalen Profits verfolgt und Vereinbarungen mit Russland, Europa und den Vereinigten Staaten getroffen. Während sich jedoch die Widersprüche zwischen den beiden Blöcken entwickelten, die nicht unbegrenzt aufrechterhalten werden konnten, befand sich die Ukraine im zweiten Jahrzehnt in dem Dilemma, zwischen einem Assoziierungsabkommen mit der EU und einem Abkommen im Rahmen der von Russland geförderten Eurasischen Zollunion wählen zu müssen.

Im Jahr 2010 kam Viktor Janukowitsch, ein von der Bourgeoisie unterstützter Politiker mit prorussischen Tendenzen, an die Macht, und mit seinem Amtsantritt verschärfte sich der Kampf der verschiedenen Strömungen der Bourgeoisie in der Ukraine. Im Jahr 2014 machte die Regierung Janukowitsch Abstriche bei der Umsetzung des Abkommens mit der Europäischen Union und ging dazu über, die Beziehungen zu Russland zu intensivieren. Ein Teil der Bourgeoisie inszenierte mit aktiver Unterstützung der USA und der EU einen Putsch und machte die Pläne zur Vertiefung der wirtschaftlichen Integration Russlands mit der Ukraine zunichte. Bei diesen Manövern bedienten sie sich nationalistischer und philofaschistischer Gruppen und ließen der Unterdrückung jeglicher kommunistischen Äußerungen freien Lauf. Russland reagierte umgehend mit der Annexion der Halbinsel Krim. Zugleich begannen beide Seiten mit Operationen, um eine Kontrolle über die Ostukraine zu erlangen. Russland erkannte die so genannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk in der Donbass-Region an und unter dem Vorbehalt der Selbstverteidigung und des Kampfes gegen den Faschismus wurden viele Schritte in Richtung Krieg unternommen, ein Krieg, der schließlich mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 22. Februar 2022 begann.

Dieser Krieg in der Ukraine ist Teil der allgemeinen Eskalation der Konfrontationen zwischen den imperialistischen Polen, die auf immer größere Kriege zusteuern.

Die Rolle der Kommunisten im Kampf gegen den imperialistischen Krieg

Nach der Konterrevolution in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern begann der rücksichtslose Wettbewerb der Monopole um die Kontrolle der Weltmärkte und Ressourcen. In den 90er Jahren nutzten die Vereinigten Staaten und die europäischen Mächte die Situation, um ihren wirtschaftlichen und militärischen Einfluss in der Welt auszuweiten, nachdem der sozialistische Damm gebrochen war. Der erste Golfkrieg und die Kriege im ehemaligen Jugoslawien sind die sinnbildlichsten Beispiele für diese Zeit. Eine Zeit lang nutzten die Vereinigten Staaten ihre Vormachtstellung in der Weltwirtschaft und das vorübergehende Ende des Sozialismus, um ihre Interventionen in der Welt auszuweiten. Sie taten dies nicht ohne Widersprüche, selbst bei ihren eigenen euro-atlantischen Verbündeten.

Nach mehreren Jahrzehnten der ideologischen Aufweichung innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung führte der Schock, der durch den vorübergehenden Rückzug des Sozialismus in Osteuropa und der UdSSR ausgelöst wurde, in vielen kommunistischen Parteien zu ernsthafter Konfusion. Alte und falsche Positionen zum Imperialismus begannen die internationale kommunistische Bewegung zu durchdringen, z.B. die Ausblendung des wirtschaftlichen und historischen Wesens des Imperialismus als höchste und letzte Phase des Kapitalismus und die einseitige Betrachtung nur seiner politisch-militärischen Folgen, wie des aggressiven und expansionistischen Charakters bestimmter Mächte. Auf diese Weise wurde der Imperialismus zum Synonym für die Vereinigten Staaten, während die Rolle einiger europäischer Mächte, wenn überhaupt, nur als untergeordnete Verbündete anerkannt wurde. Kautskys Positionen, die von Lenin und der Kommunistischen Internationale bekämpft wurden, tauchen in der Arbeiterbewegung wieder auf.

Gleichwohl wurden die Bourgeoisie und die Monopole, die in der Konterrevolution in Russland und den ehemaligen Sowjetrepubliken triumphierten, allmählich stärker und nutzten die große Produktivkraftentwicklung, die im Sozialismus stattfand. Zunächst beschränkte sich ihre staatliche Interessenvertretung auf die Verteidigung ihrer Kontrolle im Bereich der ehemaligen Sowjetrepubliken, wie z. B. in den Tschetschenienkriegen oder bei der Intervention in den Konflikten in Abchasien, Ossetien und Transnistrien. Nach 20 Jahren des Erstarkens begann das kapitalistische Russland jedoch, international stärker militärisch zu intervenieren, zunächst im Krieg in Syrien, dann in der Ukraine sowie in Afrika mit der Söldnergruppe Wagner.

Im Falle Chinas erhielten die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die seit den 1970er Jahren auf dem Vormarsch waren, zu Beginn des 21. Jahrhunderts einen kräftigen Schub, insbesondere durch den Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation. China, das 1990 gemessen am BIP nur die elftgrößte Volkswirtschaft der Welt war, beanspruchte ab 2010 die Vormachtstellung im Weltsystem für sich. Diese beschleunigte Kapitalentwicklung ging einher mit einem Erstarken der chinesischen Bourgeoisie innerhalb der KPCh und dem Bedürfnis der chinesischen Monopole, die Kontrolle über Routen, Ressourcen und Märkte in der Welt zu erlangen. Die Seidenstraße ist ein deutliches Beispiel für dieses Bedürfnis. In geringerem Maße haben auch andere Länder, die im vorigen Jahrhundert weniger kapitalistisch entwickelt waren und deren

Wirtschaft überwiegend agrarisch geprägt war, innerhalb von 30 Jahren einen rasanten kapitalistischen Aufschwung genommen, der dem von Lenin entdeckten Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung folgte. Länder wie Indien, Brasilien, Mexiko und die Türkei haben die früheren Kolonialmächte sogar überflügelt und mächtige Monopole gebildet, die in der Lage sind, ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen, zumindest im regionalen Kontext.

Diese Veränderungen des internationalen Kontextes in den letzten 30 Jahren sind nichts anderes als die konkrete Form, in der sich die Entwicklung des heutigen Kapitalismus in seiner monopolistischen Phase, d.h. des Imperialismus, manifestiert. Und diese Entwicklung ist die Grundlage aller aktuellen militärischen Konflikte und des immer latenter werdenden imperialistischen Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und China um die Weltherrschaft. Angesichts dieses Szenarios ist eine wesentliche Aufgabe der Kommunisten der unerbittliche Kampf gegen alle politischen und ideologischen Positionen, die darauf abzielen, die Arbeiterklasse und die Völker der Welt dazu zu bringen, als Kanonenfutter für aktuelle und zukünftige imperialistische Kriege zu dienen. Die Hauptaufgabe auf der ideologischen Ebene besteht darin, den Arbeitern zu erklären, dass der Ursprung diplomatischer Konflikte, militärischer Scharmützel und imperialistischer Kriege letztlich aus demselben Ursprung stammt: dem Wettbewerb zwischen den Monopolen und ihren staatlichen Vertretern um die Kontrolle von Handelswegen, Ressourcen, Märkten und Investitionen.

Das bedeutet, dass wir mit denjenigen brechen müssen, die versuchen, Illusionen über einen Monopolkapitalismus ohne Kriege und einen dauerhaften Frieden im Imperialismus zu schaffen. Solche Positionen werden sowohl von politischen Akteuren in den USA als auch in den europäischen Mächten verteidigt, mit der Idee einer „Europäischen Union für den Frieden“ oder einer „NATO ohne militärische Pläne und Angriffssysteme“. Als auch von denjenigen, die die Illusion einer friedlichen „multipolaren Welt“ im Kapitalismus verteidigen. Diese Ideen sind sehr schädlich, denn hinter dem Versprechen eines zukünftigen imperialistischen Friedens verbirgt sich nichts anderes als die Notwendigkeit, sich offen für die Militärstrategie des einen oder anderen imperialistischen Blocks zu positionieren.

Das Beispiel des aktuellen Krieges in der Ukraine zeigt, dass der Frieden im Imperialismus nichts anderes ist als die Vorbereitungsphase für einen breite-

ren und blutigeren Krieg. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine im Jahr 2022 war eine neue Phase des seit 2014 andauernden Stellungskrieges. Die Erklärungen von Selenskyj und Merkel zeigten, dass weder die NATO noch die Ukraine wirklich die Absicht hatten, die Maßnahmen des Minsker Abkommens umzusetzen. Es handelte sich lediglich um einen Waffenstillstand, um das Kräftegleichgewicht zu verbessern, die ukrainische Armee aufzurüsten und auszubilden und faschistische Banden wie Asow zu integrieren. Auch die Russische Föderation glaubte nicht an die Stabilität des Minsker Abkommens, wie Surkow, der ehemalige Berater des russischen Präsidenten, zugab. Stattdessen nutzten sie diese Zeit, um die unabhängigen Elemente in den Selbstverteidigungsgruppen des Donbass zu eliminieren und die militärische und administrative Führung der „Volksrepubliken“ in einem Bündnis mit der regionalen Bourgeoisie zu übernehmen. Wie der Kommandant Ernesto Che Guevara 1961 warnte: „Wir können dem Imperialismus nicht trauen, nicht einmal ein bisschen, überhaupt nicht.“ Dies gilt nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern für alle Länder, in denen die Macht der Monopole herrscht, denn die imperialistische Bestialität „hat keine bestimmte Grenze und gehört auch nicht zu einem bestimmten Land (...), denn es liegt in der Natur des Imperialismus, dass er die Menschen bestialisiert, dass er sie in blutrünstige Bestien verwandelt.“

In diesem Kampf geht es um den frontalen Kampf gegen die ideologischen Erscheinungsformen des Imperialismus wie Terrorismus, Rassismus, Nationalismus oder den Kosmopolitismus der Bourgeoisie, der die Arbeiterklasse spalten und gegeneinander ausspielen will. Angesichts dessen muss den Arbeitern gezeigt werden, dass ihre einzigen natürlichen Verbündeten die Arbeiter und die Völker der anderen Nationen sind.

Auf der politischen Ebene ist eine der Hauptaufgaben, für die die Kommunisten kämpfen müssen, der Austritt ihres Landes aus imperialistischen Zusammenschlüssen, Blöcken und Verträgen. Sei es wirtschaftlich, politisch oder militärisch. Diese imperialistischen Zusammenschlüsse stärken die Monopole, sowohl um ihre jeweiligen Arbeiter und Volksschichten zu unterwerfen, als auch um mit den übrigen imperialistischen Zusammenschlüssen zu kämpfen. Sie erschweren den Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen und letztlich den Kampf für die sozialistische Revolution. Darüber hinaus werden sie zu einem Magneten für mögliche Angriffe in möglichen zukünftigen impe-

rialistischen Kriegen. Im Falle unseres Landes hat die Kommunistische Partei Mexikos als eines ihrer wichtigsten strategischen Ziele den Austritt Mexikos aus dem USMCA, der früheren NAFTA. Darüber hinaus wenden wir uns gegen die Versuche der mexikanischen Bourgeoisie und ihrer Regierungen, mexikanisches Militärpersonal in externe militärische Konflikte zu schicken.

An diesem Punkt stellt sich in der internationalen kommunistischen Bewegung eine wichtige Frage, nämlich die der Beteiligung von Kommunisten an bürgerlichen Regierungen. Die aktuelle Erfahrung des Krieges in der Ukraine ist ein klares Beispiel dafür, wie falsch derartige Positionen sind. Einige Parteien verteidigen die Beteiligung an diesen Regierungen mit der Vorstellung, dass sie auf diese Weise in der Lage sein würden, die Regierungen zu Positionen zu drängen, die der Arbeiterklasse und den Volkssektoren zugutekämen. Doch in Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall: Sie werden zu Komplizen der arbeiter- und volksfeindlichen Politik, die diese Regierungen angesichts der kapitalistischen Krise zwangsläufig umsetzen müssen. Der bürgerliche Staat, als kollektiver Verwalter der Interessen der herrschenden Klasse, übt seine Diplomatie und seine internationale Politik entsprechend den objektiven Bedürfnissen seiner Monopole aus. Deshalb finanzieren sozialdemokratische Regierungen wie die von Portugal, Spanien oder Chile die reaktionäre Regierung von Selenskyj oder schicken ihr Waffen, trotz aller Phraseologie. Deshalb stärkt die Regierung López Obrador in Mexiko ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Kanada und versichert, dass Mexiko sich im Handelswettbewerb mit China zugunsten der USA positionieren wird, trotz einiger demagogischer Augenzwinker, die sie manchmal macht. Deshalb müssen wir Kommunisten uns allen bürgerlichen Regierungen widersetzen, ob sie nun reaktionär, liberal oder sozialdemokratisch sind. Die Unterstützung oder Beteiligung an diesen Regierungen hat in der Praxis gezeigt, dass sie die Arbeiter- und Volksbewegung nicht stärkt, sondern sie im Gegenteil demobilisiert und sie gegenüber der bürgerlichen Ideologie träge werden lässt.

Eine unmittelbare Aufgabe im Zusammenhang mit offenen Kriegen wie in der Ukraine besteht darin, gegen die Lieferung von Kriegsmaterial und die finanzielle Unterstützung für beide Seiten zu kämpfen. Nicht zuzulassen, dass das Land zu Lande, zu Wasser oder in der Luft als Drehscheibe für imperialistische Kriege dient, was den Kampf für den Abzug aller ausländischen Militärstützpunkte einschließt. Dies ist ein wichtiges Thema für den lateinamerikani-

schen Kontext angesichts großer Präsenz von US-Basen, insbesondere in Kolumbien. Aber dies muss sich auch auf die Präsenz von Strafverfolgungs- und Geheimdienstagenten und -agenturen erstrecken, wie im Falle Mexikos, wo die DEA, die CIA und das FBI eine Geschichte der Straffreiheit im Land haben, indem sie Aufstandsbekämpfung betreiben und sich sogar mit Drogenkartellen verbünden.

Schließlich ist eine Hauptaufgabe der Kommunisten die Solidarität mit dem Kampf der Völker. Der proletarische Internationalismus in all seinen Erscheinungsformen ist ein entscheidendes Element im Kampf gegen die imperialistischen Kriege. Angesichts dieser Aufgabe müssen wir immer auf der Hut sein vor den subtilen Wegen, auf denen die bürgerliche Ideologie versucht, sich einzuschleichen, z.B. im Falle Palästinas durch die Kategorie des Terrorismus versucht, das Recht des palästinensischen Volkes zu kriminalisieren und de facto zu leugnen, alle Formen und Methoden des Kampfes für seine Befreiung gegen die Besatzer einzusetzen.

Aber zweifellos geht es, wie schon während des ersten großen imperialistischen Krieges und wie in zwei gemeinsamen Erklärungen zur Frage des imperialistischen Krieges in der Ukraine betont wurde, darum, die politische Unabhängigkeit der kommunistischen Parteien zu gewährleisten, sowohl von den beiden streitenden imperialistischen Gruppen als auch von der absurden Position, zu glauben, dass dieser Krieg eine gerechte Seite hat. Er ist auf beiden Seiten imperialistisch und deshalb können wir diese fremden Fahnen nicht hissen.

Sozialistische Bewegung Kasachstans (SMK): Zentralasien als neuer potenzieller Schauplatz von Konflikten und Kriegen

Ainur Kurmanov, Ko-Vorsitzender der Sozialistischen Bewegung von Kasachstan

Nach der Restauration des Kapitalismus und konterrevolutionären Prozessen haben sich die ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens in typische bürgerliche Staaten mit diktatorischen Regimen verwandelt. Die lokalen Regierungen verfolgten und verfolgen eine strikt antisoziale Politik der Markttransformation und Privatisierung im Interesse lokaler und multinationaler Unternehmen.

Gleichzeitig finden zwischen den Ländern Handelskriege und Verkehrskonflikte statt, die Widersprüche und Konflikte um die begrenzten Ressourcen nehmen zu, und die junge Generation, die sich in einer Situation der sozialen Katastrophe und des kulturellen und bildungsmäßigen Verfalls befindet, wird durch nationalistisches und chauvinistisches Gift verseucht, was allgemein einen neuen Spannungsherd im postsowjetischen Raum schafft.

Hinzu kommt der Einfluss ausländischer Konzerne, die sich der begehrtesten Vorkommen bemächtigt haben, sowie der Kampf der führenden imperialistischen Mächte um die Neuaufteilung von Einflussphären, Rohstoff- und Absatzmärkten, um Transportkorridore in der Region. Diese Situation führt unweigerlich zu Zusammenstößen und Konflikten.

In diesem Artikel wollen wir eine kurze Analyse dieser Prozesse und unsere Einschätzung der am Kampf um die Region beteiligten Kräfte geben. Aus den Schlussfolgerungen wird es möglich sein, in Zukunft eine Klassenperspektive der Bewegung der Arbeiter und der Massen für ihre Befreiung zu entwickeln.

Zentralasien in der Ära der Konterrevolution und Dekommunisierung

Die Niederlage des Sozialismus und der Zusammenbruch der UdSSR wurden für die fünf ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens zu einer echten sozialen Katastrophe und Regression. Die Besonderheit dieser Region liegt aber auch darin, dass die Restauration des Kapitalismus, wenn man diesen Begriff für eine Region verwenden kann, in der es vorher eigentlich keinen Kapita-

lismus gab, von der herrschenden Partielite von oben durchgeführt wurde, die sich zur Klasse der Bourgeoisie wandelte.

In Kasachstan führte der ehemalige Erste Sekretär der KPK Nursultan Nasarbajew, in Turkmenistan der ehemalige Erste Sekretär der KPK Saparmurad Nijasow und in Usbekistan der ehemalige Erste Sekretär der KPK Islam Karimow den Prozess des Abbaus der Planwirtschaft an und betrieben eine Politik der Privatisierung und der Einführung von Marktreformen.

Eine Ausnahme bildet Kirgisistan, wo die Präsidenten nicht aus den Reihen ehemaliger Parteiführer an die Macht kamen, sondern ehemalige Parteikader eine führende Rolle bei den marktwirtschaftlichen Umgestaltungen spielten. In Tadschikistan kam infolge des Bürgerkriegs 1992-1994 einer der ehemaligen Parteimitarbeiter und Vorsitzende der Kolchose, Emomali Rachmonow, mit Unterstützung der bestehenden Kommunistischen Partei an die Macht, der später, wie Nasarbajew, Karimow und Nijasow, zum ständigen Führer der Republik wurde und ebenfalls den Prozess der Einführung des Kapitalismus leitete.

Infolge der Konterrevolution gerieten die Staaten Zentralasiens unter die Kontrolle lokaler bürgerlicher Clans und Familieneliquen, die weder in der Lage sind, sie lebensfähig zu halten und zu entwickeln, noch Bedingungen zu schaffen, unter denen zahllose ethnische Gruppen in gegenseitiger Achtung miteinander leben können.

Das bedeutet übrigens nicht, dass es keinen „fortschrittlichen“ und „demokratischen“ Kapitalismus mehr geben kann³. Es ist nur so, dass der Kapitalismus in diesen Republiken in dieser Form nur mit der Errichtung reaktionärer bürgerlich-nationalistischer Diktaturen etabliert werden konnte.

Anstatt die natürlichen Ressourcen der Region für die Entwicklung der Wirtschaft und der sozialen Infrastruktur zu nutzen, plündern die herrschenden Eliten sie aktiv unter Beteiligung amerikanischer, europäischer, britischer und

³ Wir möchten deutlich machen, dass die Redaktion der Zeitschrift offen-siv die hier angedeutete Einschätzung, es könne heute noch einen „fortschrittlichen“ und „demokratischen“ Kapitalismus geben, in keiner Weise teilt. Wir bringen diesen Artikel trotzdem, weil er einen genaueren Einblick in die Verhältnisse Zentralasiens gibt, als alles, was wir bisher zu diesem Thema gesichtet hatten. (Redaktion offen-siv)

chinesischer Bergbauunternehmen aus, die sogar begonnen haben, die Region in Einflussphären aufzuteilen. In diesem Sinne steht Zentralasien unter dem Druck verschiedener imperialistischer Akteure, die sich einen erbitterten Kampf um Einfluss und um das Recht auf die Nutzung der lokalen Ressourcen liefern.

Um ihre Macht zu erhalten, bedienen sich die herrschenden Klassen der neuen Länder der Methoden des Polizeistaats, und im Falle Turkmenistans, Tadschikistans und Usbekistans kann man im Allgemeinen von brutalen Diktaturen sprechen.

Die Parteien der bürgerlichen Opposition, sofern es sie gibt, können der Region nicht nur keinen Ausweg aus der wirtschaftlichen Katastrophe bieten - sie treten auch nur dann für demokratische Rechte ein, wenn ihre Rechte verletzt sind. Wie die Ereignisse in Kirgisistan zeigen, können sich verschiedene Gruppen der bürgerlichen Elite, wenn es ihnen passt, in das Gewand von Kämpfern für demokratische Rechte kleiden, und zu anderen Zeiten sind sie durchaus in der Lage, nationale und ethnische Unterschiede zu nutzen, um die Arbeiter im Kampf um die Neuverteilung von Macht und Eigentum zu spalten.

Die formalen Verwaltungsgrenzen, die das Ferghanatal zu Sowjetzeiten teilten, sind heute real, und verschiedene Regime halten sie unter allen möglichen Vorwänden geschlossen. Es besteht die erschreckende (wenn auch nicht unmittelbare) Aussicht, dass sich Ferghana in ein neues Kaschmir verwandelt, das in Stücke gerissen und von der einen oder anderen Republik besetzt wird, mit Hilfe einer unauflösbaren Mauer zwischen ihnen. Ein anschauliches Beispiel ist das blutige Pogrom der usbekischen Diaspora in der kirgisischen Stadt Osch im Jahr 2010.

Jedes Jahr kommt es zwischen den Staaten zu Spannungen über die Aufteilung der Wasserressourcen, und zwischen Tadschikistan und Kirgisistan flammen immer wieder Grenzkonflikte auf. Seit den 33 Jahren nach dem Zusammenbruch der UdSSR sind die unabhängigen Republiken in der Region nicht in der Lage, sich auf die gemeinsame Nutzung von Wasser-, Land- und Energieressourcen zu einigen, was in einer Situation der Wüstenbildung und des Bevölkerungswachstums unweigerlich zu interethnischen und zwischenstaatlichen Widersprüchen führt.

Der Rückschritt betraf nicht nur die Arbeitswelt, sondern auch die familiären Beziehungen und führte zur Rückkehr der Unterordnung der Frauen unter die Männer und der Mädchen unter ihre Eltern. Ab den 90er Jahren setzte in Usbekistan, Kirgisistan, Turkmenistan, Tadschikistan und Kasachstan die Zwangsverschleppung von Mädchen und Frauen für Ehemänner ein, und die erzwungene Entführung von Bräuten verbreitete sich, die in Misshandlungen und sexueller Sklaverei endete. Der Anteil der Analphabeten unter den Frauen ist erheblich gestiegen. In Tadschikistan beispielsweise ist eine ganze Generation von Mädchen im Alter von 18 bis 20 Jahren herangewachsen, von denen mehr als 50 % überhaupt nicht zur Schule gegangen sind, sondern im Haushalt oder auf dem Feld arbeiten mussten.

Verschärft wird die Situation durch die Zunahme des religiösen Obskurantismus, der zur Versklavung der Frauen im ehemaligen sowjetischen Zentralasien weiter beiträgt. Dies gilt insbesondere für Tadschikistan, den Süden Kirgisistans und einige Regionen Usbekistans. Polygamie wird zu einem alltäglichen Phänomen, und in Kasachstan praktiziert ein Teil der Bourgeoisie die Praxis, junge Mädchen und Frauen als zusätzliche Ehefrauen zu halten.

Solche wilden Praktiken werden von der herrschenden Klasse von oben herab kultiviert, sie werden bewusst durch das Predigen nationalkonservativer und patriarchalischer Ideen von offizieller Seite verbreitet. Die derzeitigen Machthaber versuchen auch, die Völker des ehemaligen sowjetischen Zentralasiens zu unterdrücken, indem sie das lateinische Alphabet in den Landessprachen einführen und der jungen Generation den Zugang zum kulturellen, wissenschaftlichen und literarischen Erbe der Sowjetunion verwehren. Dies geht mit einem allgemeinen Rückgang des Bildungsniveaus von Jugendlichen und Frauen einher.

Der Nationalismus wird auch zum wichtigsten ideologischen Kern der modernen zentralasiatischen Staaten, zu dem ein militanter Antikommunismus sowie die Verherrlichung von Teilnehmern der konterrevolutionären Basmach-Bewegung und Vertretern der Alasch-Partei, die im Bürgerkrieg auf der Seite des Weißen Admirals Kolttschak kämpften, sowie von Kollaborateuren, die während des Zweiten Weltkriegs mit den Nazis kollaborierten, hinzukommen.

So eröffneten die kasachischen Behörden 2017 in der Stadt Kyzyl-Orda ein Denkmal für den ideologischen Inspirator und Organisator der Turkestanischen Legion der Wehrmacht und der muslimischen SS-Einheiten Mustafa Shokai. Straßen, Einkaufszentren und Bibliotheken sind nach ihm benannt, und es werden Filme über ihn gedreht. In der Presse gibt es immer mehr Veröffentlichungen, in denen Legionäre, die unter Hitler dienten, als „Kämpfer“ gegen die stalinistische Diktatur dargestellt werden. In Kirgisistan haben Abgeordnete aller Fraktionen Ende letzten Jahres sogar einen Gesetzentwurf zur vollständigen Rehabilitierung aller Opfer der Sowjetherrschaft, einschließlich der Legionäre der Turkestanischen Legion und der Soldaten der muslimischen SS-Einheiten, eingebracht. Es ist bemerkenswert, dass die Lobbyisten dieses Gesetzentwurfs die „Offene Regierung“ waren, die unter Beteiligung der amerikanischen Agentur USAID und der berüchtigten Soros-Stiftung gegründet wurde. Im benachbarten Usbekistan wurden im Jahr 2022 alle prominenten Führer der Basmati-Bewegung rehabilitiert.

Parallel dazu läuft auch der Prozess der vollständigen Dekommunisierung. Die kasachische liberal-nationalistische Partei Ak Zhol (Heller Weg) versucht, ein Gesetz über den Holodomor nach ukrainischem Vorbild zu verabschieden und die kommunistische Ideologie zu verbieten. Präsident Kassym-Jomart Tokajew bildete eine Sonderkommission zur „Rehabilitierung“, in deren Folge 311.000 Verbrecher, die den „Opfern des bolschewistischen Regimes“ zugerechnet werden, sowie Basmachi, Mitglieder der Turkestanischen Legion der Wehrmacht und SS-Einheiten rehabilitiert wurden.

Deshalb ist es für die Befürwortung der nationalistischen Ideologie so wichtig, alle sowjetischen Denkmäler zu zerstören. So sind die Eindrücke der barbarischen Zerstörung zweier Denkmäler für den Schöpfer der Kasachischen SSR Michail Kalinin noch frisch. In zunehmendem Maße kommt es zu Vandalismusakten gegen Denkmäler von Soldaten der Roten Armee, die von der Polizei nicht ordnungsgemäß untersucht werden.

Die derzeitige Situation in Zentralasien vor dem Hintergrund der globalen Wirtschaftslage bedeutet, dass die Region weiterhin soziale und politische Krisen erleben wird, und da es keine klare Klassenalternative gibt, werden diese Krisen von verschiedenen Gruppen der herrschenden Kapitalistenklasse genutzt werden, um ihre eigenen politischen Interessen zu fördern. An der

Spitze der sozialen Proteste werden sie ein populistisches Programm vorlegen, um die Menschen zu täuschen.

Es ist auch offensichtlich, dass die Proteststimmung und die Unzufriedenheit arbeitsloser Jugendlicher von bürgerlichen Gruppen in Richtung interethnische Zusammenstöße und Schikanen gegenüber nichttitularen Nationen umgelenkt werden. Im selben Kasachstan erinnern sich viele Menschen noch an die Pogrome an Dunganern und Uiguren im Süden der Republik in den Jahren 2020-2021.

Gleichzeitig nimmt die Gefahr direkter militärischer Zusammenstöße zwischen Staaten um abnehmende Ressourcen jedes Jahr zu.

Zusammenstöße zwischen Kirgisistan und Tadschikistan

In den neun Monaten des Jahres 2022 kam es an der Grenze zwischen Kirgisistan und Tadschikistan zu 14 Konflikten, in deren Verlauf einige kirgisische Dörfer angegriffen wurden und die Parteien sich gegenseitig mit Artillerie und Hubschraubern beschossen. In den Jahren 2023 und 2024 kam es zu Scharmützeln. Das letzte Objekt des Streits war die Wasserverteilungsstation Golovoi mitsamt dem Damm und der Brücke.

Duschanbe wiederum wirft Bischkek vor, absichtlich gegen bilaterale Abkommen mit Tadschikistan zu verstoßen. In der Pressemitteilung des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit der Republik Tatarstan heißt es, dass gemäß den Karten von 1924-1927 sowie von 1989 „diese Anlage (die Hauptverteilerstation) vollständig der Republik Tadschikistan gehört und seit 1968 für die Bewässerung und Wasserversorgung in den Grenzregionen der Republik Tadschikistan, Kirgisistan und Usbekistan genutzt wird.“

Die kirgisischen Behörden reagierten umgehend und gaben eine Erklärung von Almazbek Sokeev, dem Direktor der Wasserbehörde der Kirgisischen Republik, ab, in der er erklärte, dass „der Wasserverteiler auf dem Gebiet Kirgisistans liegt und dem Batkenvodokanal zur Verfügung steht.“ „Das Wasser kommt dort aus dem Ak-Suu-Fluss, der aus den Flüssen des kirgisischen Gebirges gespeist wird.“

Nach sowjetischen Archivadokumenten zu urteilen, wurde der Wasserentnahmeknotenpunkt des Bewässerungssystems des Isfara-Flusses 1970 auf dem Gebiet des Bezirks Batken in der Region Osch der Kirgisischen SSR von der

SMU Batken des Oshvodostroy Trust im Auftrag des Ministeriums für Landgewinnung und Wasserressourcen der Kirgisischen SSR gebaut. Außerdem gab es früher keine Probleme zwischen den Nachbarn bei der Nutzung der Wasserressourcen Kirgisistans.

Wie man sieht, geht es bei dem aktuellen Konflikt um die immer knapper werdenden Wasserressourcen, deren effektive Verteilung gemeinsame Anstrengungen erfordert, was ohne die Schaffung supranationaler Strukturen und einer allgemeinen Verwaltung nicht möglich ist. So fordert Duschanbe die Teilung des Ak-Suu-Flusses, was im Prinzip unmöglich ist. Aber das ist nur eines der Probleme, das zu einem Auslöser für Zusammenstöße geworden ist.

Tatsache ist, dass nach dem Zusammenbruch der UdSSR sofort strittige Gebiete entlang der gesamten Länge der früheren Verwaltungsgrenzen entstanden sind, die sich auf etwa 980 Kilometer belaufen, weshalb es ständig zu Zusammenstößen zwischen den Bewohnern der benachbarten, jetzt unabhängigen Länder kommt. Der Kampf der Nationalstaaten findet nun um Wasser- und Landressourcen, um Durchgänge und strategische Reservoirs statt, was zu umfassenden militärischen Operationen oder ethnischen Massakern führen kann. Darüber hinaus gibt es ganze tadschikische Enklaven in der Kirgisischen Republik, wie z.B. Vorukh.

Kirgisistan ist es inzwischen gelungen, alle strittigen territorialen Fragen mit Usbekistan, das sich zu einem wichtigen strategischen Partner entwickelt, zu lösen, aber die Situation mit Tadschikistan bleibt weiterhin ungelöst. Zwar hat eine spezielle zwischenstaatliche Kommission, die sich aus Vertretern der nationalen Sicherheitsausschüsse beider Länder zusammensetzt, bereits 580 Kilometer der Grenzlinie demarkiert, doch wurde ihre Arbeit im März 2022 unerwartet eingestellt.

Vielleicht kommt die Situation deshalb nicht voran, weil beide Staaten sich als gleichwertig betrachten und in der Lage sind, das aktuelle Verhältnis durch entsprechende Methoden zu ihren Gunsten zu verändern. Es bietet auch eine Gelegenheit, mit nationalen Gefühlen zu spielen, den Patriotismus zu steigern und die Bevölkerung von der schwierigen sozioökonomischen Situation im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie abzulenken. Schließlich konnten Hunderttausende von Bürgern der beiden Republiken während der Pandemie nicht in Russland arbeiten, und die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen

hat bereits ein Ausmaß erreicht, das eine Bedrohung für die Regierungen darstellt.

Inzwischen können wir feststellen, dass sich Kirgisistan infolge der Zusammenstöße als schwächer erwiesen hat als sein aktueller Gegner, wodurch sich die friedensstiftende Rhetorik von Sadyr Zhaparov erklärt. Obwohl er einige Monate vor dem letzten großen Konflikt im Jahr 2022 den Tadschiken verächtlich anbot, ihre Enklaven gegen öde Bergketten im Süden der Republik einzutauschen. Das Scheitern der Verteidigungsmaßnahmen von Bischkek sowie der Stillstand des Verhandlungsprozesses über umstrittene Gebiete im Allgemeinen wurde auch durch den Machtwechsel infolge einer weiteren farbigen Revolution beeinflusst.

Solche blutigen Ereignisse an der Grenze der beiden offiziellen Verbündeten sind ein Weckruf für die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), da die Teilnehmerländer des Abkommens nicht das Recht haben, Waffen gegeneinander einzusetzen. Doch niemand schenkt dem Beachtung, und Moskau hat jedes Mal große Anstrengungen unternommen, um in den Konflikt einzugreifen und seine offiziellen Verbündeten zu stoppen.

Betrachtet man die tieferen objektiven Gründe für das, was geschieht, so liegen sie auf der sozioökonomischen Ebene der Degradierung der Region und speziell des Fergana-Tals nach dem Zusammenbruch der UdSSR, in der es viele ähnliche Widersprüche und Streitigkeiten um Land, Wasserressourcen, Straßenabschnitte und Wasserbauten gab. Schließlich verschwand in der gleichen Region Batken in Kirgisistan oder in der benachbarten Region Sughd in Tadschikistan im Zuge der Deindustrialisierung die gesamte Industrie, und die Landwirtschaft auf kleinen, fruchtbaren Parzellen in den Tälern wurde für Millionen von Bewohnern zur einzigen Möglichkeit zu überleben, da die Geburtenrate hoch ist und es an Arbeit mangelt.

Deshalb gibt es einen erbitterten Kampf um einzelne Pfeiler, um die Wasserverteilerstation des Tortkul-Stausees „Head“, um spärliche Flecken von Gebieten, die vor 33 Jahren noch nicht einmal als Streitpunkt an den Verwaltungsgrenzen galten. Inzwischen ist mehr als eine Generation herangewachsen, die in einem nationalistisch-aggressiven Geist aufgewachsen ist, und dementsprechend kann der derzeitige vorübergehende Waffenstillstand nicht

als das Ende des Konflikts betrachtet werden, der sich nur mit der Zeit weiterentwickeln wird.

Interessanterweise beeilte sich die Türkei, die Zusammenstöße zu ihrem Vorteil zu nutzen, indem sie ihre Waffenlieferungen an Kirgisistan und Kasachstan erhöhte. Gleichzeitig versucht Ankara, mit Duschanbe zu verhandeln und sich als eine Art „Friedensstifter“ und Vermittler zu präsentieren.

Der Konflikt im autonomen Gebiet Karakalpak in Usbekistan im Juli 2022 und die Interessen Kasachstans

Die Situation hat sich in den letzten Jahren durch die Proteste der Bewohner der Autonomen Republik Karakalpak in Usbekistan verschärft, wo sich junge Menschen vor zwei Jahren gegen den Entzug einer Reihe von Rechten und Freiheiten infolge neuer, von Präsident Shavkat Mirziyoyev initiiertes Verfassungsänderungen auflehnten.

Zur gleichen Zeit begannen einige bürgerliche Gruppen der autonomen Republik, wie auch einige Demonstranten, sich für eine Abspaltung von Usbekistan und einen Anschluss an Kasachstan einzusetzen.

Tatsache ist, dass Astana mit den separatistischen Gefühlen eines Teils der herrschenden Elite in Karakalpakstan gespielt hat. Ein indirekter Beweis dafür ist die Tatsache, dass die absolute Mehrheit des Informationsmaterials, einschließlich der provokativen, während der Ereignisse vom 1. und 2. Juli 2022 vom kasachischen Territorium aus gesendet wurde.

Dies wird unter anderem dadurch bestätigt, dass Taschkent der kasachischen Führung sofort gewisse Zugeständnisse machte, was sich in der Wiederaufnahme der Arbeit der Kommission zur Demarkation und Abgrenzung umstrittener Grenzabschnitte niederschlug. Es liegt auf der Hand, dass die Gefolgschaft des usbekischen Präsidenten Mirziyoyev hinter den Kulissen wahrscheinlich endgültig auf territoriale Ansprüche auf Turkestan und Südkasachstan verzichtet hat, wo es eine große usbekische Diaspora gibt und diese Orte selbst kulturell und traditionell historisch eher mit dem landwirtschaftlichen Usbekistan verbunden sind.

Das heißt, die ganze Unterstützung für den Separatismus in Karakalpakstan ist ein Informations- und politisches Spiel, an dem kasachische Nationalisten und Liberale beteiligt sind, um Druck auf Taschkent auszuüben. Es muss an dieser

Stelle gesagt werden, dass die kasachischen Nationalisten selbst die Karakalpakken sehr verächtlich und herablassend behandelten und sie als Menschen zweiter oder sogar dritter Klasse betrachteten. Dennoch „verliebten“ sie sich in sie und begannen, sie „Brüder“ zu nennen, nicht zufällig, sondern auf Befehl von oben.

Die Karakalpak-Republik, deren Bevölkerung den Kasachen ethnisch und sprachlich näher steht als den Usbeken, ist trotz des Umweltproblems mit dem Aralsee ein gefundenes Fressen für mögliche Zwietracht und das Entstehen von separatistischen Gefühlen und Massenbewegungen.

So wurden auf dem Gebiet der Autonomie bei geringer Bevölkerungszahl (zwei Millionen Menschen) riesige Vorkommen an Gold, Gas, Eisen, Phosphoriten, Bentonit- und Kaolin-Tonen, Tafel- und Glaubersalzen, Granit und Marmor nachgewiesen. Es gibt auch Vermutungen über das mögliche Vorkommen großer Mengen an Erdöl.

Die Begehrlichkeiten der herrschenden Elite Kasachstans weiten sich daher in einer Situation, in der eine Reihe kasachischer Vorkommen schwinden, nun auf dieses wichtige Stück des usbekischen Territoriums aus, um das sie einen offenen Kampf beginnen könnte.

Ein weiterer Umstand muss in Betracht gezogen werden. Astana und Taschkent sind unversöhnliche Rivalen, die einen Konkurrenzkampf um die Vorherrschaft und Hegemonie in der Region führen. Außerdem hat die usbekische Führung derzeit alle realen Chancen, Kasachstan in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Produktionsentwicklung zu überholen.

So wurden im Zeitraum 2016-2020 folgende Ergebnisse im Bereich der Anziehung von Investitionen erzielt: Aus allen Bereichen wurden mehr als 807 Billionen Soum oder 89 Milliarden Dollar an Investitionen in Sachanlagen investiert; etwa 29 Milliarden Dollar wurden aus dem Ausland in Form von Direktinvestitionen und Fremdmitteln angezogen. In den letzten anderthalb Jahren hat sich das Wirtschaftswachstum trotz der Pandemie kontinuierlich fortgesetzt.

Im ersten Quartal 2022 betrug das BIP-Wachstum Usbekistans 5,8 % im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2021, ausländische Investitionen im Wert von

2,4 Mrd. USD wurden getätigt, der prognostizierte Indikator wurde um 167 % erfüllt. Das heißt, Usbekistan ist jetzt für Investoren äußerst attraktiv.

Mirziyoyev selbst verfolgt radikale neoliberale Marktreformen und Privatisierungen, die es westlichem Kapital ermöglichen, in strategische Sektoren der Wirtschaft einzudringen. Das heißt, es ist möglich, dass bald amerikanische, europäische und britische Investitionen allmählich von Kasachstan nach Usbekistan fließen werden, das über billigere Arbeitskräfte und einen vielversprechenden Binnenmarkt verfügt.

Taschkent hat einen weiteren unbestreitbaren Vorteil - eine Bevölkerung von 35 Millionen Menschen, von denen über 29 Millionen ethnische Usbeken sind. Dementsprechend ist der Verlust der Vormachtstellung in der Region für die kasachische Führung tödlich, da der aufgebaute Rohstoffsektor - das neokoloniale Exportmodell der Wirtschaft - ohne westliche Investitionen nicht existieren kann.

Außerdem kann die usbekische herrschende Klasse, angeführt von dem energischen und ehrgeizigen Mirziyoyev, ihre Hegemonie in Zentralasien ausbauen, die Eliten der Nachbarrepubliken unter ihren Einfluss bringen und dementsprechend die Kontrolle über die Energieströme und wichtige Verkehrsadern übernehmen.

Daher scheint das Problem Karakalpakstan gegenwärtig beigelegt zu sein, aber es wird weder kurz noch mittelfristig gelöst werden. In dieser Rivalität können die Karakalpaken für die Türkei die Rolle der Kurden spielen, d.h. eine ständig blutende Wunde, die es Shavkhat Mirziyoyev und der usbekischen herrschenden Klasse nicht erlaubt, eine starke regionale Macht zu bilden.

Diese Rivalität wird auch durch die innere Ähnlichkeit der Regime Kasachstans und Usbekistans verschärft, die auf der Grundlage einer nationalistischen Ideologie einen intensiven nationalistischen Staatsaufbau betreiben. Zugleich ist sie in Taschkent noch stärker ausgeprägt.

Das heißt, sowohl dort wie dort herrschen bürgerlich-nationalistische Diktaturen. Und sie zwingt ihre Ideologie der nationalen Überlegenheit ihren eigenen Titular-Ethnien, vor allem der Jugend, auf, was später zu ernsthafteren Konflikten führen wird, wenn nicht um Karakalpakstan, dann um andere Land-

Wasser-, Energie- und Verkehrsstreitigkeiten, die in der Region aufgrund von Wüstenbildung, Bevölkerungswachstum und sozialer Schichtung nur zunehmen werden.

Es liegt auf der Hand, dass diese Widersprüche von externen Kräften ausgenutzt werden, insbesondere vom Westen, aber auch von der Türkei, China und Russland, die daran interessiert sind, ihre eigene Kontrolle über die Region zu etablieren.

Der Kampf um die Verkehrswege

Seit den 90er Jahren haben die herrschenden Klassen der zentralasiatischen Republiken damit begonnen, verschiedene Routen für den Transport der geförderten Rohstoffe zu den internationalen Märkten und insbesondere zu den Ländern der Europäischen Union und China aufzubauen. Diese Logistikrouten zum europäischen Kontinent führten hauptsächlich durch das Territorium Russlands, doch in den letzten fünf oder sechs Jahren hat sich die Situation zu ändern begonnen.

Hierbei ist zu betonen, dass Zentralasien selbst ein Transitgebiet für Transportwege ist, und bei den

Versuchen, sich durch die „turkische Integration“ in Astana nach Westen umzuorientieren, begann man schon unter Nursultan Nasarbajew, nach anderen Routen unter Umgehung Russlands zu suchen. Praktisch wurde die Gründung der Organisation der Turkstaaten im November 2021 in Istanbul zur Absicht der Führungen der Türkei, Aserbaidschans, Kasachstans, Usbekistans und Turkmenistans, alle Energie- und Logistikrouten aus der Region über das Kaspische Meer in den Südkaukasus und das türkische Anatolien umzuleiten.

Am 1. April 2022 unterzeichneten die georgische, kasachische, türkische und aserbaidshanische Seite in Tiflis die Erklärung „Über den transkaspischen Ost-West-Korridor“. Zuvor hatten sich die Energieminister der zentralasiatischen Länder auf die Nutzung der von der Türkei vorgeschlagenen Routen geeinigt, insbesondere auf die Beteiligung an der Transanatolischen Gaspipeline (TANAP) mit einer Länge von 1,85 Tausend km und einer maximalen Kapazität von bis zu 31 Milliarden Kubikmetern. Dieses Projekt bildet auch die Grundlage für die Vollendung eines seit langem bestehenden Vorhabens, nämlich den Bau der Ölpipeline Baku-Tiflis-Ceyhan, durch die ebenfalls

Ströme des schwarzen Goldes aus Kasachstan auf die europäischen Märkte fließen sollen.

Darüber hinaus ermöglicht die transkaspische internationale Transportroute den USA, getarnt hinter deren übernationalem Status, nicht nur Erdöl, sondern auch andere Mineralien zu exportieren, insbesondere Metalle der seltenen Erden, deren Erschließung von amerikanischen Unternehmen in Kasachstan bereits geplant ist. Dies ist bereits ein Schlag für die chinesische Regierung, die in diesem Bereich eine Monopolstellung innehat und kürzlich damit drohte, die Ausfuhr von Seltenen Erden zu blockieren, falls der Westen die Lieferung von Halbleitern verbieten sollte.

Die Europäische Union hat bereits in diesem Jahr beschlossen, über einen Zeitraum von fünf Jahren mehr als 40 Milliarden Euro in die Modernisierung der kasachischen Eisenbahnen, Autobahnen, Flughäfen und Hafeninfrastruktur am Kaspischen Meer zu investieren. Es sollen zusätzliche Zufahrtsstraßen zu den Lagerstätten von Seltenerdmetallen und anderen strategischen Mineralien, einschließlich Uran, gebaut werden. Die kasachische Regierung kündigte ihrerseits die Übertragung von 22 Flughäfen und zwei Häfen in Aktau und Kuryk an europäische Unternehmen mit dem Recht auf Privatisierung an.

Auf der anderen Seite hat Peking bisher Interesse an dieser transkaspischen Route gezeigt, wobei es die Kapazität des Eisenbahnverkehrs und der kasachischen Häfen am Kaspischen Meer anzweifelte. Aber als Sicherheitsnetz, da China auch mit europäischen und amerikanischen Unternehmen um die Region konkurriert, hat die chinesische Führung beschlossen, die Arbeiten am Bau der 454 Kilometer langen Eisenbahnstrecke China-Kirgisistan-Uzbekistan unter Umgehung Kasachstans wieder aufzunehmen.

Diese Strecke soll weiter durch Turkmenistan in den Norden Irans und dann auch in den Südkaukasus oder die Türkei in die EU-Länder führen. Wie sich zeigt, widerspricht eine solche Entscheidung eindeutig den Interessen Washingtons und Astanas, da sich diese alternative Route der Kontrolle des westlichen Kapitals entzieht und die kasachische Führungsschicht in Bischkek und Taschkent Transitkonkurrenten erhält.

Auch Moskau baut aktiv an seiner Logistikroute unter Umgehung des kasachischen Territoriums, dessen Behörden sich den westlichen Sanktionen angeschlossen haben und trotz gemeinsamer Mitgliedschaft in der EAEU

einen ständigen Handels- und Transportkonflikt mit Kirgisistan und Usbekistan führen. Der Gouverneur der Region Astrachan, Igor Babuschkin, kündigte im Sommer 2023 an, dass Usbekistan und Kirgisistan den neuen multimodalen Verkehrskorridor nach Russland und zurück unter Umgehung Kasachstans durch das Kaspische Meer nutzen würden.

Das wiederum bedeutet, dass die Warenströme aus diesen Republiken umgeleitet und auf dem Seeweg nach Astrachan entladen werden. Unter logistischen Gesichtspunkten ist der Landweg durch die kasachischen Gebiete schneller und billiger als der neue Korridor durch Usbekistan, Turkmenistan und das Kaspische Meer - schließlich ist die Strecke länger, hinzu kommt der Umschlag auf Handelsschiffe. Aber die politischen Gründe für die starke Abkühlung der Beziehungen zu Astana und die Möglichkeit der Grenzschießung diktieren ihre Forderungen.

Gleichzeitig begann Russland Ende 2022 mit der Bildung einer „dreifachen Gasunion“ unter Beteiligung von Kasachstan und Usbekistan, die unter einem starken Erdgasangel leiden. Ein solcher Zusammenschluss ermöglicht es Moskau, durch die Modernisierung der Gasinfrastruktur dieser Republiken Gas über deren Territorium auf der Südroute nach Pakistan und Indien zu transportieren.

Angesichts der Westorientierung Armeniens und der Unzuverlässigkeit Aserbaidschans erwägt der Kreml derzeit zudem intensiv die Verlegung einer der Abzweigungen der geostrategischen Nord-Süd-Route durch das Gebiet Kasachstans und Turkmenistans. Dadurch wird das Interesse des russischen Kapitals an Zentralasien als Transitzone für die Weiterleitung seiner Rohstoffe zu den Märkten Chinas, Indiens und Südostasiens noch verstärkt.

Angesichts der boomenden Wirtschaft Usbekistans, des Bevölkerungswachstums und der Ausdehnung der Städte sowie des Bedarfs der chemischen Industrie werden die russischen Gaslieferungen auch für Taschkent immer wichtiger. Die regierende Elite ist auf günstigen Brennstoff aus Russland angewiesen, um zusätzliche Superprofite zu erzielen. Deshalb ist die usbekische Führung der EAEU als Beobachter beigetreten, um von Moskau Vorzugstarife, Zoll- und andere Erleichterungen zu erhalten.

Taschkent hat außerdem seit langem ehrgeizige Pläne für den Bau einer Eisenbahnlinie durch Afghanistan nach Pakistan entlang der Strecke Mazar-I-

Sharif-Kabul-Peshawar, die in der Vergangenheit von Washington und London unterstützt wurden. Demnach soll die neue Autobahn einen direkten Zugang zu den pakistanischen Seehäfen Karatschi, Qasem und Gwadar bieten.

Nachdem die Amerikaner 2021 aus Afghanistan abzogen, hing dieses Projekt in der Luft, aber nach dem Beginn der Energiewende und der Umlenkung der russischen Energieströme in Richtung Asien könnte auch diese Route einen zweiten Aufschwung erfahren, da sie wieder nachgefragt wird. Im Unterschied zu Duschanbe hat Taschkent zudem von Anfang an freundschaftliche Beziehungen zum Taliban-Regime aufgebaut.

All dies schafft ein Geflecht von Widersprüchen aufgrund der unterschiedlichen Interessen der führenden imperialistischen Mächte in der Region an der Förderung von Rohstoffen und deren Transit. Sie werden auf die eine oder andere Weise versuchen, ihre Positionen zu festigen und umgekehrt den Einfluss der Konkurrenten zu schwächen. Die Türkei kann gleichzeitig über die Organisation der Turkstaaten im Verbund mit den USA, Großbritannien und der EU den prowestlichen Vektor in der Politik der herrschenden Gruppen der zentralasiatischen Republiken dramatisch stärken, was zu einem starken Ungleichgewicht der Kräfte führen und neue Konflikte mit Russland und China provozieren dürfte.

Dies gilt insbesondere für Kasachstan, dessen Führung sich mit Unterstützung der aserbaidchanischen Behörden zum Hauptträger der „türkischen Integration“ in der Region und zur Hauptstütze der westlichen Unternehmen entwickelt. Der Austritt Armeniens aus dem Block mit Russland könnte eine Kettenreaktion auslösen und die OVKS und die EAEU stark schwächen. Dies würde Astana die Möglichkeit geben, seine eigene Neuausrichtung auf die EU und die Vereinigten Staaten zu beschleunigen.

Auf diese Weise entsteht eine explosive Situation in dieser Region, die allem Anschein nach von den Hauptschauplätzen der militärischen Operationen weit entfernt war.

Derzeitige Lage

Auch die zentralasiatischen Republiken treten in eine Phase sozioökonomischer und politischer Instabilität ein, die durch die Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft und den Kampf der imperialistischen Mächte

stark unter Druck gebracht wurden. Zudem wird der Druck sowohl von innen als auch von unten kommen, von den protestierenden Massen junger Arbeitsloser und Werktätiger sowie von den Nachbarstaaten im Zusammenhang mit der Zunahme von Konflikten an den Grenzen aufgrund von Land-, Wasser- und Energiewidersprüchen.

Ferner stehen die kapitalistischen Staaten der Region im Rahmen des imperialistischen Systems in ständiger Konkurrenz zueinander. Die Einmischung von außen durch die führenden Mächte kann die Situation verschärfen oder die Region sprengen, was zu Zusammenstößen zwischen den Ethnien und zur „Afghanisierung“, d.h. zum Zusammenbruch der ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken, führen kann.

In dieser Situation hat unsere Organisation eine Verantwortung: eine möglichst breite sozialistische Alternative aufzubauen, die den Arbeitern und den breiten Volksschichten in Kasachstan einen Ausweg bieten kann. Wir stellen die Forderung nach der größtmöglichen Einheit der Arbeiter- und Volksschichten aller Nationalitäten in der Region in den Mittelpunkt unserer Propaganda.

Vor allem, wenn die Arbeiter eines Unternehmens mit einem ausländischen Eigentümer in Konflikt geraten, fordern wir, dass man versuchen muss, alle Arbeiter in einer Gewerkschaft zu vereinen und für Forderungen wie gleichen Lohn für gleiche Arbeit unabhängig von der Nationalität, gegen Rassentrennung und Diskriminierung und für Arbeitsplätze für alle zu kämpfen.

Unter dem Slogan der Verstaatlichung wird parallel dazu auch die Forderung nach betrieblicher Kontrolle und Management erhoben - dass das Unternehmen ausländischen Unternehmen entzogen wird, wobei es nicht damit getan ist, es einem einheimischen Eigentümer zu übertragen.

Natürlich kann dieser Kampf nicht vom Kampf gegen den Kapitalismus getrennt werden, denn es ist inakzeptabel, sich Illusionen über die Möglichkeiten einer Art „Arbeiterselbstverwaltung“ unter den Bedingungen des Kapitalismus und unter der Herrschaft der Kapitalisten zu machen. Folglich sollte dies nur ein Schritt zur Entwicklung des politischen Bewusstseins der Werktätigen sein, denen das Verständnis vermittelt werden muss, dass nur mit dem Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft eine wirkliche Arbeiterkontrolle verwirklicht und Organe der Arbeitermacht geschaffen werden können.

Die derzeitige kapitalistische Krise, von der insbesondere die rohstoffgewinnenden Volkswirtschaften der Region betroffen sind, hat zusammen mit der Unfähigkeit der Behörden, die Coronavirus-Pandemie in den Griff zu bekommen, nicht nur in Kasachstan, sondern auch in den Nachbarländern Kirgisistan und Usbekistan zu einer neuen Welle sozialer und politischer Aktionen geführt. Eine neue Generation junger Menschen, die keine Aussicht auf einen niedrig bezahlten Arbeitsplatz haben, Binnenmigranten, „Selbstständige“ sowie Arbeiter in den Rohstoffindustrien bilden die explosive Mischung für künftige soziale Umwälzungen.

Die Leistungen der Sowjetregierung beim sozialistischen Aufbau und bei der Bildung neuer Nationen

waren trotz der gegenwärtigen Konterrevolution, der Terrorreaktion und des Rückschritts immer noch so hoch, dass diese Länder nicht völlig ins Mittelalter zurückgeworfen wurden. Es gibt auch eine gemeinsame kulturelle und bildungspolitische Grundlage und Basis, die den Völkern Zentralasiens im Falle einer neuen revolutionären Krise eine gewisse Perspektive eröffnet, aus den Fesseln der doppelten Unterdrückung auszubrechen und die Frage der Vergesellschaftung der Produktion und einer radikalen Veränderung des gesamten Sektors der sozioökonomischen Entwicklung zu stellen.

Partei der Arbeit Österreichs (PdA): Der österreichische Imperialismus und der Krieg in der Ukraine

Tibor Zenker, Vorsitzender der PdA

Der Kiewer Maidan-Putsch von 2014 und der darauf folgende Bürgerkrieg, vor allem aber der 2022 begonnene zwischenstaatliche imperialistische Krieg zwischen der kapitalistischen Russischen Föderation und der Ukraine, haben das österreichische Kapital in eine ambivalente Position gebracht. Das entspricht der Politik der Bundesregierung, die natürlich Teil des westlichen Blocks um USA, NATO und EU ist, aber gleichzeitig die besonderen Bedingungen und Interessen des österreichischen Imperialismus zu berücksichtigen hat. Die Partei der Arbeit Österreichs (PdA) führt eine Analyse durch und leitet daraus ihre Positionen ab.

Das österreichische Kapital in Osteuropa

Das österreichische Kapital war einer der wichtigsten internationalen Nutznießer der Konterrevolution in Osteuropa und der UdSSR in den Jahren 1989-1991. Österreichische Banken und Konzerne drangen im Zuge der kapitalistischen Restauration erfolgreich in die Länder Ost- und Südosteuropas ein – dies betraf zunächst die unmittelbare Nachbarschaft: Tschechien und die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien und Kroatien. Vor dem Hintergrund von Privatisierung und Liberalisierung gelang die Expansion in Länder, die 75 Jahre zuvor zum Territorium der Habsburger Monarchie gehörten und die auch in der machtbegrenzten Republik zumindest wirtschaftlich noch als Österreichs „Hinterhof“ gelten. Im Kampf um Investitionssphären, Marktanteile, Rohstoffe und billige Arbeitskräfte konnte sich Österreich vor allem im Finanzsektor, bei Handelsketten, in der Telekommunikation und den Medien, in der Energieversorgung, der Landwirtschaft, der Bauwirtschaft, aber auch in industriellen Kernbereichen durchsetzen. Diese neue wirtschaftliche Entwicklung des österreichischen Imperialismus wurde auch politisch begleitet.

Das österreichische Kapital hatte hier einen anfänglichen Vorteil: Aufgrund seiner formalen Neutralität, die natürlich nie eine tatsächliche Neutralität war, waren bereits in den Jahrzehnten zuvor bedeutende Beziehungen zu den sozialistischen Volkswirtschaften geknüpft worden, auf die in den 1990er Jahren aufgebaut werden konnte. Natürlich wurden die osteuropäischen „Transformationsprozesse“ und die spätere Aufnahme der betreffenden Staaten in die EU, die ab 1995 als zusätzliches Vehikel für den österreichischen Imperialismus diente, gefördert. Nicht zuletzt schürten die damaligen sozialdemokratisch geführten Regierungen in Wien den Separatismus auf dem Westbalkan und die Zerschlagung der ehemaligen SFR Jugoslawien mit besonderem Eifer. Auch militärisch ist Österreich in dieser Region präsent, nämlich mit entsprechenden Bundesheerkontingenten als Teil der EU- und NATO-Besatzungsarmeen in Bosnien-Herzegowina und im serbischen Kosovo. Vor diesem Hintergrund richtete sich die nächste Etappe des Expansionskurses wiederum weiter nach Osten, in Richtung Russland, Weißrussland, Ukraine und Kasachstan.

Einmal mehr kam dem österreichischen Kapital und seinem Staat der „Neutralitätsbonus“ in einer NATO-kritischen Region zugute. Während der westeuropäische Imperialismus eher zögerlich agierte, konnte Österreich sozusagen

als unverdächtige Vorhut mit den Regimen Lukaschenko und Nasarbajew Geschäfte machen. Von größerer Bedeutung war jedoch die betonte „Freundschaft“ der österreichischen Wirtschaft mit Russland. Präsident Wladimir Putin und diverse russische Oligarchen waren lange Zeit gern gesehene Gäste - als Handelspartner, als Türöffner für österreichische Investitionen, aber auch als Investoren in Österreich. Bilaterale Beziehungen entwickelten sich vor allem in der Bauwirtschaft, im Tourismus und im Finanzsektor, aber auch Abhängigkeiten im Energiesektor: Lieferverträge mit der UdSSR bestehen seit 1969 und wurden zuletzt 2018 erneut mit der russischen Gazprom bis 2040 verlängert. 80 Prozent der österreichischen Gaslieferungen kommen aus der Russischen Föderation, ein ähnlich hoher Anteil der Ölimporte stammt aus Kasachstan.

Umgekehrt sind 650 österreichische Unternehmen mit Investitionen in Milliardenhöhe in Russland präsent. Darunter sind auch mittelgroße Unternehmen, aber die Speerspitze ist die Raiffeisenbank International (RBI). Sie verfügt über ein Vermögen von rund 30 Milliarden Dollar in Russland und ist damit die größte ausländische Bank in der Föderation, noch vor der US-Bank Citigroup und der italienischen UniCredit. Die RBI hat 130 Filialen in Russland, 10.000 Mitarbeiter und vier Millionen Kunden. Auch im Sponsoring ist Raiffeisen ein prominenter Name, aber die Gewinne fließen natürlich aus dem eigentlichen Bankgeschäft: Zuletzt stammten mit 2,1 Milliarden Dollar rund 50 Prozent des RBI-Nettogewinns aus Russland - klar, dass die Bank vehement gegen Sanktionen ist und ihre Cash Cow⁴ nicht aufgeben will. Raiffeisen ist aber nicht nur eine Bank, sondern ein umfassendes Konglomerat, zu dem auch Beteiligungen an Medienunternehmen oder dem Baukonzern Strabag sowie dem Versicherungsunternehmen Uniqa gehören. Vor allem aber ist Raiffeisen - als Perversion der ursprünglichen bäuerlichen Genossenschaftsidee - heute ein riesiges Agrarmonopol. Über die Agrana AG ist das Unternehmen auch in Russland ein wichtiger Player in der Obsterzeugung.

⁴ Anmerkung Übersetzer: cash cow (Geldkuh, Goldesel oder Melkkuh) ist ein Anglizismus für Produkte, Dienstleistungen oder ganze Geschäftssparten, die als Teil des Kerngeschäfts erheblich zum Gewinn eines Unternehmens beitragen. Die Einnahmen, die aus Cash Cows „gemolken“ werden, werden oft verwendet, um weniger profitable Teile eines Unternehmens zu subventionieren. Siehe auch Wikipedia

Und hier gibt es eine entsprechende Überschneidung in Richtung Ukraine. Auch dort ist österreichisches Kapital stark engagiert, als sechstgrößter Investor im Land. Vor Kriegsbeginn gab es 200 Standorte österreichischer Unternehmen, davon 50 Industriebetriebe mit 20.000 Beschäftigten. Diese sind vor allem in der Holz-, Karton- und Papierindustrie tätig, aber auch Langlaufskier (Fischer) sowie banale Dinge wie Flaschenetiketten und Bügelbretter werden von österreichischen Unternehmen in der Ukraine produziert. Von besonderer Bedeutung ist aber die bereits erwähnte Agrana AG, die sich indirekt im Besitz von Raiffeisen befindet: Sie lässt auch Obst und Fruchtsäfte in der Ukraine produzieren. In der Ukraine ist man mit Raiffeisen wegen des Russland-Geschäfts allerdings nicht mehr so glücklich, weshalb die RBI vorübergehend auf die Liste der Unternehmen gesetzt wurde, die von Kiew beschuldigt werden, den russischen Angriffskrieg zu unterstützen. Dagegen hat die österreichische Regierung über die EU erfolgreich interveniert.

Dieses Beispiel zeigt, dass sich das österreichische Kapital in eine schwierige Lage manövriert hat. Das allgegenwärtige Gewinnstreben hat zu politischen Schwierigkeiten geführt, die schon seit längerem absehbar waren, nicht zuletzt in der Ukraine. Die „Orangene Revolution“ wurde schon 2004 zu einem Dilemma, als Viktor Juschtschenko zeitweise seine Operationszentrale in Wien hatte. Zwar wurde der erste Sturz Janukowitschs unterstützt, doch das Scheitern Juschtschenkos im Jahr 2010 war die Voraussetzung für den Maidan-Putsch im Jahr 2014. Zu diesem Zeitpunkt waren Österreich und Russland sowie die Bundesregierung und Putin aber noch auf bestem Wege, wie sich etwa rund um die Olympischen Winterspiele in Sotschi zeigte. Das Primat der österreichischen Wirtschaftsinteressen auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR lag eindeutig bei Russland. Deshalb beteiligte sich der teilstaatliche österreichische Energiekonzern OMV 2015 mit zehn Prozent an dem Pipelineprojekt Nord Stream 2. Billiges Gas aus Russland sollte über eine sichere Route unter Umgehung der Ukraine nach Deutschland und weiter nach Österreich fließen - nicht unbedingt, damit Privathaushalte heizen und kochen können, sondern aus größeren wirtschaftlichen Überlegungen: In Österreich wird Gas zur Stromerzeugung verwendet, und es gibt auch bedeutende gasintensive Produktionszweige wie die Stahl- und Papierindustrie.

Damit erhalten wir einen unvollständigen, aber sehr informativen Überblick über die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen dem österreichischen Im-

perialismus und Russland einerseits und der Ukraine andererseits. Im russischen Fall muss man sogar von klassischen staatsmonopolistischen Verbindungen sprechen: Prominente österreichische Ex-Politiker hatten Funktionen oder Aufsichtsratsposten in russischen Unternehmen inne, wie Wolfgang Schüssel (Bundeskanzler, ÖVP) bei Lukoil, Christian Kern (Bundeskanzler, SPÖ) bei der Staatsbahn RZhd, Hans Jörg Schelling (Finanzminister, ÖVP) bei Gazprom/Nord Stream oder Karin Kneissl (Außenministerin, FPÖ) bei Rosneft. Der ehemalige Regierungschef Alfred Gusenbauer (SPÖ) war für Beratung und PR zuständig, u.a. für die Habsburger Gruppe zugunsten von Janukowitsch, aber auch für das kasachische und aserbaidchanische Regime. Gleichzeitig kauften russische Oligarchen Aktienpakete an österreichischen Großunternehmen, wie etwa Oleg Deripaska am Baukonzern Strabag, der sich mehrheitlich im Besitz von Raiffeisen und Uniqa befindet. Hinter den Kulissen zieht der langjährige Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl (ÖVP) die Fäden und vertritt sogar ein österreichisches Sendungsbewusstsein in der Westukraine: Bei einer öffentlichen Veranstaltung scherzte er mit Wladimir Putin vor laufenden Fernsehkameras über eine mögliche „Teilung“ der Ukraine, da „Lemberg“ bis zum Ersten Weltkrieg eine österreichische Stadt gewesen sei.

Angesichts dieser Gesamtsituation der österreichischen Interessen in Osteuropa waren der Maidan-Putsch 2014, die russische Annexion der Krim und der Bürgerkrieg im Donbass für das österreichische Kapital nicht unbedingt erfreulich. In der Folge wurde versucht, die Probleme zu ignorieren und die Beziehungen überall aufrechtzuerhalten. Die Eskalationsstrategie der USA, Großbritanniens, der NATO und der neuen Machthaber in Kiew galt es zu beobachten und förmlich zu unterstützen.

Ukraine-Krieg, Neutralität, Militarisierung

Der 24. Februar 2022 markiert den russischen Einmarsch und den direkten Beginn des zwischenstaatlichen Krieges zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine. Sechs Wochen später, Anfang April 2022, reiste Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) als erster EU- Regierungschef nach Moskau, um sich mit Wladimir Putin zu treffen. Der Inhalt der Gespräche blieb weitgehend geheim. Es ist unwahrscheinlich, dass Nehammer tatsächlich so naiv gewesen wäre, auf eigene Faust eine „Friedensinitiative“ zu starten. Vielmehr dürfte es um die Absteckung und Sicherung wirtschaftlicher

Interessen gegangen sein, nämlich einerseits um ungestörte Gaslieferungen aus Russland nach Österreich - damals auch über Nord Stream 1 - und andererseits um die Aktivitäten der Raiffeisenbank (RBI), wobei die ÖVP aufgrund ihrer engen Verflechtung gewissermaßen als politischer Arm von Raiffeisen gilt. Beides dürfte kühl, aber professionell im Interesse beider Parteien gehandhabt worden sein: Die Gazprom-Verträge sollten eingehalten werden, Raiffeisen in Russland nicht sanktioniert werden, zumal die RBI im Gegensatz zu den heimischen russischen Banken nicht aus dem SWIFT-System ausgeschlossen wurde.

Gleichzeitig betonten wichtige Vertreter der Industriellenvereinigung, dass Sanktionen und ein Wirtschaftskrieg gegen Russland absurd und für die österreichische Wirtschaft massiv schädlich wären. Innerhalb des Kapitals haben sich gewissermaßen zwei Fraktionen gebildet, von denen die eine - die kleinere - aufgrund der entsprechenden Ausrichtung von Investitionen, Exporten und Importen dezidiert russlandfreundlich ist. Politisch wird diese Fraktion von der rechtsextremen, oppositionellen

Freiheitlichen Partei (FPÖ) unterstützt, die in der Öffentlichkeit mehr Neutralität für Österreich fordert. Es ist davon auszugehen, dass die FPÖ unter ihrem Vorsitzenden Herbert Kickl bei den anstehenden Nationalratswahlen, die im Herbst dieses Jahres stattfinden sollen, einen überwältigenden Sieg erringen wird.⁵ Aktuelle Prognosen und Meinungsumfragen sehen sie bei über 30 Prozent der Stimmen und einem deutlichen Vorsprung vor der oppositionellen SPÖ und der regierenden konservativen ÖVP. Sollte Kickl tatsächlich in der Lage sein, eine Regierung zu führen, für die er einen Partner braucht, hofft die russlandorientierte Kapitalfraktion, dass er zumindest einen ähnlichen Ansatz in der Russlandpolitik hat wie Orbán in Ungarn oder Fico in der Slowakei. Tatsache ist jedenfalls, dass die FPÖ-Abgeordneten den Saal aus Protest verließen, als Selenskyj per Videoschaltung im österreichischen Parlament sprach. Einige Sozialdemokraten sind jedoch gar nicht erst erschienen.

Die klare Mehrheit des österreichischen Kapitals hat sich der antirussischen Front angeschlossen. Denn so lukrativ und theoretisch vielversprechend das Geschäft mit Russland auch sein mag, für die exportorientierte Industrie sind

⁵ Wie wir heute wissen, ist diese Prognose eingetroffen. (Red.offen-siv

andere Märkte derzeit wichtiger. Betrachtet man beispielsweise die Zielländer der österreichischen Warenexporte, so zeigt sich, dass im Jahr 2021, also noch vor Kriegsbeginn, 68 Prozent davon EU-Mitglieder waren. Der mit Abstand wichtigste Markt ist mit einem Anteil von 30,2 Prozent Deutschland, gefolgt von Italien (6,8 Prozent), Polen (4,0 Prozent), Frankreich (3,8 Prozent), Ungarn (3,7 Prozent) und der Tschechischen Republik (3,6 Prozent). Außerhalb der EU hat die Schweiz noch eine gewisse Bedeutung (4,9 Prozent), wichtigstes Übersee-Exportland sind die USA mit einem Anteil von 6,7 Prozent an allen österreichischen Warenexporten. Demgegenüber ist der Anteil Russlands mit 1,2 Prozent recht gering, auch wenn es sich dabei immer noch um Milliardenbeträge handelt. Dennoch ist die Ausrichtung klar: Österreichs Kapital braucht Deutschland, die Nachbarländer und die EU - und auch die USA. Diese Beziehungen (und Gewinne) dürfen nicht zugunsten Russlands aufs Spiel gesetzt werden, auch wenn hier weitere Expansionsperspektiven in neuen Dimensionen denkbar sind.

Ähnlich verhält es sich mit dem Kapitalexport. Die österreichischen Direktinvestitionen im Ausland beliefen sich im Jahr 2022 auf 238 Milliarden Euro. 60 Prozent davon entfallen auf EU-Staaten, rund 15 Prozent auf Deutschland und jeweils rund sieben Prozent auf die Niederlande, Tschechien, die Schweiz - und die USA. Im Vergleich dazu ist Russland mit drei Prozent ein weniger bedeutendes Zielland. Insofern gilt hier das Gleiche: Das österreichische Kapital verzichtet naturgemäß eher auf die russische Investitionssphäre als auf die EU und Nordamerika. Das bremst zwar die eigentliche Expansionsstrategie zumindest stark, aber als mittelgroßes Land - wenn auch mit einer überdimensionierten Finanzwirtschaft - muss man sich mit den internationalen Entwicklungen arrangieren. Es sind also ganz profane wirtschaftliche Interessen des österreichischen Kapitals, die den Ausschlag für die endgültige Haltung zum Krieg in der Ukraine geben. Zwar zögerlich, aber dennoch wird die eine oder andere Beziehung zu Moskau gekappt und diverse Pläne werden auf Eis gelegt - zumindest vorerst. Schließlich sind viele Unternehmen, nicht nur die Raiffeisenbank, vor Ort geblieben und hoffen darauf, den Krieg durchtauchen zu können, um danach an der Verteilung der Beute auf die eine oder andere Weise teilzuhaben.

Vor diesem Hintergrund war es für die österreichische Bundesregierung, die von der konservativen ÖVP geführt wird und in der die Grünen Juniorpartner

sind, äußerst wichtig, die politische Verlässlichkeit Österreichs in Brüssel, Berlin und Washington so wenig wie möglich in Frage zu stellen. Dies betraf zunächst die rhetorische Seite: Österreich mag militärisch neutral sein, politisch neutral ist es nicht, erklärte Bundeskanzler Nehammer. Er betonte bei jeder Gelegenheit, dass er die Ukraine aus moralischen und völkerrechtlichen Gründen unterstützen werde, um die europäischen Werte von Demokratie und Freiheit zu verteidigen. Manchmal klangen die Regierungserklärungen so, als seien sie direkt aus dem NATO-Hauptquartier diktiert worden. In praktischer Hinsicht wurden kreative Lösungen gefunden: In der Frage der „Europäischen Friedensfazilität“ und der Finanzierung von Rüstungsgütern für die Ukraine durch die EU vertrat Österreich die Position einer „konstruktiven Enthaltung“, die es ermöglichte, den gemeinsamen Beschluss nach dem Einstimmigkeitsprinzip zu fassen. Der österreichische Anteil an den EU-Geldern dürfe aber nur für zivile Güter verwendet werden. Natürlich ist die Vorstellung absurd, dass dies im Zuge von EU-Beschaffungen und -Lieferungen getrennt werden könnte. Auch Österreich bezahlt faktisch Waffen für die Ukraine und kofinanziert jedenfalls den militärischen Verwaltungsapparat.

Was es allerdings nicht gibt, sind direkte Waffenlieferungen von Österreich an die Ukraine - immerhin

hätte das österreichische Bundesheer 48 der berüchtigten Leopard-2-Panzer gehabt. Doch die Bundesregierung verbot sich, „Offensivwaffen“ zu liefern, und die einzigen militärischen Güter, die aus den Beständen des Bundesheeres in die Ukraine transferiert wurden, waren Stahlhelme und Schutzwesten - Ausrüstungsgegenstände mit defensivem Charakter. Die ganze Zweideutigkeit der österreichischen Position zeigt sich aber beim Thema Waffentransporte: Das Verbot ausländischer Waffentransporte über österreichisches Territorium in ein kriegführendes Land wird mit Genehmigungs- und Kennzeichnungstricks umgangen, so werden z.B. italienische Panzer formal über österreichisches Territorium und damit innerhalb der EU in die Slowakei geliefert - und erreichen erst dann die Ukraine. Und so rollen regelmäßig Waffen- und NATO-Truppentransporte per Bahn über österreichische Schienen - im Jahr 2023 waren es über 4.500. Ebenso wenig kümmert es die Bundesregierung, dass NATO-Flugzeuge regelmäßig den österreichischen Luftraum durchfliegen, teilweise sogar ohne jede Genehmigung. In einigen dieser Fälle handelt

es sich um klare Verstöße gegen das österreichische Neutralitätsgesetz, das Verfassungsrang hat.

Die generelle Aufhebung der österreichischen Neutralität, die historisch von der UdSSR vorgeschlagen und durchgesetzt wurde, ist in der Bevölkerung höchst unpopulär. Nur ganz kurz zu Beginn des Krieges hat die ÖVP versucht, einen diesbezüglichen Diskussionsprozess in Gang zu setzen. Die Möglichkeit, dass Österreich dem Beispiel Finnlands und Schwedens folgt und sich um die NATO-Mitgliedschaft bewirbt, kann zum jetzigen Zeitpunkt völlig ausgeschlossen werden. Dennoch wird die Stimmung in diese Richtung beeinflusst, z.B. durch regelmäßige Auftritte von Bundesheeroffizieren in den Nachrichtensendungen des Fernsehens. Tatsächlich ist Österreich bereits teilweise integriert, nämlich über die EU-Militärstrukturen und die NATO-Partnerschaft für den Frieden. Die Neutralität ist seit dem EU-Beitritt Österreichs massiv geschwächt worden und hat durch den aktuellen Krieg in der Ukraine weiteren Schaden genommen. Die derzeitige Strategie der Regierenden ist es, eine stille oder gewissermaßen partielle NATO-Mitgliedschaft voranzutreiben und die Neutralität endgültig zu einer leeren Hülle zu degradieren. Wir dürfen daher nicht naiv sein: Wir können die Popularität der Neutralität im Kampf gegen die NATO-Bindungen nutzen, aber wir dürfen uns nicht auf sie verlassen. Der imperialistische Charakter und die verbrecherische Rolle der NATO auf Kosten der Völker müssen hervorgehoben werden.

Im Einklang mit dem Plan der Regierung, die NATO-Anbindung auszubauen, ist es auch notwendig, die Armee massiv aufzurüsten - und der Krieg in der Ukraine war eine willkommene Gelegenheit, dies zu rechtfertigen. Während der reguläre Etat des Verteidigungsministeriums auf über vier Milliarden Euro aufgestockt wurde, fanden verschiedene Beschaffungsvorgänge auch außerhalb dieses Etats statt. Neben 1.000 Transportfahrzeugen und Gegenständen wie ABC-Schutzmasken und Nachtsichtgeräten gehören auch 4.000 neue Sturmgewehre (StG77/AUG) und bessere Radar- und Ortungssysteme zu den Budgeterhöhungen ab 2023. Die Luftwaffe wird modernisiert - nicht nur mit Drohnen, sondern unter anderem mit 36 neuen Hubschraubern aus italienischer Produktion (Leonardo AW-169), einer Verdoppelung der Black-Hawk-Hubschrauberflotte auf 24 Maschinen, vier Transportflugzeugen (Embraer C-390) und einer anstehenden Entscheidung über neue Kampfflugzeuge - die bestehenden 15 Eurofighter-Jets sind in die Jahre gekommen und sollen zu-

mindest modernisiert, wenn nicht gar ergänzt oder ersetzt werden - im Gespräch sind US-amerikanische und schwedische Produkte, für die vorerst 16 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Bei den gepanzerten Fahrzeugen werden die 48 Kampfpanzer Leopard 2A4 und die 112 Kampfpanzer Ulan technologisch auf den neuesten Stand gebracht. Für gepanzerte Radfahrzeuge wurden immerhin 1,8 Milliarden Euro ausgegeben und 220 Einheiten des Pandur Evolution bestellt, von denen einige mit dem Geschützturm Sky Ranger ausgestattet werden sollen.

Es braucht nicht viel Phantasie, um zu erkennen, dass das österreichische Bundesheer umfassend modernisiert und aufgerüstet wird. Offenbar will das Militär vom Trittbrettfahrer zu einem aktiveren Teilnehmer an EU- und/oder NATO-Einsätzen werden, das zumindest Spezialaufgaben auf hohem Niveau wahrnehmen soll. Im aktuellen Strategiepapier des Verteidigungsministeriums heißt es ausdrücklich, die Streitkräfte müssten „kriegsfähig“ werden. Der Ukraine-Krieg liefert dafür den Vorwand, da die militärische Bedrohung aus dem Osten nun wieder propagandistisch aufbereitet und zugespitzt werden kann. In diesem Zusammenhang war es auch möglich, dass sich Österreich trotz seiner Neutralität am NATO-Raketenabwehrprojekt Sky Shield beteiligt.

Unterm Strich besteht kein Zweifel, dass sich Österreich im westlichen imperialistischen Block verortet. Dies ist auch deshalb notwendig, weil die Möglichkeiten des österreichischen Kapitals, wenn es sich selbst überlassen bliebe, äußerst begrenzt wären. Die eigenen Ambitionen, die manchmal übertrieben erscheinen, müssen als Juniorpartner vorangetrieben werden, vor allem wenn es um militärische Implikationen geht, nicht zuletzt im Windschatten Deutschlands und einer militarisierten EU. Im Jahr 2024 - genau 110 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs - ist dies eine wenig erfreuliche Erinnerung an die historischen Kriegsverbrechen der deutsch-österreichischen Waffenbrüderschaft in Osteuropa.

Während sich die Politiker um eine klare, verlässliche Position zumindest in Worten bemühen, lassen sie verschiedene Seitentore offen. Das österreichische Kapital bleibt in Russland und der Ukraine, um seine wirtschaftlichen Bastionen zu erhalten und bei Kriegsende vor Ort zu sein. Die Regierung schützt einzelne russische Oligarchen, die für Österreich von besonderer Bedeutung sind, vor EU-Sanktionen. Darüber hinaus wird in einer Art Hinhalte-taktik auf die Fortsetzung der russischen Gaslieferungen nach Österreich be-

standen, da das Land nach wie vor darauf angewiesen ist: Aufgrund des fehlenden Seezugangs kann kein eigenes LNG-Terminal gebaut werden. Gleichzeitig rächt sich die Tatsache, dass die von der OMV seit langem forcierte Nabucco-Pipeline, die Gas aus Kasachstan und dem kaspischen Raum über die Türkei und den Balkan nach Österreich liefern sollte, nicht realisiert wurde. Wenn also das Transitabkommen der Ukraine mit Russland über den Transport von russischem Gas nach Europa in diesem Jahr ausläuft und nicht erneuert wird - oder wenn die Pipeline im Krieg beschädigt wird -, wird Österreich vor sehr großen Schwierigkeiten stehen. Diese Tatsachen (und der ungünstige Verlauf des Krieges in der Ukraine) mögen dazu beitragen, dass die regierende ÖVP nun verstärkt von der Notwendigkeit spricht, mit Hilfe der BRICS-Staaten in Friedensverhandlungen mit Moskau einzutreten - noch vor wenigen Wochen wäre ein solcher Vorschlag als anti-ukrainische Blasphemie diskreditiert worden.

Positionen der Partei der Arbeit in Österreich

Die Partei der Arbeit Österreichs hat in der Vergangenheit die Aggressivität des US-Imperialismus als die größte Bedrohung für den Frieden angesehen - und in einer konkreten Betrachtung ist dies auch heute noch der Fall. Diese besondere Aggressivität der USA resultiert einerseits aus ihren enormen militärischen und finanziellen Kapazitäten, andererseits aber auch aus gewissen Abhängigkeiten und ihrem wirtschaftlichen Niedergang. Die Rolle der NATO ist damit verbunden. Die NATO-Erweiterung bis an die Grenzen Russlands und Weißrusslands wurde von uns stets als gefährliche Entwicklung kritisiert, ebenso wie die Militarisierung der EU. Zu unseren antiimperialistischen Forderungen gehören daher der Austritt Österreichs aus der EU und die Beendigung aller Kooperationen mit der NATO, einschließlich der sogenannten „Partnerschaft für den Frieden“, sowie mit den USA, einschließlich des „State Partnership Programme“ mit der Nationalgarde. All das ist unvereinbar mit der österreichischen Neutralität, die wir trotz ihrer klaren Mängel verteidigen.

Gleichzeitig bedeuten unsere antimilitaristischen Positionen die Ablehnung der weiteren Aufrüstung des österreichischen Bundesheeres, der Durchdringung der Gesellschaft mit militärischem Gedankengut und medialer Kriegshetze sowie der Beteiligung des Bundesheeres an imperialistischen Missionen. Die österreichischen Besatzungstruppen müssen vom Balkan abgezogen werden. Die Aufgabe des Österreichischen Bundesheeres ist die Verteidigung

des österreichischen Territoriums gegen militärische Angriffe - es ist weder Teil für eine internationale Interventionsarmee noch für den Einsatz im Inland vorgesehen. Gleichzeitig spricht sich die Partei der Arbeit gegen die Einführung eines Berufsheeres in Österreich aus und befürwortet eine verkürzte und demokratisierte Wehrpflicht und ein entsprechendes Milizsystem.

Wir haben den Kiewer Maidan-Putsch von 2014 klar verurteilt. Die Regime Poroschenko und Selenskyj stehen für die autoritäre, antidemokratische, rassistische und rechtsextreme Ausrichtung der ukrainischen Politik, die sich in aggressiver, teils mörderischer Weise gegen die russischsprachige Bevölkerung sowie die Arbeiterklasse und ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen richtet. Der Bürgerkrieg im Donbass, der vor über zehn Jahren begann, barg von Anfang an die Gefahr, sich zu einem zwischenstaatlichen Krieg zwischen der Russischen Föderation und dem Kiewer Regime zu entwickeln. Und das ist die Situation, die nun schon seit mehr als zwei Jahren besteht, zumindest formal.

In Wirklichkeit prallen in der Ukraine die imperialistischen Bündnisse aufeinander - es ist ein imperialistischer Krieg, ein ungerechter Krieg auf beiden Seiten. Die Ukraine führt auch einen Stellvertreterkrieg für die USA und die NATO - aus Sicht der USA -, während Russland der wichtigste Verbündete Chinas ist. Wir befinden uns mitten in einem Krieg, der nicht nur um Rohstoffe, Ressourcen, Transportwege, Investitionssphären, Marktanteile und billige Arbeitskräfte geführt wird, sondern auch um eine wichtige geopolitische Position im Kampf um die Neuaufteilung der Welt und die globale Hegemonialstellung. Dieser Konflikt ergibt sich aus den Gesetzen des Imperialismus, seiner Natur, seiner Konkurrenz und der ungleichen kapitalistischen Entwicklung. Er wird politisch, wirtschaftlich und letztlich mit Waffen ausgetragen. Diese Gesamteinordnung ist auch der Grund dafür, dass eine weitere Eskalation in Richtung Weltkrieg nach wie vor möglich erscheint, nicht nur durch ein direkteres Engagement der NATO in der Ukraine, sondern z.B. auch durch eine Eskalation im Pazifik.

Die Partei der Arbeit ergreift in diesem imperialistischen Konflikt keine Partei, auch nicht für den schwächeren Imperialismus oder das „geringere Übel“, wie es leider einige kommunistische und Arbeiterparteien tun. Wir sind ausschließlich der Arbeiterklasse verpflichtet, und die hat kein Interesse an diesem Krieg - nicht die russische, nicht die ukrainische und natürlich auch nicht

die österreichische. Deshalb verweigern wir auch der österreichischen Regierung einen Burgfrieden, wir lehnen die Sanktionen und den Wirtschaftskrieg ebenso ab wie die Finanzierung der Ukraine oder die Lieferung von Kriegsmaterial. Diese Dinge bedeuten für die österreichische Bevölkerung soziale Verwerfungen, Existenzsorgen und Versorgungsschwierigkeiten sowie die Gefahr, noch direkter in den militärischen Konflikt hineingezogen zu werden. Denn die Regierung und der bürgerliche Staat sind tief in die imperialistischen Pläne der NATO, der EU und der USA verstrickt. Es ist natürlich nicht zu erwarten, dass die österreichische Regierung plötzlich zu einer aktiven Neutralitäts- und Friedenspolitik übergeht. Es ist daher auch eine zentrale Aufgabe der Partei, den Menschen zu vermitteln, dass sie der Regierung nicht trauen können, so wie wir keiner bürgerlichen Regierung und generell dem bürgerlichen Staat nicht trauen dürfen.

Wir müssen die Menschen aufklären und mobilisieren, um den Kampf gegen die NATO-Integration Österreichs und die Aufhebung der Neutralität zu führen. Eine starke Friedensbewegung und ein Massenkampf sind notwendig, um von der Defensive in die Offensive zu kommen. Es ist daher notwendig, unsere Anstrengungen zur Stärkung des Klassenkampfes zu verstärken - gegen unseren Hauptfeind, der in unserem eigenen Land sitzt und der österreichische Imperialismus, das österreichische Monopolkapital ist. Daran gibt es keinerlei Zweifel. Im Falle eines Krieges ist die Arbeiterklasse aufgerufen, sich gegen die Herrschenden zu wenden, die sie auf die Schlachtfelder schicken. Das derzeitige Kräfteverhältnis mag ungünstig sein, aber weitere Turbulenzen können den Dingen eine Dynamik verleihen, auf die wir vorbereitet sein müssen. Ein möglicher neuer Weltkrieg muss mit dem Sturz des Kapitalismus und des Imperialismus enden. Denn die jüngste Geschichte der ehemaligen Republiken der UdSSR zeigt sehr deutlich: Imperialismus bedeutet Krieg, Sozialismus bedeutet Frieden.

Vorerst aber konzentrieren sich alle Anstrengungen darauf, eine Eskalation des Krieges in der Ukraine und den Ausbruch eines Weltkrieges zu verhindern. Es sind die Arbeiterinnen und Arbeiter, die in den Schützengräben sterben - und jeder Kriegstag ist einer zu viel. Deshalb fordern wir in erster Linie einen Waffenstillstand und Verhandlungslösungen, auch wenn es fraglich ist, welche Optionen dem bürgerlichen System und den beschädigten Vereinten Nationen bleiben. Natürlich ist zu erwarten, dass es nur dann Frieden geben

wird, wenn er dem US-amerikanischen und dem russischen Kapital gleichermaßen angemessen erscheint; und dass dieser Frieden nur der kapitalistischen Geschäftemacherei beim Wiederaufbau - und bei der Aufrüstung - dienen wird, d.h. dass jeder Frieden nur eine Atempause vor dem nächsten Krieg ist.

Deshalb entbindet uns natürlich auch eine mögliche Friedenslösung nicht vom revolutionären Klassenkampf für den Sozialismus. Das gilt nicht zuletzt für Österreich, dessen Kapital bestrebt ist, als weitgehend unbeschädigter und umfassender Kriegsgewinnler aus dem Ukraine-Krieg hervorzugehen und neue Profite an Land zu ziehen. Wir werden uns niemals mit einem relativen „Wohlstand“ in Österreich zufriedengeben, der auf der Ausplünderung anderer Nationen in Ost- und Südosteuropa beruht. Wir werden uns niemals mit dem Sklavendasein von LohnarbeiterInnen abfinden, die politisch unterdrückt und wirtschaftlich ausgebeutet werden. Und wir werden ein System nicht akzeptieren, das den Krieg in sich trägt, so wie die Wolken den Regen.

Austritte aus der KPD

Erklärung

Genossen,

die Situation in der Partei hat sich dermaßen zugespitzt, dass eine weitere politisch-ideologische Arbeit für uns nicht mehr möglich ist.

Das Zentralkomitee ist kein kollektives Führungsorgan mehr. Selbst gefasste Beschlüsse werden ignoriert bzw. nicht durchgesetzt, so z.B. die Verweigerung der Mitarbeit an der Überarbeitung des Parteiprogramms und die Ablehnung der innerparteilichen Weiterbildung mit der Bemerkung: „Das haben wir alles schon gelesen“. Ebenso werden gefasste Beschlüsse nicht an die Genossen in den Gruppen weitergeleitet. Die Redaktion der DRF ist von den ideologischen Widersprüchen derart betroffen, dass die Zukunft der Herausgabe einer marxistischen Zeitung in Frage gestellt ist.

In der nun schon über Jahre geführten Imperialismuskonversation ist kein Vorkommen, weil von Genossen des ZK an emotionalen und persönlichen

„Meinungen“ festgehalten wird, wie z.B. an den Einschätzungen über den angeblichen Aufbau des Sozialismus in China und Cuba oder an der Darstellung des Ukrainekrieges als „antiimperialistischer Krieg“ Russlands. Auch die Behauptung, dass sich das Monopolkapital nur in den „Hauptmächten“ konzentriere, denen sich alle anderen bürgerlichen Staaten unterwerfen müssten, ist eine revisionistische Auffassung. Die Auseinandersetzung mit dem Pyramidenmodell der griechischen Genossen löst diese Problematik nicht, wenn die grundlegenden Erkenntnisse unserer Klassiker in Frage gestellt werden. Es geht um elementarste Erkenntnisse, wie die Anerkennung der Imperialismustheorie Lenins und der marxistischen Kapitalanalyse.

Teilweise heftige Diskussionen, die dann mit Beschimpfungen und Beleidigungen enden, bestimmen das Klima. Nur einige Beispiele sollen genannt werden:

Die innerimperialistische Konkurrenz zwischen den bürgerlichen Staaten wird zu Gunsten einer Theorie von „unterdrückenden“ und „unterdrückten“ Staaten negiert.

Auch in der Staatstheorie gibt es erhebliche Gegensätze, die in der jetzigen Situation kaum diskutiert werden können. Die Einschätzung, dass innerhalb des bürgerlichen Staates nur bestimmte Teile der Bourgeoisie „das Sagen“ hätten, stattdessen der bürgerliche Staat „Staat der Monopole“ sei, zeigt, wie weit die Partei von einer marxistischen Auffassung des bürgerlichen Staates als ideellem Gesamtkapitalisten entfernt ist.

Das Ausklammern von Teilen der Bourgeoisie, wie z.B. des Kleinbürgertums, aus der herrschenden Klasse, um diesen Teilen dann einen anderen – nämlich „antiimperialistischen“ – Charakter anzudichten, stellt das Wertgesetz als eines der wichtigsten Grundlagen zum Erkennen der Dynamik des Kapitalismus und dessen imperialistischer Entwicklung in Frage. Stattdessen wird behauptet, das Wertgesetz könne sogar „im Sozialismus“ existieren.

Im Ergebnis des Ganzen wird wahlweise die russische Bourgeoisie, die chinesische Bourgeoisie, das Kleinbürgertum, oder neuerdings auch die palästinensische Bourgeoisie im Rahmen des sogenannten „palästinensischen Befreiungskampfes“ als Bündnispartner postuliert, immer mit demselben Ziel, die Arbeiterklasse von ihrem unabhängigen Klassenstandpunkt und damit von der Möglichkeit einer sozialistischen Revolution abzubringen.

Diese und andere Inhalte sind Themen, die in der innerparteilichen Weiterbildung behandelt werden könnten, wenn diese nicht von vielen ZK-Mitgliedern abgelehnt und boykottiert werden würden. Es ist zu konstatieren, dass sich auf Grundlage der obigen Thesen im ZK und der gesamten Partei eine revisionistische Fraktion herausgebildet hat, die sich zur Sicherstellung der Interessen der Bourgeoisie der inhaltlichen Debatte verweigert und sich in der Parteilarbeit entsprechend destruktiv verhält.

Die Widersprüche in der Partei sind dermaßen antagonistisch, dass eine gemeinsame Arbeit nicht mehr möglich ist. Durch Kompromisse und Geduld haben wir seit inzwischen mehr als zwei Jahren versucht, in kameradschaftlicher und dabei trotzdem in konsequenter Weise dem Stillstand der Partei entgegenzuwirken und das Fortschreiten des Revisionismus in unseren Reihen aufzuhalten. Leider ohne Erfolg.

Es ist bedauerlich, erneut den Niedergang einer kommunistischen Partei miterleben.

Wir haben beschlossen, aus der Kommunistischen Partei Deutschlands auszutreten.

Jürgen Geppert, Anna C. Heinrich, Tim Schoenmakers, Frank Flegel

Austrittserklärung: Die KPD ist tot!

Mit dem heutigen Tage⁶ treten wir aus der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) aus.

Bereits am 15.12. traten vier Mitglieder des Zentralkomitees (ZK) aus, nun folgen zwei weitere plus ein Mitglied der Zentralen Kontroll- und Schiedskommission (ZKSK). Im Ausmaß bedeutet dies, dass der stellvertretende Parteivorsitzende, die gesamte aktive Ideologische Kommission, die internationale Kommission, die operative Chefredaktion der Parteizeitung („Die Rote Fahne“ kurz DRF) und Teile des ZKSK nicht mehr existieren. An der Basis der Partei kam und kommt es zu weiteren Austritten.

⁶ Gemeint ist der 31.12.2024

Die Losung des XXXII. Parteitag der KPD, der im Mai diesen Jahres abgehalten wurde, stand unter dem Motto „*Die KPD lebt!*“. Wenn wir bei dieser Behauptung bleiben möchten, müssen wir feststellen, dass „leben“ hier nur in einem palliativen Sinne gemeint ist und nicht in einem kämpferischen, für die Sache der Arbeiterklasse brennenden Sinne. Die Partei ist seit vielen Jahren schwer angeschlagen, ihr Mitgliederbestand überaltert zusehends und verringert sich stetig.

Im Schatten der Konterrevolution 1989/90 gegründet, konnte sie nie die revisionistischen Geburtsmale der späten DDR ablegen und wurde so, mal mehr, mal weniger, vom Krebs des Revisionismus zerfressen, bis zu dem Zustand, an dem wir heute die Partei verlassen.

Die KPD ist tot!

Im Folgenden wollen wir uns retrospektiv mit dem Revisionismus - also der Abweichung von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus - auseinandersetzen, der zum Sterben unserer ehemaligen Partei geführt hat. Der Politisch/Philosophische Revisionismus ist dabei die Ursache, die im organisatorischen Revisionismus gipfelte und damit die Partei als Subjekt letztendlich zerstörte.

Philosophischer und politischer Revisionismus

1. Innere Logik des Kapitalismus - Wertgesetz und Warenproduktion

In der KPD wird regelmäßig die innere Logik des Kapitalismus und das Wertgesetz relativiert, abgeschwächt oder negiert. In Folge werden Dynamiken und Entwicklungen des Kapitalismus fehlinterpretiert und der Kampf gegen ihn bzw. für den Sozialismus falsch ausgerichtet.

Eine kurze Herleitung:

Die Ware ist die Keimzelle des Kapitalismus. Aus ihr entwickelt sich das gesamte System der kapitalistischen Produktion und des Austausches. Marx schreibt, dass die Ware zunächst ein Gegenstand menschlicher Bedürfnisse ist. Sie hat einen Gebrauchswert, der sich realisiert, wenn die Ware konsumiert/verbraucht wird. Die Ware hat aber auch einen Tauschwert. Dieser Tauschwert realisiert sich erst im Tausch der Waren gegeneinander. Er beschreibt das quantitative Verhältnis, worin Gebrauchswerte gegeneinander

austauschbar sind – so wie etwa ein Pfund Kaffee gegen eine Schachtel Zigaretten. Die Waren werden entsprechend ihres jeweiligen Wertes gegeneinander getauscht. Um den Wert der sehr unterschiedlichen Waren miteinander zu vergleichen, muss logischerweise ein abstrakter Maßstab herangezogen werden, der allen Waren inne liegt. Dieser abstrakte Maßstab ist die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die aufgebracht werden muss, um die entsprechende Ware zu produzieren. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft, in der Waren zum Zwecke ihres Tausches gegen andere Waren produziert werden, regelt das Wertgesetz die Austauschbeziehungen und die Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige. Geld ist dabei eine bestimmte Ware, die als allgemeines Äquivalent anerkannt ist und permanent gegen alle Waren getauscht wird. Mit Geld kann nach Marx die einfache Warenzirkulation stattfinden. Ein Schuster verkauft Schuhe gegen Geld, geht mit diesem Geld zum Markt und kauft Nahrung für die Familie. Ziel ist die Befriedigung des Bedürfnisses nach Lebensmitteln (nach Marx: $W - G - W$). Mit dem umgekehrten Kauf einer Ware gegen Geld zum Zwecke ihres Verkaufs gegen Geld (nach Marx: $G - W - G$) sieht es schon anders aus. Das macht nur Sinn, wenn am Ende des Prozesses ein Mehr an Geld steht (nach Marx: $G - W - G'$). Ein Händler könnte zwar dazu übergehen, Schuhe anzukaufen und einfach teurer weiterzuverkaufen, dann hätte er G' , aber im Schuh läge kein realer höherer Wert. Es wäre schlicht ein ungleicher Tausch und diese sind gesamtgesellschaftlich limitiert. Waren kann aber realer Wert hinzugeführt werden. In der Produktion überträgt sich sowohl der Wert der Produktionsmittel (P_m) als auch die Ware Arbeitskraft (AK) auf das Produkt (nach Marx: $G - W (AK, P_m) \dots$ Produktion... $W' - G'$). Dabei ist die Ware Arbeitskraft die einzige Ware von allen, die Mehrwert produzieren kann. Der Mehrwert, also die Differenz zwischen G und G' , wird sich vom Kapitalisten angeeignet und für weiteres Wachstum der Produktion (re)investiert. Dieser Kreislauf, also die Bewegung des Wertes, nennen wir Kapital. Der Eigentümer des Kapitals, der dieses (re)investiert, um sich den Mehrwert anzueignen, heißt Kapitalist. Die Gesellschaftsformation, die sich auf diese Produktionsweise gründet, nennt sich Kapitalismus. Mit dem Kapital entstehen die zwei Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft: Einerseits das Proletariat, das keine Produktionsmittel besitzt und seine Arbeitskraft verkaufen muss und andererseits die Bourgeoisie, die Produktionsmittel besitzt, Arbeitskraft ausbeutet, Mehrwerte produzieren lässt und Profit abschöpft. Die alles durchdringende Profitlogik führt not-

wendigerweise zu einer sich zuspitzenden Konkurrenz zwischen den Kapitalisten. Zentralisation und Konzentration des Kapitals führen zur Monopolisierung. Der Kapitalismus tritt in sein endgültiges und somit letztes Stadium ein den Monopolkapitalismus, oder auch Imperialismus. (vgl. Lenins Merkmale zum Imperialismus)

Der Imperialismus hat sich als Weltsystem durchgesetzt - er bestimmt unsere Epoche. Es gibt keinen Staat, der sich diesem entziehen kann und keinen kapitalistischen Staat, der nicht den gesetzmäßigen Entwicklungen des Kapitals unterworfen ist. Innerhalb dieses imperialistischen Weltsystems ringen die verschiedenen kapitalistischen Staaten um eine günstigere Position und die Vorherrschaft. Dieses ständige Ringen wird durch das Gesetz über die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung (vgl. Lenin, Über die Vereinigten Staaten von Europa) geprägt. Es mündet in Kriege zwischen imperialistischen Staaten - Stalin dazu:

„Es wäre falsch, zu glauben, dass der zweite Weltkrieg zufällig oder infolge von Fehlern dieser oder jener Staatsmänner entstanden sei, obgleich es unbestreitbar Fehler gegeben hat. In Wirklichkeit war der Krieg ein unvermeidliches Ergebnis der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Weltkräfte auf der Basis des modernen Monopolkapitalismus. Die Marxisten haben wiederholt erklärt, dass das kapitalistische Weltwirtschaftssystem die Elemente einer allgemeinen Krise und kriegerischer Zusammenstöße in sich birgt, dass infolgedessen die Entwicklung des Weltkapitalismus in unserer Zeit nicht in Form einer reibungslosen und gleichmäßigen Vorwärtsbewegung vor sich geht, sondern Krisen und Kriegskatastrophen durchmacht. Die Sache ist nämlich die, dass die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Länder im Laufe der Zeit gewöhnlich zu einer jähen Störung des Gleichgewichts innerhalb des Weltsystems des Kapitalismus führt, wobei die Gruppe kapitalistischer Länder, die sich mit Rohstoffen und Absatzmärkten für weniger gut versorgt hält, gewöhnlich Versuche unternimmt, die Lage zu ändern und die ‚Einflussphären‘ zu ihren Gunsten neu aufzuteilen – und zwar durch Anwendung von Waffengewalt. Das Ergebnis ist die Spaltung der kapitalistischen Welt in zwei feindliche Lager und der Krieg zwischen ihnen.“ (Stalin, Rede in der Wählerversammlung des Stalin-Wahlbezirks der Stadt Moskau, 1946)

In der KPD leugnen Genossen, dass schon in der Warenproduktion der Keim für den Kapitalismus und sein höchstes Stadium - den Imperialismus - liegt.

Sie behaupten stattdessen, dass die Warenproduktion etwas Allgemeines ist, also auch im Sozialismus noch stattfindet, ebenso wie das Wertgesetz auch weiterhin gültig wäre oder dass beides in jeweiligen Gesellschaftsformationen einfach anders zu bewerten wäre. Ein paar Beispiele:

KPD-Genosse: *"Ware gibt es seit es Eigentümerwechsel gibt. Und solange es diesen gibt, wird es Ware geben."* – Das ist Unsinn. Nicht alles, was den Eigentümer wechselt, ist eine Ware. Waren sind Produkte, in denen Arbeit gebrauchsfähig verkörpert ist und die für den Austausch hergestellt werden. Nicht der reine Eigentümerwechsel macht ein Ding zur Ware, sondern die Bewegung des Austausches. Marx schreibt dazu: *„Ein Ding kann nützlich und Produkt menschlicher Arbeit sein, ohne Ware zu sein. Wer durch sein Produkt sein eigenes Bedürfnis befriedigt, schafft zwar Gebrauchswert, aber nicht Ware. Um Ware zu produzieren, muß er nicht nur Gebrauchswert produzieren, sondern Gebrauchswert für andre, gesellschaftlichen Gebrauchswert. {Und nicht nur für andre schlechthin. Der mittelalterliche Bauer produzierte das Zinskorn für den Feudalherrn, das Zehntkorn für den Pfaffen. Aber weder Zinskorn noch Zehntkorn wurden dadurch Ware, daß sie für andre produziert waren. Um Ware zu werden, muß das Produkt dem andern, dem es als Gebrauchswert dient, durch den Austausch übertragen werden.}“* (Kapital I, MEW 23, 55)

KPD-Genosse: *„Entscheidend sind nicht das Wertgesetz und die Warenproduktion, der es entspricht, da sie in verschiedenen Gesellschaftsformationen ganz verschiedene Funktionen erfüllen. Entscheidend sind die Eigentumsverhältnisse, die es konkret zu untersuchen gilt. Kapitalistisch ist ein Land nur dann, wenn das Kapital das wesentliche Produktionsverhältnis ist. Ansonsten wäre auch die DDR bis 1973 kapitalistisch, als es noch private Industriebetriebe gab. [...]“*

Die Genossen widersprechen Marx und Engels an zahlreichen Stellen. Engels führt bspw. zum Zusammenhang von Waren(produktion) und Kapitalismus folgendes aus:

"Wir bezeichnen als 'Warenproduktion' diejenige ökonomische Phase, in welcher die Gegenstände nicht nur für den Gebrauch der Produzenten, sondern auch für Zwecke des Austausches produziert werden, d.h. als Waren, nicht als Gebrauchswerte. Diese Phase reicht von den ersten Anfängen der Produktion

für den Austausch bis herab in unsere gegenwärtige Zeit; sie erlangt ihre volle Entwicklung erst unter der kapitalistischen Produktion, d.h. unter Bedingungen, wo der Kapitalist, der Eigentümer der Produktionsmittel, gegen Lohn Arbeiter beschäftigt, Leute, die aller Produktionsmittel, ihre eigene Arbeitskraft ausgenommen, beraubt sind, und den Überschuss des Verkaufspreises der Produkte über seine Auslagen einsteckt." (Einleitung (1892) zu 'Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft', MEW 19, 526.)

Über die Wirkung der Warenproduktion im Sozialismus schreibt Engels auch im Anti-Dühring:

„Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten.“

Und auch Marx führt in der Kritik des Gothaer Programms aus, dass es mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln keine Warenproduktion und kein wirkendes Wertgesetz mehr gibt:

„Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren.“

Dass die Revisionisten trotzdem an der allgemeinen Gültigkeit der Warenproduktion und des Wertgesetzes festhalten, kann einerseits durch eine mangelnde Auseinandersetzung mit den philosophischen Grundlagen des Marxismus und der marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie erklärt werden. Es ist andererseits ein Überbleibsel revisionistischer Abweichungen und Öffnung der ehemaligen sozialistischen Staaten für einen kapitalistischen Markt. Die Genossen nehmen dabei oft Bezug auf Stalin, die Neue Ökonomische Politik in der Sowjetunion oder das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung in der DDR. Es wird gerechtfertigt, dass die Warenproduktion im Sozialismus zugelassen wurde und dass die Betriebe „mehr Eigenständigkeit“ bekommen haben, um die Wirtschaft anzukurbeln. In der Regel wird aber geflissentlich beiseitegelassen, dass es sich dabei um Ausnahmen, Perioden

und kritisch beäugte Vorgänge gehandelt hat oder man sie ganz konkret als konterrevolutionär kritisieren muss. Über diese Denkart schreiben die Revisi-onisten dann auch bestimmten Staaten mit kapitalistischer Basis eine fort-schrittliche Rolle zu. So wird bspw. China auf dem Weg zum Sozialismus in einer Jahrzehnte dauernden Phase der Ausnutzung der Marktwirtschaft gese-hen oder der Kapitalismus in Russland sei „etwas anderes“ (unbestimmt) als der Kapitalismus in westlichen Staaten.

Warenproduktion und Wertgesetz sind untrennbar verknüpft mit Produkti-onsweisen, in denen der Wert und Tausch einer Ware das bestimmende Ele-ment für den privaten Produzenten sind. Das ist im Sozialismus nicht mehr der Fall. Durch eine geplante Produktion ohne Privateigentum an Produkti-onsmitteln findet eine ausschließlich Gebrauchswert-orientierte Produktion in einem gemeinschaftlich wirtschaftenden Organismus statt. Es werden keine Waren ausgetauscht entsprechend ihres Wertes, sondern Güter verteilt entsprechend ihres Gebrauchswertes. **Wer das nicht begreift, wird den Kapita-lismus nie an der Wurzel packen und ausreißen können. Er wird nie die aktuellen Geschehnisse in der Welt wissenschaftlich korrekt analysieren und entsprechende Praxis entfalten können. Wer diese Theorien in die kommunistische Bewegung und in die Arbeiterklasse trägt, wird sie irre-führen und der Konterrevolution den roten Teppich ausrollen.**

2. Staatstheorie

In der KPD gibt es außerdem gravierende Mängel in der Staatstheorie. Sie wirken sich auf die Analyse des imperialistischen Weltsystems und der Rolle einzelner Staaten darin sowie auf die Bündnisfrage aus – insbesondere dahin-gehend, ob Interessen von Teilen der Bourgeoisie mit denen der Arbeiterklas-se zusammenfallen und man daher mit ihnen zusammenarbeiten müsste.

Zum Staat im Allgemeinen: Zu dem Zeitpunkt, an dem sich die Spaltung der Gesellschaft in Klassen herausbildet, entwickeln sich auch Mechanismen zur Aufrechterhaltung des Verhältnisses zwischen diesen Klassen. Engels schreibt dazu, dass es eine Einrichtung braucht, „*die nicht nur die aufkommende Spal-tung der Gesellschaft in Klassen verewigte, sondern auch das Recht der besit-zenden Klasse auf Ausbeutung der nichtbesitzenden und die Herrschaft jener über diese. Und diese Einrichtung kam. Der Staat wurde erfunden.*“ (Engels: Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats) Das gilt auch für

den bürgerlichen Staat im Kapitalismus. Er ist einerseits „*Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten, ausgebeuteten Klasse*“ (Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats) und andererseits „*ideeller Gesamtkapitalist*“ (Engels: Anti-Dühring). Er sichert die Herrschaft des Kapitals und vertritt dabei das Gesamtinteresse der Kapitalistenklasse.

Insbesondere letzteres wird von einigen KPD-Genossen missachtet. Sie abstrahieren den bürgerlichen Staat nicht als ideellen Gesamtkapitalisten, der im Allgemeinen die Herrschaft des Kapitals sichert, sondern sie beziehen die Durchsetzung der Interessen nur auf einen Teil der Bourgeoisie. Etwa wie folgt:

„Der Staat ist das Machinstrument der jeweils herrschenden Klasse. Innerhalb der herrschenden Klasse hat natürlich nicht der Bäcker an der Ecke mit seinen 3 ausgebeuteten Lohnarbeitern das Sagen.“

Dass das Unsinn ist, müssten die Genossen wissen, wenn sie das Manifest der Kommunistischen Partei studiert hätten. Dort schreiben Marx und Engels:

„Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet. [...] Die politische Gewalt im eigentlichen Sinn ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen.“

Oder aber Engels im Anti-Dühring:

„Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist.“

Nach Ansicht der revisionistischen KPDler kann der Teil der Bourgeoisie, von dem sie glauben, er hätte nicht "das Sagen" ein potentieller Bündnispartner sein - So etwa Kleinkapitalisten gegen das Monopolkapital. „Von dem sie glauben“ ist dabei wörtlich zu nehmen, denn eine wissenschaftliche Klassenanalyse oder nur Ansätze davon, werden nicht unternommen. Dazu ein kurzes Beispiel: „Der Bäcker an der Ecke“. Er wird häufig vorgebracht, aber ist gleichzeitig völlig überholt und existiert so gut wie kaum noch. In den

letzten 60 Jahren ist die Zahl der Handwerksbäckereien von 55.000 in den alten Bundesländern auf knapp über 9.000 deutschlandweit gesunken und die durchschnittliche Mitarbeiterzahl liegt bei 25,4. Jährlich wird im Bäckereigewerbe ein Umsatz von vielen Milliarden (2023 etwa 17,55 Mrd. Euro) gemacht, wobei allein 6,5% der Betriebe fast dreiviertel des gesamten Jahresumsatzes erwirtschaften (<https://www.baeckerhandwerk.de/zahlen-fakten>). Wir sehen hier also einen Monopolisierungsprozess, der den „kleinen Bäcker an der Ecke“ lange ausradiert oder gesellschaftlich irrelevant gemacht hat. Solche konkreten Analysen interessieren unsere Revisionisten aber nicht. Sie nutzen solche relativierenden Beispiele lediglich, um die vermeintlich notwendige Zusammenarbeit mit Kapitalisten herzuleiten.

Diese Haltung wird von den Revisionisten nicht nur auf das Verhältnis Klein- zu Monopolkapital angewandt, sondern sie legen sie auch im Weltmaßstab bei der Einschätzung verschiedener Staaten an den Tag. Im vorigen Kapitel haben wir beschrieben, wie aus der inneren Logik des Kapitalismus der Imperialismus als Weltsystem folgt, in welchem kapitalistische Staaten um die Vorherrschaft kämpfen. Die Revisionisten sprechen nun einem Teil bürgerlicher Staaten im imperialistischen Weltsystem eine progressive Rolle und Bündnisperspektive zu, sobald sie gegen den nach ihrer Denkart mächtigsten imperialistischen Staat und seine Verbündeten vorgehen. Ganz konkret geht es dabei etwa um Staaten wie Russland und China und ihre Bündnisse, wie z.B. BRICS, die eine "objektiv antiimperialistische Rolle" gegen die USA bzw. die NATO einnehmen würden. Ein Genosse formulierte dazu konkret, dass für die Monopolbourgeoisie „entscheidend [sei], in welchen Staaten sie konzentriert ist und mit ihrer Diktatur in diesen Staaten andere Staaten (samt deren Bourgeoisie und deren Lakaien) ihren Interessen unterwirft. Daraus ergibt sich, daß die unterworfenen Bourgeoisie gegensätzliche Interessen zu den imperialistischen Hauptmächten vertritt und damit antiimperialistische Interessen.“ Während der innerparteilichen Auseinandersetzung um den Imperialismus in der heutigen Zeit haben ehemalige Genossen in diesem Sinne etwa Denkmuster nach folgendem Zitat vor sich hergetragen und positiv Bezug genommen:

"KOMMUNISTEN KÖNNEN SICH IHRE BÜNDNISPARTNER NICHT AUSWÄHLEN, ABER VERÄNDERN. Weltweite anti-imperialistische Bündnispolitik kann nicht auf Basis ideologischer, politischer und klassenmäßiger

Vereinheitlichung betrieben werden, ansonsten es keine Bündnispolitik ist: Bündnisse schließt man bekanntlich nicht mit sich selbst, sondern auch, wenn es notwendig ist, mit dem Klassenfeind: zum Beispiel im anti-faschistischen Kampf." (Robert Medernach, offen-siv 1/2012)

Dies bezogen auf Staaten wie Russland und sein Engagement in der Ukraine ist totaler Unfug. Es zeugt davon, dass nicht verstanden wurde, dass auch Russland als bürgerlich-kapitalistischer Staat ausschließlich danach handelt, die Herrschaft des Kapitals aufrechtzuerhalten und bestmögliche Ausgangsbedingungen für russische Kapitalisten zu schaffen, statt einen antifaschistischen Kampf im Sinne der Überwindung des Kapitals zu unterstützen. Das Propagieren eines solchen "objektiven Antiimperialismus" kapitalistischer Staaten verschleiert die Funktion des bürgerlichen Staates, missachtet die Etablierung des Imperialismus als Weltsystem und verhindert den konsequent antikapitalistischen Kampf für den Sozialismus.

Außenpolitisch macht sich die KPD damit letztlich zum Handlanger eines "souveränistischen" Flügels des deutschen Imperialismus. Eines Flügels, der sich aus der engen Kooperation des US-Imperialismus lösen will und im Bündnis mit China und Russland seine neue Stärke sucht. Auch innenpolitisch lässt sich dieser Trend in der Politik der KPD nachzeichnen. Hier vor allem in der Frage der Bündnisse und der sogenannten "Volksfront".

3. Klassenfrage und Bündnispolitik

Ohne ein Verständnis des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates, ist es unmöglich, die Klassenfragen richtig zu beantworten. Auch wenn sich die KPD in ihren Grundsatzdokumenten und sonstigen Veröffentlichungen zwar immer wieder auf die Arbeiterklasse bezieht, resultieren keine Maßnahmen, dies auch in der Praxis umzusetzen. Im besonderen Maße schlägt sich das in der grundsätzlichen politischen (nicht-)Ausrichtung der Partei und ihrer prinzipienlosen Bündnispolitik nieder.

Wir sind überzeugt davon - so wie Marx und Engels im Manifest der kommunistischen Partei deutlich schreiben - dass "[v]on allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, [...] nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse [ist]." Ausschließlich die Arbeiterklasse ist dazu in der Lage, dem Kapitalismus ein Ende zu setzen und den Aufbau des Sozia-

lismus voranzubringen. Daher ist es nur logisch, sie und ihre Organisationen zum Mittelpunkt der gesamten politischen Arbeit zu machen.

Die Kommunistische Partei ist die Avantgarde der Arbeiterklasse. Sie speist sich aus ihr und ihren Massenorganisationen und ist in ihnen am stärksten verwurzelt. Die Organisationen der Arbeiterklasse und damit auch der Partei sind damit in erster Linie die Gewerkschaften, denn sie sind bis heute die zahlenstärksten Organisationsformen der Arbeiter.

"Gewerksgenossenschaften [sind], ohne dass sie sich dessen bewusst werden, zu Organisationszentren der Arbeiterklasse geworden, wie es die mittelalterlichen Munizipalitäten und Gemeinden für das Bürgertum waren. Wenn die Gewerksgenossenschaften notwendig sind für den Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit, so sind sie noch weit wichtiger als organisierte Kraft zur Beseitigung des Systems der Lohnarbeit selbst." (Marx, Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, MEW, Bd.16)

Somit ist es nur konsequent, dass unsere praktische und theoretische Arbeit zu großen Teilen auf die Betriebe abzielt. Dies bedeutet auch, dass die gesamte Partei in ihrer Struktur dieses Bestreben widerspiegeln muss.

"Die Haupt- und Grundform der Organisation jeder bolschewistischen Partei ist die Parteizelle im Betriebe. Das alte, von der Sozialdemokratie übernommene Organisationsprinzip, nach dem die Partei auf der Grundlage der Wahlkreise in Rücksicht auf die Bedürfnisse der Parlamentswahlen aufgebaut wird, ist für die Kommunisten unannehmbar. Eine echte bolschewistische Partei ist unmöglich, wenn die Organisation in ihrer Grundlage nicht auf den Betriebszellen beruht. Neben den Betriebszellen und der Arbeit in solchen Organisationen wie Gewerkschaften, Betriebsräten, Konsumgenossenschaften usw. kann und soll zur Bildung einer ganzen Reihe parteiloser Hilfsorganisationen geschritten werden: Mieter-, Arbeitslosen-, Kriegsteilnehmerorganisationen usw. (mit kommunistischen Zellen in denselben). Die Bolschewisierung macht es erforderlich, daß unsere Parteien jede Gelegenheit ausnützen, um das organisatorische Netz möglichst dicht und vielmaschig zu gestalten. Es gilt, jede einzelne bedeutungsvolle Tagesfrage auszunutzen, um die eine oder andere Hilfsorganisation, mag sie auch eine noch so lockere oder ‚freie‘ Organisation darstellen, ins Leben zu rufen, sofern sie überhaupt nur lebensfä-

hig ist." (Kommunistische Internationale 1925: Thesen über die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien)

Diese Erkenntnisse teilen innerhalb der KPD aber nur ein sehr geringer Teil der Mitglieder. (Auf weitere konkrete revisionistische Entartungen in der Organisationsfrage werden wir weiter unten eingehen.)

Der Hauptkampf wird von der KPD nicht um den Sozialismus als aktuelles Ziel geführt, sondern immer wieder abgelenkt von einzelnen Teilbereichskämpfen, die einzelnen Mitgliedern im jeweiligen Moment sinnvoller erscheinen. Die politische Arbeit in den Betrieben und die Organisierung von Arbeitern wird nicht als Priorität in der Praxis gesetzt und auch Bündnispartner werden nicht danach bewertet, ob sie den unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse dienen. Strategische Debatten gibt es dazu nicht, sodass die Praxis der KPD ein riesiger Flickenteppich kleiner und kleinster Aktionen ist, in denen kein roter Faden existiert. Besonders dominant sind dabei Vorstellung, dass man im Kapitalismus einen "Kampf gegen den Faschismus" oder "Kampf gegen den 3. Weltkrieg" erfolgreich führen kann, sodass man sich mit jedem vermeintlich „Friedensbewegten“ zusammentut und das als Basis für Massenarbeit im Sinne der Arbeiterklasse und somit als Schritt Richtung Sozialismus begreift. Begriffe wie "Aktionseinheit", "Einheitsfront" und "Volksfront" werden dabei völlig willkürlich, prinzipienlos und geschichtsvergessen benutzt. In einem aktuellen Flyer schreibt die KPD:

*"Seit ihrer Wiedergründung 1990 in der DDR setzt sich die KPD nachdrücklich für eine einheitliche Kommunistische Partei Deutschlands auf der Basis des Marxismus/Leninismus sowie ein umfassendes Bündnis aller linken Kräfte zur **Schaffung einer breiten antiimperialistisch/antifaschistischen demokratischen Volksfront** ein. Entsprechend ihrer Tradition kämpft die KPD insbesondere für die sozialen und politischen Rechte der Arbeiter/lohnabhängigen Werktätigen sowie aller vom Kapitalismus Ausgebeuteten und Benachteiligten. Sie kämpft gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus."* (Erklärung zum 35. Jahrestag der Wiedergründung der KPD. Dezember 2024)

Was die KPD unter "antiimperialistischer/antifaschistischer Volksfront" versteht, wird im Folgenden deutlich. Im Oktober 2024 erschien ein Interview mit einem Dresdner Mitglied der KPD, im "Aufgewacht"-Magazin der fa-

schistischen Regionalpartei "Freie Sachsen". Darin wird der Genossen gefragt:

"F: Was halten Sie von der Idee der Querfront?"

A: Sobald Leute für den Frieden sind, können sie sagen: Ich bin Querfront. Bei der Friedensdemo sind doch auch Katholiken und andere Christen dabei. Warum sollte ich sie zurückstoßen?"

Ein weiteres Beispiel zeigte sich zuvor am 27. Juli 2024 vor dem US-Konsulat in Leipzig. Eine Kleinstkundgebung unter dem Motto "*Es lebe die antiimperialistische Einheitsfront*" wurde dort von gut einem Dutzend Leuten abgehalten, unter ihnen war der Islamist und Al-Qaida-Sympathisant Bernhard Falk, der verurteilte Faschist Alexander Kurth und Tobias Pfennig von den "Freien Sachsen". Zwei Mitglieder der KPD nahmen ebenfalls an dieser Kundgebung teil.

Ein Großteil der Parteiführung, vor allem der Regionalorganisation Dresden, deckelte sowohl die Kundgebung, als auch das Interview. Sie bagatellisierten dabei den Charakter der Faschisten und Islamisten, logen zu dem Zustandekommen des Interviews und der Kundgebung und blockierten eine vernünftige Aufarbeitung und öffentliche Distanzierung von selbigen. Auch wenn die beiden Genossen, die an der Kundgebung teilnahmen, richtigerweise Selbstkritik übten und Fehler in ihrem Handeln einräumten, hatte ein Großteil der politischen Führung kein Problem mit der öffentlichen Kooperation mit Faschisten.

Aber nicht nur am rechten Rand erscheint die KPD prinzipienlos. Ihre Drohung, mit "allen linken Kräften" zu paktieren, versucht sie regelmäßig in die Tat umzusetzen.

So wollte man unbedingt den sogenannten "Berliner Appell" gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland unterstützen - der nicht ohne Zufall den gleichen Namen trägt wie die antikommunistische Initiative der DDR-Opposition in den 80er Jahren. Unterstützt wird der aktuelle Appell von Politikern der Bündnis Grünen, der SPD, des Bündnis Sarah Wagenknecht und sonstigen Sozialdemokraten und Liberalen. Auf den Vorschlag, von der Stationierung der Mittelstreckenraketen auf eine Kritik der gesamten NATO und ihrer Politik zu verallgemeinern, wurde heftig reagiert. Es wäre

"vermessen die Leute zu belehren". Man würde sich "Bündnispartner verprellen" und weitere abstruse Ausflüchte. Ein kritischer Kommentar zu diesem Aufruf, mit einer klaren antikapitalistischen Positionierung, wurde letztendlich sogar durch das ZK verhindert.

Die KPD ist also bereit, mit breiten Teilen des politischen Establishments und der Reaktion zu kooperieren und die konsequente Beantwortung der Klassenfrage bei Seite zu lassen. Aber wohin sollen solche Bündnisse führen? Für welche Art von Frieden und Antifaschismus streitet man mit Faschisten und Sozialdemokraten? Sollen solche Bündnisse im Sinne der Arbeiterklasse sein?

4. Revolutionstheorie – Krieg und Frieden

"Ich bin der Ansicht, daß Ihr nichts dadurch gewinnt, wenn Ihr den absoluten Verzicht aufs Dreinschlagen predigt. Glauben tut's kein Mensch, und keine Partei irgendeines Landes geht so weit, auf das Recht zu verzichten, der Ungesetzlichkeit mit den Waffen in der Hand zu widerstehn." (Engels an Richard Fischer, MEW 39, S.424)

"Wir müssen den Regierungen erklären: wir wissen, daß ihr die bewaffnete Macht seid, die gegen die Proletarier gerichtet ist; wir werden auf friedlichem Wege gegen euch vorgehen, wo uns das möglich sein wird, und mit den Waffen, wenn es notwendig werden sollte. " (Rede von Karl Marx über die politische Aktion der Arbeiterklass auf der IAA Konferenz am 21.09.1871, MEW 17, S.652)

"Friedensfreundliche Stimmung in den Massen ist häufig der Ausdruck dafür, daß Protest und Empörung aufkommen und daß der reaktionäre Charakter des Krieges erkannt wird. Diese Stimmung auszunutzen ist Pflicht aller Sozialdemokraten. Sie werden sich an jeder Bewegung und an jeder Demonstration, die auf diesem Boden erwächst aufs leidenschaftlichste beteiligen, aber sie werden das Volk nicht betrügen, indem sie den Gedanken zulassen, daß ohne eine revolutionäre Bewegung ein Frieden ohne Annexionen, ohne Unterjochung von Nationen, ohne Raub, ohne den Keim neuer Kriege zwischen den jetzigen Regierungen und herrschenden Klassen möglich sei. [...] Wer einen dauerhaften und demokratischen Frieden will, der muß für den Bürgerkrieg gegen die Regierungen und die Bourgeoisie sein." (Lenin, LW 21, S.317)

Wenn man in unseren Klassikertexten liest, ergibt sich schnell und recht konsistent ein Verständnis über das Verhältnis der Kommunisten zur Frage von Krieg und Frieden sowie zum Staat der Bourgeoisie und wie wir mit ihm zu verfahren haben. In der kommunistischen Bewegung Deutschlands geschweige denn in der Linken gibt es jedoch wenige Stimmen, die diese klare Haltung an den Tag legen. Stattdessen wird die schwächelnde sogenannte "Friedensbewegung" bedient und verzweifelte Appelle Richtung Politik ausgestoßen. Für die KPD liegt die Vermutung nah, dass sich durch ihre Gründung auf dem Boden der sterbenden DDR und durch die personellen Kontinuitäten viele revisionistische Ideen aus der damaligen Zeit ebenfalls in ihr über die Zeit der Konterrevolution retteten.

Ab 1974 stand die Illusion einer "friedliche Koexistenz" zwischen Kapitalismus und Sozialismus in der Verfassung der DDR. In den folgenden Jahren etablierte sich, erst in der DDR-Opposition, später auch unter opportunistischen Mitgliedern der SED, die Losung "Schwerter zu Pflugscharen". Damit nährte man die Illusion, dass sich durch Abrüstung und eine pazifistische Haltung der Frieden mit und später im Kapitalismus realisieren lasse.

Solch eine Haltung kann man selbstverständlich nur an den Tag legen, wenn man vom täglichen Krieg gegen die eigene Bevölkerung nichts mitbekommt, oder vor ihm die Augen verschließt. Kriminalisierung von Armut, Staatsterror gegen Ausländer, Ausbeutung von Mindestlöhnern und Menschen mit Behinderung, Drogenepedemie, Explosion psychischer Erkrankungen, Abbau der Daseinsvorsorge und sozialer Errungenschaften, etc. Es wird nicht verstanden, dass der Kapitalismus grundsätzlich eine gewalttätige Diktatur ist. Die Liste der Verbrechen der Kapitalisten ist lang, der Grund zur Rebellion ist gegeben.

Nun ist es so, dass in den Reihen der KPD bis heute viele Genossen diesen offensichtlich konterrevolutionären Phrasen auf den Leim gehen. Man sieht es als Gewinn, unter den oben benannten Parolen in möglichst breiten Bündnissen zu demonstrieren und zerschlägt nicht die Illusionen in einen kapitalistischen "Frieden". Das Zentralorgan der KPD, die Rote Fahne (DRF) druckt immer wieder spießige, bürgerlich-pazifistische Gedichte, Texte und Bilder ab. Die Hoffnung scheint hier zu sein, dass ein Mehr an Friedenstauben, ein Mehr an Frieden bringen wird. Gleichzeitig finden aber die täglichen Kämpfe der Arbeiterklasse kaum Platz und Beachtung in der DRF oder der sonstigen Politik der Partei.

Wer die Lage der Arbeiterklasse im eigenen Land nicht versteht, kann die Arbeiter auch nicht adäquat organisieren, geschweige denn wird er die richtigen Kampfformen zur Überwindung des Systems finden. Ganz im Gegenteil wird der, der in diesem Moment der Ungerechtigkeit nach Frieden ruft und den Kampf verweigert, objektiv in das Lager des Klassenfeinds wechseln.

Organisatorischer Revisionismus

In einer Partei, die dem Anspruch einer marxistisch-leninistischen Organisation gerecht werden will, ließe sich allem oben genannten mit Bildung sowie politisch-ideologischen Debatten, offener Kritik-Selbstkritik und Disziplin beikommen. Die KPD ist aber so dermaßen von Revisionismus zerfressen und entsprechende Funktionäre haben sich so festgesetzt, dass auch die organisatorischen Grundprinzipien einer Kommunistischen Partei nicht angewandt und sogar aktiv missachtet werden, obwohl sie im Statut festgelegt sind. Dazu gehört etwa die Wahrung der Einheit und Reinheit der Partei, die demokratisch-zentralistische Organisationsweise, das Fraktionsverbot, die Anwendung von Kritik-Selbstkritik oder die Bindung jedes Parteimitgliedes an Beschlüsse sowie die offene Debatte nach innen und Einheit nach außen. Eine Missachtung des Statuts zieht dabei so gut wie nie Konsequenzen nach sich. Es ist damit ein nutzloses Papier statt eines scharfen Schwertes der Partei zur Entfaltung und zum Schutz ihrer Arbeit.

Was wir statt des aktiven Parteilebens einer Partei Neuen Typus erleben, ist theoretische wie praktische Willkür, das Unterbinden von Debatten und die Nichtachtung von Beschlüssen. Teile der Parteiführung machen Alleingänge ohne entsprechende demokratische Legitimierung oder Rechenschaft. Dieses Vorgehen wird damit verschleiert, dass man „die Mitglieder zusammenhalten will“ und der Ansicht ist, dass das Austragen von Kontroversen, Fliehkräfte erzeuge, die die Partei schwächen. Dass man mit solchem zentristischen Vorgehen die Partei lähmt und den revolutionären Weg verlässt, wird geleugnet. Dass gleichzeitig Genossen ganz aktiv und bewusst Parteibeschlüsse missachten, weil sie inhaltlich woanders stehen, wird ebenfalls geleugnet und vertuscht. Das Parteileben ist von Lügen, Hinterhältigkeiten und Intrigen geprägt, statt von der offenen wissenschaftlichen Diskussion.

Die Dokumentationen der Parteitage auf der Website der KPD zeugen davon, wie bewusst und auch schon langjährig dies passiert. Dort findet man exemp-

larisch etwa die Äußerungen eines KPD-Genossen, der großen Dissens mit den Positionen der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) in Bezug auf den Imperialismus hat. Statt jedoch in die inhaltliche Auseinandersetzung und den Streit um die fundierte marxistisch-leninistische Positionierung zu gehen, sprach der Genosse beim XXX. Parteitag der KPD 2018 folgendermaßen:

*„Leider aber spielt die KKE eine zentrale Rolle in den Bemühungen der europäischen kommunistischen Parteien um eine neue internationale Organisation. Wir müssen deshalb die Strömung um Marinos als das behandeln, was sie ist, nämlich feindlich, und sie **konsequent zu isolieren** versuchen. **Ein offener Angriff empfiehlt sich dabei nicht**, denn ich konnte feststellen, daß unsere Genossen gar nicht glauben können, welche reaktionären Positionen die KKE in der internationalen Zusammenarbeit vertritt. Deshalb wurde das Problem im Bericht der DRF über die Konferenz nicht in der eigentlich gebotenen Deutlichkeit angesprochen.“* (<http://k-p-d.de/index.php/kpd/parteitage/30-k-p-d/parteitage/794-xxx-parteitag-der-kpd>)

Genau das ist es, was wir zurzeit erleben. Der Dissens ist klar, die Auseinandersetzung wird gescheut, stattdessen wird intrigiert und sabotiert.

Beschriebenes Verhalten beobachteten wir innerhalb der Parteiführung über eine längere Zeit etwa zur Einschätzung des Krieges in der Ukraine. Die Debatten wurden von den Revisionisten künstlich in die Länge gezogen, Texte der ideologischen Kommission zur Bildung und Diskussionsvorlagen nicht fristgerecht behandelt wenn überhaupt, aber trotzdem Beschlüsse und öffentliche Positionierungen von Teilen der Parteiführung be- und verhindert. Von den meisten Mitgliedern der Parteiführung wurde dieses Verhalten toleriert oder sogar befördert.

Ein ähnlicher Fall stellte eine Veröffentlichung zur Frage der Volksfront dar. Auch hierzu bestand Dissens innerhalb der KPD. Anlässlich des Jugendtreffens der KPD im Sommer 2023 wurde sich mit den Fragen der antifaschistischen Einheitsfront, Volksfront und den Fallstricken antifaschistischer Strategien und Taktiken auseinandergesetzt. Zu den Ergebnisse wurde im Anschluss eine Broschüre zur Kritik der Volksfront erarbeitet (siehe: <https://offen-siv.net/wp-content/uploads/2024/09/offensiv-7-2024-Jugendheft.pdf>). Weder beteiligten sich die Revisionisten an der inhaltlichen Ausgestaltung und

Durchführung des Jugendtreffens, noch interessierten sie sich für die Inhalte. Erst als darauf gedrängt wurde, die Materialien in die Schriftenreihe aufzunehmen, versuchten sie, dies zu behindern und äußerten halbherzige Kritiken, die den Prozess unnötig hinauszögerten. Nicht nur zeigte sich dabei erneut ein generelles Desinteresse an der Parteiarbeit, sondern auch selektive Aktivitäten dort, wo man meint, seine revisionistischen Felle davonschwimmen zu sehen. Schlussendlich wurde die Aufnahme des Papiers in die Schriftenreihe beschlossen, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Frage der Volksfront und der Umsetzung in der Praxis hat nicht stattgefunden. Im Gegenteil - siehe Abschnitt Bündnispolitik.

Diese und andere Beispiele im Text sollen einen Eindruck davon vermitteln, welche Dissense es in der KPD gibt und wie damit (nicht) umgegangen wird. Um diese Dissense herum gibt es immer wieder schmutzige Tricks und Verhaltensweisen, mit denen die Revisionisten in der Parteiführung und darüber hinaus ihre (In)Aktivität durchsetzen. Dazu gehören nicht nur Arbeitsverweigerung, die Blockade von Diskussionen oder Beschlüssen, Alleingänge, die selektive und tendenziöse Erstellung von Protokollen etc. pp. sondern auch weitreichende Verstöße gegen das Statut und geltendes Parteienrecht. Darunter leidet nicht nur die innerparteiliche Demokratie und Parteiarbeit, sondern die Partei ist auch in ihrer Existenz bedroht. So wurde etwa die KPD in Sachsen nicht zu den Landtagswahlen zugelassen, weil die revisionistische Leitung der Landesorganisation (LO) Sachsen im Oktober 2023 die dafür notwendigen Wahlen der LO-Leitung nicht gesetzeskonform durchgeführt hat. Und das, obwohl die sächsische Landeswahlleitung bereits 2019 einen entsprechenden Hinweis gegeben hatte (<https://k-p-d.org/index.php/aktuell/partei/1435-erklaerung-ltw-sachsen-2024>). Solche wiederholten und wissentlichen "Fehler" hätten bei einer Angelegenheit, die für die Existenz der legalen KPD absolut notwendig ist, nicht passieren dürfen. Dass der Rechtsrahmen nicht genügend ernstgenommen wird, zeigte sich auch bei der erneuten Wahl der Leitung der LO Sachsen im Dezember 2024. Hier wurden wieder Fehler in der formellen Durchführung der Wahl gemacht und die Beanstandung dieser Fehler ignoriert. Wir boykottierten die in unseren Augen illegitime Veranstaltung, um die absolute Notwendigkeit einer rechtmäßigen Wahl zu bekräftigen - auch das wurde abgetan. Stattdessen nutzten die Revisionisten die Gunst der Stunde, um einen Antrag auf Ausschluss gegen Teile von uns zu stellen. Diese

besondere Niedertracht, obwohl an anderen Stellen ihrerseits nur Schund zum Parteileben beigetragen wird, versetzte uns dann doch in Erstaunen.

Schlussfolgerungen

In unserer Zeit in der KPD haben wir verschiedene Schritte unternommen, um die Überalterung der Partei und die hohe Mitgliederfluktuation zu stoppen, um die politisch-ideologische Auseinandersetzung in diversen Fragen zu erzwingen, Bildungsarbeit und Kaderentwicklungen anzustoßen, auf die Einhaltung der Organisationsprinzipien einer kommunistischen Partei zu bestehen oder Praxis in Gewerkschaften und auf der Straße zu entfalten. Wir haben uns auf allen Ebenen der Partei aktiv eingebracht, konnten einige Genossen aus der Inaktivität zurückholen und neue Genossen für den Kampf für den Sozialismus gewinnen. Es wurden Papiere verabschiedet, die klare antirevisionistische Position vertraten und einige Revisionisten verließen die Partei. Die Widerstände, auf die wir dabei gestoßen sind, sind jedoch enorm, die inhaltliche Auseinandersetzung wird gescheut und systematisch mit Scheindebatten überlagert. Die banalsten und existenznotwendigsten Prozesse für eine funktionierende Partei werden sabotiert und vernachlässigt. Die Mitglieder an der Parteibasis wissen an den meisten Punkten weder über die Prozesse und Diskussionen der Partei Bescheid, noch partizipieren sie an diesen. Es stellt sich immer mehr heraus, dass die allermeisten Genossinnen und Genossen innerhalb der Führung entweder weit vom Marxismus-Leninismus abgekommen sind oder nicht mehr die Kraft haben, um für eine marxistisch-leninistische Partei zu kämpfen. Diese KPD wird es so nie wieder über das aktuelle Stadium eines Traditionsvereins hinaus schaffen und schon gar nicht zu einem antirevisionistischen Pol in der Kommunistischen Bewegung Deutschlands wachsen. Die historische KPD wurden wegen ihres Antagonismus zum kapitalistischen System 1919, 1923 und 1956 verboten. Die heutige KPD wird es hinbekommen, wegen einfachsten Formalia ihre Parteizulassung zu verlieren und somit dieses kostbare Erbe der deutschen Arbeiterklasse in die Bedeutungslosigkeit zu senden.

Die genannten Probleme, insbesondere die Dissense in der Einschätzung des Imperialismus als Weltsystem und die Wirkung des Wertgesetzes, aber auch die unterschiedliche Beantwortung der Bündnisfrage und die organisatorischen Mängel finden sich in der gesamten kommunistischen Bewegung wieder. Die Kommunistische Organisation und auch die Europäische Kommunis-

tische Initiative hat sich erst kürzlich daran gespalten und damit den Zustand der Lähmung durchbrochen. Für die KPD müssen wir feststellen, dass die revisionistischen Elemente so fest verankert sind, dass die Partei nicht auf Kurs zu bringen ist. Wir treten daher aus der Kommunistischen Partei Deutschlands aus. Allen aufrichtigen Genossinnen und Genossen rufen wir zu: In den kommenden Monaten werdet ihr sehen, wie politische Parasiten in die Partei einziehen, wie ehemals Ausgeschlossene rehabilitiert und erst kürzlich verabschiedete Positionen zurückgenommen werden. Daran werdet ihr den politischen Opportunismus der KPD erkennen. Die KPD ist keine Partei der Arbeiterklasse mehr. Sie bindet revolutionäres Potenzial und führt es in die Irre. Wer seine revolutionäre Energie sinnvoll einsetzen möchte, verschwende sie nicht in der KPD.

Die KPD ist tot.

Einige ehemalige Genossinnen und Genossen aus der KPD

Kapitalismus und künstliche Intelligenz

***Makis Papadopoulos*⁷: Künstliche Intelligenz: zugunsten der Profite des Kapitals oder der Bedürfnisse des Volkes?**

Die Ära der digitalen Transformation der Wirtschaft und der Entwicklung der künstlichen Intelligenz (KI) birgt ein enormes Potenzial, um die Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Viele Arbeiter sind entrüstet, wenn sie dieses Potenzial mit ihrer eigenen Situation vergleichen. Sie erfahren zum Beispiel, dass dank KI, Menschen, die blind waren, wieder sehen können, und sie stellen den Vergleich mit dem aktuellen Zustand der öffentlichen Gesundheitssysteme an.

⁷ Makis Papadopoulos ist Mitglied des ZK der KKE und Leiter der Ideologischen Kommission der Partei. Die Arbeit wurde von ihm bei einer Veranstaltung zum Thema „digitale Transformation“ der Parteiorganisation Attika am 19. März 2023 erstmals vorgestellt. Quelle: Internetseite der KKE

Die bürgerliche Rhetorik versucht, den wahren Schuldigen zu verschleiern, der die Nutzung dieses immensen technologischen Potenzials im Interesse des gesellschaftlichen Wohlstands behindert. In bürgerlichen Analysen wird die Entwicklung der Technik entweder als Gefahr oder als wundersame Lösung unserer Probleme dargestellt.

Sowohl die Verteufelung der Technik als auch die utopische, deterministische Erwartung sozialen Wohlstands, der sich angeblich automatisch aus dem technischen Fortschritt ergeben wird, sind zwei Seiten desselben unhistorischen und falschen theoretischen Ansatzes.

Die Hauptfrage ist: für wen und für wessen Interessen ist die Ausrichtung, Entwicklung und Nutzung neuer Technologien bestimmt. Hinter der KI stehen die Entscheidungen der menschlichen Intelligenz und die jeweiligen Klasseninteressen, denen sie dient.

Generell gibt es keine neutralen technologischen Anwendungen, die unabhängig davon entwickelt oder genutzt werden, welche Klasse die Macht und die Schlüssel zur Wirtschaft in Händen hält. Mächtige Monopolgruppen und imperialistische Kreise entscheiden heute in der Praxis, welche Daten in den Datenzentren gesammelt werden, nach welchen Kriterien und Verfahren, welche Informationen und zu welchem Zweck sie extrahiert werden.

Methodisch und grundsätzlich können wir das Zeitalter der KI nicht außerhalb des Kontextes der spezifischen Produktionsweise untersuchen, in der sie sich historisch entwickelt, nämlich der kapitalistischen Produktionsweise. Im Kapitalismus findet die Verbindung der gesellschaftlichen Arbeitskraft mit den Produktionsmitteln über den kapitalistischen Markt statt. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestimmen den Zweck, die Motive, den Umfang und das Tempo der Entwicklung der Produktionsmittel. Gleichzeitig entwickeln sich, reifen und zerfallen die kapitalistischen Verhältnisse in einer dialektischen Wechselwirkung mit der Entwicklung der Produktivkräfte.

Die marxistische Analyse⁸ der konkreten Unterordnung der Arbeit unter das Kapital behält ihre Bedeutung und Relevanz. Die Produktivkraft der lebendi-

⁸ K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, Kap. 13, sowie „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses“, Ed. Synchroni Epochi.

gen vergesellschafteten Arbeit wird als variables Kapital in den Produktionsprozess einverleibt. Alle seine organisatorischen Merkmale (die Arbeitsteilung, die Koordination und Kooperation der Arbeiter, die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse usw.) werden vom Kapital bestimmt und dienen ihm.

Unabhängig davon, ob wir das Zeitalter der Dampfmaschine oder das Zeitalter des intelligenten Roboters betrachten, war, ist und wird Technologie im Kapitalismus ein Mittel zur Schaffung von Mehrwert und ein Mittel zur Kontrolle und Unterdrückung in den Händen der Kapitalmacht sein. Schon Marx hatte die Rolle der Maschinen bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Verbilligung der Waren und der Erhöhung des Ausbeutungsgrades dokumentiert. Bereits in seinem Werk „Grundrisse ...“ hatte er hervorgehoben, dass die Entwicklung des fixen Kapitals anzeigt, in welchem Maße das allgemeine gesellschaftliche Wissen zu einer unmittelbaren Produktionskraft geworden ist. Das Kapital bestimmt nicht nur den Einsatz der Technik, sondern auch die Ausrichtung und die Prioritäten ihrer Entwicklung, die stets vom Profit bestimmt wird.

Marx hatte auch die Einsparung menschlicher Arbeitszeit prognostiziert, die durch die Automatisierung und die technologische Entwicklung im Allgemeinen gewährleistet werden kann, wodurch die Bedingungen für die umfassende Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit und die soziale Emanzipation verbessert werden.

Gestützt auf die Methodik und die wissenschaftlichen Gesetze der marxistischen politischen Ökonomie können wir uns dem Zeitalter der KI also ohne Zögern nähern. Werfen wir einen Blick auf das, was heute geschieht.

Die digitale Transformation der Wirtschaft in den USA, Europa und China ist bereits eindrucksvoll vorangeschritten. Der mit dem Internet verbundene Computer ist eine universelle Maschine, die gleichzeitig als Produktions-, Kommunikations-, Bildungs-, Kultur- und Medizintechnik dient.

Das Internet der Dinge ist bereits Realität. Wir können unsere Mobiltelefone benutzen, um die so genannten „intelligenten Geräte“ in unseren Häusern zu aktivieren, wie z. B. die Klimaanlage, den Kühlschrank und den Fernseher, die mit Sensoren ausgestattet sind und sich mit dem Internet verbinden.

Mittlerweile befinden wir uns im Zeitalter des Internet of Bodies, der direkten Verbindung zwischen Menschen, dem Internet, Robotern und so genannten intelligenten Maschinen im Allgemeinen.

Durch die Konvergenz einer Reihe von technologischen Fortschritten, wie maschinelles Lernen, Deep Learning und Big Data, werden KI-Systeme entwickelt, die schnell große Datenmengen verarbeiten, sich selbst trainieren und komplexe Aufgaben erfüllen können. Quantencomputer, d. h. Supercomputer, sind in der Entwicklung.

Verschärfung des Hauptwiderspruchs

Die digitale Transformation der Wirtschaft hebt die Gesetze des Profits und der Ausbeutung nicht auf, d.h. die Gesetze, nach denen die kapitalistische Wirtschaft funktioniert.

Damit die Konzerne ihre Profite weiter steigern können, müssen sie den Grad der Ausbeutung weiter erhöhen und die Arbeitskraft aussaugen. Sie müssen die flexiblen Beschäftigungsformen und Arbeitszeiten durch „Arbeitszeitregelungen“ ausweiten.

In den Händen des Kapitals werden neue Technologien eingesetzt, um die Arbeit zu intensivieren und die Arbeitsbelastung derjenigen zu erhöhen, die weiterhin arbeiten. Zugleich wächst das Heer der Arbeitslosen.

Entgegen der bürgerlichen Propaganda verschärft diese technologische Entwicklung die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise und führt zu einer Einbahnstraße des permanenten Angriffs der bürgerlichen Politik auf die Rechte der Beschäftigten.

Wie wir aus der marxistischen politischen Ökonomie wissen, ist die Tendenz zum Sinken der Profitrate umso größer, je höher der technische Entwicklungsstand der Produktion, je höher das Verhältnis der Produktionsmittel zur Arbeitskraft im Produktionsprozess, je höher die technische und organische Zusammensetzung des Kapitals ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Quelle der Ausbeutung, die Quelle des Mehrwerts und des kapitalistischen Profits die unbezahlte Arbeitszeit der Lohnarbeiter ist, die unbezahlte Arbeit über den Wert ihrer Arbeitskraft hinaus, die sich der Kapitalist aneignet. Nur lebendige Arbeitskraft, nicht Roboter, schaffen Mehrwert.

Natürlich sieht die bürgerliche Politik diesem Abwärtstrend der Profitrate nicht tatenlos zu. Sie greift auf vielfältige Weise ein, um diesen Trend zu stoppen und den Grad der Ausbeutung der Arbeitskraft in jedem Sektor und in der gesamten Wirtschaft zu erhöhen.

Das Kapital macht sich die neuen technologischen Möglichkeiten zunutze, die es ihm erlauben, die tägliche Arbeitszeit in der Praxis zu erhöhen, unabhängig von der Zeit, welche die Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz verbringen, und den gesetzlichen Arbeitszeiten, wobei es gleichzeitig die Arbeit intensiviert. Die steigende Arbeitslosigkeit wird ausgenutzt, um die Arbeitsverhältnisse generell zu flexibilisieren.

Unsere Daten sind in den Händen des Kapitals

Das Kapital bleibt jedoch nicht dabeistehen. Es versucht, die neue, verbesserte, komplexere Vernetzung und Verbindung zwischen Menschen, Internet und Robotern sowie neue Spitzentechnologien im Allgemeinen zu nutzen, um die vollständige Unterordnung der menschlichen Arbeit unter seine Ziele zu erreichen. Mit anderen Worten, sie versucht, eine Reihe von Beschränkungen der Ausbeutung der Arbeitskraft zu überwinden, die bisher durch die Eigenschaften des menschlichen Körpers selbst vorgegeben waren. Sie versucht, die Fähigkeiten des menschlichen Körpers und der menschlichen Kognition sowohl zu steigern als auch zu ersetzen, um die kapitalistische Rentabilität zu erhöhen. So werden derzeit beispielsweise zusätzliche manuelle Handhabungsgeräte eingesetzt, um die Zahl der Arbeiter, die eine Aufgabe ausführen, zu verringern und ihre Überwachung am Arbeitsplatz zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang wird unser Körper ohne unsere Zustimmung in eine Goldmine aus Daten für das Kapital verwandelt. Digitale Daten sind in der Tat das neue Gold, das neue Öl. Die Kenntnis und Verarbeitung unserer biometrischen und persönlichen Daten ermöglicht es den Arbeitgebern, über Beförderungen und Entlassungen zu entscheiden; den Versicherungsgesellschaften, die Prämien zu ändern; dem Kapitalstaat, alle unsere Daten, einschließlich unseres Gesundheitszustands, unserer rechtlichen Ansprüche, unserer gewerkschaftlichen Aktivitäten, unserer Schulden und unserer finanziellen Situation, zu kennen und sie für seine Ziele zu nutzen.

Welchen Aspekt des gesellschaftlichen Lebens wir auch immer betrachten, es ist klar, dass sich der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter

der Arbeit, der sich ständig vertieft, und der kapitalistischen Aneignung der Ergebnisse der Arbeit verschärft. Die Bourgeoisie wird mehr und mehr reaktionär. Die objektiven Bedingungen für eine Verschärfung des Klassenkampfes und dafür, dass die Arbeiterklasse in den Vordergrund tritt und das Rad der Geschichte weiterdreht, sind mehr als reif. Es wird immer dringlicher, die Spitzentechnologie aus den kriminellen Händen des Kapitals zu befreien und dem Sumpf der kapitalistischen Ausbeutung zu entkommen. Die imperialistischen Zentren wissen und fürchten dies und ergreifen daher Präventivmaßnahmen.

Die EU bedroht unsere Rechte

Die Gefahren, die den Völkern durch die Umsetzung der EU-Strategie in den Bereichen Robotik, KI und Spitzentechnologie insgesamt drohen, sind nicht zu verbergen. Die EU war gezwungen, einige von ihnen in ihrem Rechtsrahmen für KI zuzugeben. So wird auf die Gefahren der Erfassung und Verarbeitung personenbezogener und biometrischer Daten sowie von Personen hingewiesen, die die politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten, die bürgerlichen Grundrechte und sogar das bürgerliche Konzept der Gedanken- und Meinungsfreiheit bedrohen könnten. Sie gibt außerdem zu Bedenken, dass gefährliche Manipulationstechniken und die Möglichkeit der Beeinflussung des Unterbewusstseins der Menschen durch die Verknüpfung zwischen Menschen und „intelligenten Maschinen“, die so genannte Gehirn-Computer-Schnittstelle und Augmented-Reality-Systeme bestehen.

Die euro-atlantischen Stäbe sind sich bewusst, dass die derzeitige aggressive Rhetorik, die jeden, der auf die gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren hinweist, als technikfeindlich oder als „Truthther“ abstempelt, nur extrem unwissende und politisch naive Menschen überzeugen kann.

Deshalb inszenieren und finanzieren sie eine komplexe, vielschichtige politische und kulturelle Kampagne, um Wohlwollen zu fördern und die arbeitende Bevölkerung zu manipulieren.

Ein zentraler Aspekt der Politik der Sorglosigkeit betrifft die Ausarbeitung und Förderung des EU-Rechtsrahmens, der uns angeblich vor Bedrohungen schützen soll. Die Zusicherungen der Diktatur des Kapitals, dass sie unsere Rechte schützen wird, kommen einem Fuchs gleich, der den Hühnerstall bewacht.

Ein Blick auf die aktuelle EU-Praxis genügt, um uns aufzuklären. Die EU-Stäbe behaupten, einen europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts verankert zu haben. Was geschieht in der Praxis? Im Namen der Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung haben sie die vollständige digitale Profilerstellung und Verarbeitung unserer personenbezogenen Daten sowie die präventive Überwachung und Intervention gesetzlich verankert.

Die Vorschriften des KI-Gesetzes zur künstlichen Intelligenz sind ähnlich. Die eigentlichen Regeln des neuen Rahmens sind die Ausnahmen und die Verharmlosung von Gefahren.

Im Namen der öffentlichen Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung sind biometrische Identifizierungen wie die Analyse unserer Stimme und unserer Bewegungen auf öffentlichen Plätzen zwar eine Ausnahme von der Regel. Im Interesse der Sicherheit bei den Olympischen Spielen hat Frankreich aber die biometrische Überwachung auf öffentlichen Plätzen zum ersten Mal gesetzlich erlaubt.

Im Interesse der Wirtschaft sind Arbeitsplätze in Unternehmen und Fabriken von derartigen Einschränkungen ausgenommen. Im Namen etablierter Praktiken der Leistungsbeurteilung ist der Einsatz von KI-Systemen zur sozialen Klassifizierung auf der Grundlage von Ethnie, politischer Meinung, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Sexualleben usw. natürlich eine Ausnahme von der Regel.

Im Namen der Förderung der Innovation und der Wettbewerbsfähigkeit der EU werden drei verschiedene Kategorien von geringfügigen Gefahren unterschieden, bei denen es keine Verbote gibt, aber Verpflichtungen zur Transparenz und zur freiwilligen Umsetzung durch die Unternehmen. Im Allgemeinen sind die Unternehmen verpflichtet, sich selbst zu überwachen, um die Einhaltung der EU-Vorschriften zu gewährleisten und so die Zahlung eines Bußgeldes zu vermeiden.

In den Händen des Kapitals wird die digitale Transformation der Wirtschaft genutzt, um den Grad der Ausbeutung der Beschäftigten zu erhöhen, während sie zu tieferen Krisen und einer weiteren Verschärfung des zwischenimperialistischen Wettbewerbs führt. Dies geht einher mit der Zunahme der sozialen Ungleichheiten, der digitalen und energetischen Armut und dem Anstieg der chronischen Arbeitslosigkeit.

Die neue aufkommende Krise

Die digitale Transformation kann die wissenschaftlichen Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft, die zum periodischen Ausbruch der Krise der Überakkumulation des Kapitals führen, nicht aushebeln. Im Gegenteil, sie beschleunigt die Konzentration und verstärkt die Überakkumulation des Kapitals, das keine Investitionskanäle mit einer zufriedenstellenden Profitrate finden kann. Die deutsche Wirtschaft, die der Motor der Eurozone ist, befindet sich bereits in der Rezession. Das Risiko einer Rezession in der Eurozone insgesamt nimmt zu. Das BIP der Eurozone ist seit dem letzten Quartal 2022 geschrumpft. Die Experten des Eurosystems prognostizieren, dass sich das BIP-Wachstum der Eurozone von 3,5 % im Jahr 2022 auf 0,9 % im Jahr 2023 abschwächen wird.⁹

Was den G7-Block betrifft, so befinden sich auch die Volkswirtschaften Italiens und Kanadas in der Rezession. Darüber hinaus befindet sich die chinesische Wirtschaft in einer Abschwungphase, und es besteht die akute Gefahr einer Krise im Immobiliensektor und im Bauwesen im Allgemeinen. Neben dem angeschlagenen Immobilienmarkt ist bereits ein Rückgang des Verbrauchs und der chinesischen Exporte zu verzeichnen.

Die meisten Berichte internationaler Organisationen und Rating-Agenturen¹⁰ signalisieren eine deutliche Abschwächung der Weltwirtschaft im Jahr 2023 und weisen auf die negativen Auswirkungen der zunehmenden Zinserhöhungen der Zentralbanken hin, während der Inflationsdruck noch nicht nachgelassen hat. Die Wachstumsrate des globalen BIP und des internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehrs ist auf internationaler Ebene bereits auf einem Abwärtstrend.

Die jüngsten Entwicklungen bei den US-Banken bestätigen einmal mehr, dass die Krise aus der normalen Funktionsweise des kapitalistischen Systems ent-

⁹ Im August 2023 zeigte der Purchasing Managers' Index (PMI) einen Rückgang auf den niedrigsten Stand seit 33 Monaten, sowohl für die Produktion des verarbeitenden Gewerbes als auch für andere Sektoren, die in der bürgerlichen Statistik als „Dienstleistungen“ bezeichnet werden.

¹⁰ „Der IWF schlägt Alarm: Die Verlangsamung der Weltwirtschaft hält an“, Zeitung Imerisia, 9.12.2022.

standen ist. Sie liegt in seiner DNA. Lange bevor High-Tech-Unternehmen ihre Einlagen von Banken wie der SVB abzogen, sanken ihre Gewinne. Die Aktien dieser Unternehmen stürzten im Jahr 2022 ab. Auch in den USA nahm die

Überakkumulation von Kapital zu, das nicht zu einer zufriedenstellenden Profitrate investiert werden kann. Konzerne wie Amazon, Meta und Google haben Tausende von Arbeitern entlassen.

Die bürgerlichen Belegschaften haben alle ihre Waffen eingesetzt, um den Ausbruch einer tiefen Krise zu verhindern. Die Zentralbanken haben für billige Kredite an die Staaten und „mehr Geld“ gesorgt, um die großen Pakete an Staatshilfen bereitzustellen. Das Ergebnis war eine rasant steigende Inflation, die durch den Energiekrieg der USA und der EU mit Russland noch verschärft wurde.

Um die Inflation in den Griff zu bekommen, haben die Zentralbanken dann die Zinssätze erhöht und tun dies auch weiterhin. Aber ein Mittel gegen ein Symptom kann sich als Gift für ein anderes erweisen. Steigende Zinssätze und teure Kredite verschlimmern die Verlangsamung und Rezession des kapitalistischen Wachstums.

In einer vom Wall Street Journal veröffentlichten Übersicht werden Dutzende von US-Banken genannt, die in Schwierigkeiten sind.¹¹ Der Schaden durch einen sofortigen massiven Verkauf von US- Anleihen wird auf über 620 Milliarden Dollar geschätzt.

Die USA behaupten, alle Einlagen zu garantieren. Sie sind jedoch ein überschuldeter Staat, der die „rote Linie“ der Obergrenze für die permanente Staatsverschuldung bereits überschritten hat. Die US- Staatsverschuldung hat 31,5 Billionen Dollar und 120 % des BIP überschritten, was einen Streit zwischen Republikanern und Demokraten über die Notwendigkeit von Kürzun-

¹¹ Im Sommer 2023 stuft die Ratingagentur Moody's zehn mittelgroße US-Banken herab und setzte einige große Banken wie die Bank of New York Mellon und die US Bancorp auf Beobachtung.

gen bei den Staatsausgaben ausgelöst und zu einem vorläufigen Kompromiss geführt hat.¹²

Der springende Punkt ist, dass keine Maßnahme oder Finanzspritze des Staates die eigentliche Ursache der Überakkumulation von Kapital beseitigen kann. Es gibt keinen Mangel, sondern einen Überschuss an Kapital auf den Märkten. Staatliche Maßnahmen und die Konzentration größerer Marktanteile auf die stärksten Bankengruppen können den Ausbruch der Krise nur vorübergehend aufschieben. Die nächste Krise wird tiefer sein.

Neues Feld der Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Zentren

Der Wettlauf um die Vorherrschaft im Technologiesektor, insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI), sowie bei der Ausnutzung der digitalen Transformation der kapitalistischen Wirtschaft und des Staates ist heute eines der Hauptfelder für die Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche.

Wie in der Wirtschaft insgesamt, wird auch der Technologiesektor von zwei mächtigen Polen dominiert, die um die Vorherrschaft konkurrieren: Den USA und China. Die beiden Protagonisten haben einen Vorsprung, was ihre Fähigkeit zur Sammlung und Verarbeitung von Big Data und Deep Learning angeht. Die USA verfügen über das mächtige GAFAMI-Quintett (Google, Amazon, Facebook, Apple, Microsoft) und China über die BHATX (Baibu, Huawei, Alibaba, Tencent, Xiaomi).

Die USA, die derzeit technologisch führend sind, verfolgen eine Strategie, die vor allem darauf abzielt, Chinas Dynamik einzudämmen und einen Vorteil gegenüber der EU zu erlangen.¹³

Sie verhängen daher Beschränkungen für die Ausfuhr von Chips mit fortschrittlicher Technologie, d. h. schnelleren und energieeffizienteren Chips, die

¹² Im August 2003 stufte Fitch die Kreditwürdigkeit der USA herab, während die Renditen zehnjähriger US-Staatsanleihen den höchsten Stand seit 2007 erreichten, was die Kosten für die Schuldenverwaltung der USA erhöhte.

¹³ Siehe beispielsweise P. Roumeliotis, „Der KI-Krieg zwischen den USA und China“, Economic Chronicle, Nr. 168

in KI-Computern in China verwendet werden, sowie für die Ausfuhr von Hardware- und Softwaretechnologie im Allgemeinen. Sie drängt auf eine gewisse Annäherung zwischen der EU und Japan in dieser Richtung und hat diese auch erreicht.

Außerdem subventionieren die USA großzügig einheimische Monopole in diesem Sektor. Mit dem (von den Demokraten und einem Teil der Republikaner verabschiedeten) Chips and Science Act wurden 52 Mrd. \$ an Beihilfen zur Erhöhung des schwachen US-Anteils an der modernen Halbleiterherstellung und weitere 200 Mrd. \$ über einen Zeitraum von zehn Jahren zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung bereitgestellt. Parallel dazu gibt es das Biden Green Transition Package im Wert von 360 Milliarden Dollar, das europäischen Unternehmen, die sich in den USA niederlassen, eine Vorzugsbehandlung gewährt. So hat beispielsweise Apple, das Produktionsanlagen in China besaß, die Produktion aus China verlagert.

Nach Angaben von Bloomberg sind US-Unternehmen jedoch im Nachteil, da die Herstellung von Waren im Vergleich zu entsprechenden Fabriken in Südostasien 50 % teurer und 25 % zeitaufwändiger ist.

Die EU hat sich bei den Exportbeschränkungen für China zunächst auf die Seite der USA geschlagen und ist dadurch mit internen Reibungen konfrontiert, insbesondere in Deutschland, wo ein großer Teil der 5G-Netze von den chinesischen Unternehmen Huawei und ZET gebaut wurde und wo Mercedes wichtige Partnerschaftsabkommen mit dem chinesischen Unternehmen CATL geschlossen hat.

Die EU hat ihr eigenes Programm zur Unterstützung europäischer Konzerne formuliert, nämlich den European Chips Act, mit dem Ziel, ihren geringen Anteil am Weltmarkt bis 2030 von 10 % auf 20 % zu verdoppeln. Die meisten Analysten sind jedoch der Meinung, dass 43 Milliarden Euro nicht ausreichen, um den großen Abstand zu den USA zu überbrücken.

Gleichzeitig hat die EU in dem Bestreben, ihre Unabhängigkeit zu stärken, Vereinbarungen über die Bereitstellung von sechs leistungsstarken Quantencomputern auf europäischem Boden in Deutschland, Frankreich, Italien, der Tschechischen Republik, Spanien und Polen getroffen. Dies ist eine Infrastruktur, die die Rechenleistung zur Unterstützung von Anwendungen in der Industrie und der wissenschaftlichen Forschung erheblich steigert.

China seinerseits hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 die führende digitale Macht der Welt zu werden. Zu diesem Zweck erhöht es die staatliche Unterstützung für die chinesische Mikroprozessorindustrie.

Das Zeitalter der KI

Diese Trends verstärken sich, da die digitale Transformation ein Sprungbrett für die KI darstellt, die sich seit Anfang 2010 dank der Konvergenz von drei wissenschaftlichen und technologischen Fortschritten rasant entwickelt: Die Fähigkeit, riesige Datenmengen zu verarbeiten, die sich aus der Nutzung des Internets ergeben, d.h. Big Data; die Fähigkeit von Computern, sich selbst mit ausgefeilten Algorithmen zu trainieren, d.h. maschinelles Lernen (neuronale Netze und Deep Learning); und die Fähigkeit, die Kapazität moderner Supercomputer und Quantencomputer zu steigern.

Mit einfachen Worten: Moderne Maschinen erwerben immer mehr menschliche Fähigkeiten, wie z. B. das Selbsttraining, und die arbeitenden Menschen, d. h. die primäre Produktivkraft, bedienen immer komplexere Maschinen. Gleichzeitig befinden sich die „lernenden Maschinen“, die Roboter, die Datenzentren, die riesige Datenmengen sammeln und verarbeiten, in den Händen einiger weniger Monopolgruppen, vor allem in den USA und China.

Es ist natürlich nicht das erste Mal, dass eine technologische Revolution vielfältige Anwendungen hat, die sich nicht auf die Produktion beschränken, sondern das gesamte Spektrum der Gesellschaft betreffen. Erinnern wir uns an die rasanten Veränderungen, die das Aufkommen von Dampfmaschinen, Elektrizität und die Nutzung der Kernenergie mit sich brachten.

Fest steht auch, dass die Entwicklung der künstlichen Intelligenz im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bekannte Probleme wie den Anstieg der Arbeitslosigkeit noch verschärft. Darüber hinaus wirft sie neue, grundlegende Fragen auf, die eine Reflexion auf der Ebene der politischen Ökonomie und der Philosophie erfordern, insbesondere im Hinblick auf die Veränderungen im Verhältnis zwischen der Hauptproduktionskraft, d.h. dem arbeitenden gesellschaftlichen Menschen, und den modernen Maschinen, d.h. den Produktionsmitteln.

Die wissenschaftliche Debatte konzentriert sich auf die rasch wachsende Fähigkeit von Maschinen, die lernen und sich selbst trainieren und so einen gro-

ßen Teil der heutigen menschlichen Arbeit ersetzen können. Ursprünglich ging man davon aus, dass sich dieser Umfang darauf beschränken würde, einen Großteil der manuellen und intellektuellen Routinearbeiten zu ersetzen, also der Berufe, die sich wiederholende, routinemäßige Aufgaben in einer Standardumgebung erfordern.

Die zuverlässigsten bürgerlichen Analysen zu diesem Thema, die vor einigen Jahren durchgeführt wurden, versicherten, dass Berufe, die echte Kreativität und eine Reaktion auf unvorhersehbare Umgebungen erfordern, jenseits der Fähigkeiten der KI liegen.⁷⁰ Es hat sich jedoch gezeigt, dass die neuronalen Netze der „lernenden Maschinen“ durch die Analyse einer großen Datenmenge vielfältige Fähigkeiten entwickeln können. Sie gewinnen die Fähigkeit, komplexe Ziele zu erreichen. Sie sind nun in der Lage, sich neues Wissen anzueignen und es dann auf einen bestimmten Bereich anzuwenden. Die KI dringt sogar in das künstlerische Schaffen ein, etwa in die Malerei und das Kino.

In einer kürzlich von der Brookings Institution veranstalteten Diskussion wurde die Ansicht geäußert, dass wir nicht mehr ausschließen können, dass alle Tätigkeiten, die heute von Fachkräften ausgeführt werden, durch Maschinen ersetzt werden können. Professor Geoffrey Hinton, der den Grundstein für die Entwicklung von KI-Systemen gelegt hat, trat vor kurzem von Google zurück und schlug Alarm wegen der unbeabsichtigten Folgen und der unkontrollierten Entwicklung von Systemen durch mächtige Unternehmensgruppen. Gleichzeitig unterzeichneten 1.000 führende Technologieunternehmen einen offenen Brief über die unvorhersehbaren negativen Auswirkungen der KI. Dabei handelt es sich weder um „Technophobiker“ noch um „Ludditen“.¹⁴

In der Tat werden viele der heutigen Arbeitsplätze verschwinden, und die Art anderer Arbeitsplätze wird sich ändern. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die

¹⁴ Anmerkung Übersetzer: Technophobie (von altgriechisch τέχνη *téchnē*, deutsch 'Kunst, Fähigkeit, Geschick', und φόβος *phóbos*, deutsch 'Angst'), genannt auch Technology related anxiety (TRA) ist die Angst (oder starke Ablehnung) vor Technologie, komplexen Geräten und besonders auch Computern. Ludditen, nach dem Engländer Lud genannte aufrührerische Arbeiter in England, die aus Angst vor Arbeitslosigkeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts Textilmaschinen zerstörten; Bezeichnung für Menschen, die sich in irgendeiner Weise dem technischen Wandel entgegenstellen

Rolle des arbeitenden Menschen als Hauptproduktionskraft abgeschafft wird. Die Entschlüsselung einiger neuronaler Prozesse, die im menschlichen Gehirn ablaufen, und die Untersuchung der unzähligen Synapsen von Nervenzellen, die die biologische Grundlage der menschlichen Kognition bilden, schreiten voran. Die Entwicklung der menschlichen Kognition ist jedoch ein viel komplexeres Phänomen und beschränkt sich nicht auf die kognitiven Fähigkeiten eines Individuums.

Das menschliche Gehirn als Organ des Denkens und der Bewusstseinsbildung wächst und entwickelt sich historisch im Prozess der gesellschaftlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Lebens im Allgemeinen. Die gesellschaftliche Arbeit vollzieht sich innerhalb der herrschenden Produktionsverhältnisse, ob feudal, kapitalistisch oder sozialistisch. Dort bildet der Mensch seine Fähigkeit aus, die Wirklichkeit in verallgemeinerter Form mit Begriffen, Urteilen und Schlussfolgerungen zu reflektieren. Er erwirbt die Fähigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse zu entwickeln, sich Ziele zu setzen, die Produktionsmittel zu konstruieren, in Gang zu setzen und zu nutzen. Der gesellschaftliche Mensch ist in der Lage, Pläne zu machen, sich Ziele zu setzen, Aktionen zu organisieren und durchzuführen, um diese zu erreichen, und das Endergebnis seines Handelns vorherzusagen. Sie sind die Hauptproduktionskraft in jeder Produktionsweise.

Die KI denkt nicht so umfassend und komplex wie der Mensch. Gegenwärtig wandelt sie hauptsächlich einige Daten schnell in andere Daten um.¹⁵ Im Wesentlichen sind Supercomputer schneller und effizienter bei spezifischen Aufgaben. Sie können nicht politisch denken und allgemeine Ziele mit sozialem Inhalt setzen, z. B. das Ziel, das System und die Produktionsweise zu ändern. Sie können schnell messbare, quantitative Daten verarbeiten, die auf bestimmten, von gesellschaftlichen Menschen festgelegten Kriterien im Rahmen der herrschenden Produktionsverhältnisse beruhen.

All dies bedeutet nicht, dass wir selbstgefällig werden sollten, sondern vielmehr, dass wir uns auf das eigentliche Problem konzentrieren sollten, d. h. auf die derzeit herrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

¹⁵ Siehe das Interview mit Professor Luciano Floridi in Kathimerini, 2/8/2020.

Die herrschende Klasse greift ihrerseits präventiv, systematisch und entschlossen ein, um das Bewusstsein des Volkes weiter zu untergraben und zu manipulieren. Sie versucht, ihre Ziele ungehindert zu erreichen und die Arbeiter dazu zu bringen, sie so weit wie möglich zu übernehmen, als handle es sich um ihre persönlichen Interessen.

Die US-Regierung, die EU und die Großaktionäre mächtiger Wirtschaftskonzerne legen derzeit besonderen Wert auf die Aushöhlung des Bewusstseins der Arbeiter, damit diese unkritisch und bedingungslos die Umsetzung aller technologischen Fortschritte akzeptieren, ohne zu fragen, wer davon profitiert und wessen Bedürfnisse damit erfüllt werden.

Die Vermarktung und der Eingriff in den gesunden menschlichen Körper, der nun als neutrales, lebendiges Labor dargestellt wird, soll von den Arbeitern ohne Einschränkungen und soziale Begrenzungen als etwas Fortschrittliches akzeptiert werden. So verachtet Elon Musk zynisch die Neinsager seiner Zukunftspläne und stellt die Gefahr in Aussicht, dass diese an den Rand gedrängt werden, wenn sie ihre Gehirne nicht ständig nach seinen technischen Vorgaben verbessern.

Aus diesem Grund wird die postmoderne, irrationale Vorstellung von „Selbstidentifikation“ und multiplen Identitäten auf vielfältige und systematische Weise gefördert. Diese Auffassung entkoppelt den Menschen von jeder objektiven Identifikation, z. B. der Klasse oder des Geschlechts, zu der er objektiv gehört.

Außerdem wird die Illusion genährt, dass sich jeder allein auf der Grundlage seines individuellen Wunsches oder seiner subjektiven Meinung zur Realität definieren kann. Dies ist eine fälschliche Annahme, die besagt, dass es keine objektive Wahrheit gibt, dass man sie nicht kennen kann oder dass es sinnlos ist, sich ihr zu nähern.

Bedenken wir, wie viel leichter es für die Arbeiter ist, zum Spielball der Kapitalmacht zu werden, wenn sie nicht antworten können oder es ihnen gleichgültig ist, ob sie Arbeiter oder Unternehmer, Palästinenser oder Israeli sind, oder wenn sie sich in Bezug auf ihr Geschlecht neutral identifizieren.

Wenn sie verneinen, dass sie Opfer der kapitalistischen Ausbeutung sind und dass sie sich aktiv am Klassenkampf beteiligen müssen, sondern sich stattdes-

sen aufgrund ihrer individuellen Vorlieben oder ihrer Mehrfachidentitäten mit einem Teil der Kapitalisten solidarisieren.

Der Klassencharakter der Entwicklung der KI

Die KI macht heute das, was das Kapital will. Das gilt für die Produktion, die Bildung, die Kultur und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Ihre Ausbeutung für den kapitalistischen Profit kann zu einem starken Anstieg der Langzeit- und Dauerarbeitslosigkeit führen, zum Ausschluss eines bedeutenden Teils der Bevölkerung aus der Produktion und zu ihrer Verdammung, von einem „garantierten Mindesteinkommen“ zu leben, d.h. von einer Beihilfe zur extremen Armut zu leben.

Prognosen und Bewertungen variieren je nach den politischen Zielen derjenigen, die sie erstellen. Einige argumentieren, dass - wie bei jeder technologischen Revolution - viele neue Berufe entstehen werden, um die Verluste aufzufangen (z. B. Software- und KI-Anwendungsentwickler, Cybersicherheitsspezialisten).

Im Jahr 2021 sagte das Weltwirtschaftsforum voraus, dass bis 2025 aufgrund der veränderten Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine 97 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen und 85 Millionen Arbeitsplätze wegfallen werden.

Der McKinsey-Bericht sagt voraus, dass zwischen 2035 und 2075 weltweit 50 % der heutigen Arbeitsplätze wegfallen werden, während die generative KI die Weltwirtschaft um bis zu 4 Billionen Dollar pro Jahr bereichern wird. Mehrere ähnliche Studien, z. B. von PricewaterhouseCoopers, gehen in die gleiche Richtung.

Bedeutende Analysten weisen darauf hin, dass auf der Grundlage des Beschäftigungsindex in den USA der erste durch Computertechnologie geschaffene Arbeitsplatz sich erst auf Platz 21 wiederfindet. Die Dynamik der Verluste wird deutlich größer sein als die Dynamik der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Das Problem wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen. Nach Angaben der International Federation of Robotics (IFR) wurden in den letzten 30 Jahren bereits mehr als 75 % der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie durch konventionelle Roboter und automatisierte Prozesse ersetzt. Und das war,

bevor moderne Roboter, die Arbeiter bei kreativen kognitiven Aufgaben ersetzen können, überhaupt aufkamen.

Diese Entwicklung ist jedoch keine Einbahnstraße. Sie beruht auf dem entscheidenden Einfluss des Kapitalismus auf die Prioritäten bei der Entwicklung der Technologie, der Organisation der Produktion und der Bildung.

Ebenso gibt es keine klassenlose Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung und der wissenschaftlichen Arbeit. Das Kapital kontrolliert heute die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Wege und Methoden ihrer Nutzung, die Prioritäten und die Normen. Der Wettbewerb zwischen Konzernen und Patenten bremst die tiefere Vergesellschaftung der wissenschaftlichen Forschung.

Viele waren beeindruckt, und das zu Recht, von der Anwendung der KI ChatGPT, die sich in kürzester Zeit verbreitet und durchgesetzt hat. Sie wird als unparteiisches interaktives Sprachmodell angepriesen, dass unsere Fragen direkt beantworten kann.

Wir haben die Software in ihrer ursprünglichen Version gefragt, ob die Sowjetunion ein demokratisches Regime war. Sie antwortete, dass dies nicht der Fall sei, da es kein Mehrparteiensystem, keine freien Wahlen und keine Toleranz gegenüber gegenteiligen politischen Ansichten gebe. Sie fügte jedoch hinzu, dass es unterschiedliche ideologische Ansichten und Kriterien geben könne.

Dieses System wurde offensichtlich mit Material „trainiert“, das von der herrschenden bürgerlichen Ideologie durchdrungen ist. Einige Schüler und Studenten nutzen es bereits als Hilfsmittel für ihre Prüfungen und Hausarbeiten. Es ist bereits eine hitzige Debatte über die Beschränkung seiner Verwendung in der akademischen Gemeinschaft und die negativen Folgen entbrannt, die seine wahllose Verwendung für die Einschränkung der Kritikfähigkeit des Benutzers haben kann.

Die wichtigste negative Auswirkung des kapitalistischen Systems betrifft jedoch die Hindernisse, die es der Entwicklung der wichtigsten Produktivkraft, nämlich des arbeitenden Menschen, in den Weg legt. Anstatt den technischen Fortschritt für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit, der geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Arbeiter zu nutzen, wird er für den

Angriff des Kapitals auf ihre Rechte verwendet. Er dient einerseits der Intensivierung und Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter und andererseits der Vergrößerung des Heeres der Dauerarbeitslosen und der Verarmten und der Obsoletmachung der Arbeitskraft eines erheblichen Teils der Bevölkerung. Sie untergräbt in vielerlei Hinsicht die physische und psychische Gesundheit von Beschäftigten und Arbeitslosen, die in Ungewissheit und Unsicherheit über die Zukunft leben. Sie verstärkt die Entfremdung der Arbeiter von ihren Mitmenschen und verschärft die Konkurrenz.

Die Fähigkeiten der automatisierten Maschinen, sich untereinander und mit den Arbeitskräften abzustimmen und komplexe Aufgaben zu erfüllen, haben sich erheblich weiterentwickelt. Gleichzeitig ändern sich, wie bereits erwähnt, der Inhalt vieler Aufgaben und der Bedarf an ständiger Umschulung. Die Anforderungen an die menschliche geistige Arbeit steigen, einschließlich der Anforderungen an ständige Weiterbildung, Teamarbeit, schnelle Anpassung an neue Erfahrungen und Arbeitsaufgaben.¹⁶

Vorboten des Sozialismus

Es gibt einen radikalen Unterschied zwischen der Art und Weise, wie der Kapitalismus und der Sozialismus diese Probleme angehen. Im Kapitalismus liegt es in der Verantwortung des einzelnen Arbeiters, sich schnell auf neue Aufgaben einzustellen und sein Wissen zu erweitern, weil er fürchtet, arbeitslos und unzureichend abgesichert zu sein.

Der Sozialismus hingegen kann die schöpferischen Fähigkeiten der Beschäftigten und ihre Initiative freisetzen, weil er sie an die Spitze des historischen Prozesses der sozialen Emanzipation stellt.

Im Sozialismus ändern sich der Zweck der Produktion und die Rolle der Arbeitskräfte. Der Zweck der Produktion ist die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft, die sich ständig erweitern. Die Arbeiter, befreit vom Joch der Lohnklaverei, spielen eine aktive, tägliche Rolle bei der Entscheidungsfindung und -kontrolle. Die Schlüssel der Wirtschaft und die Zügel der Macht gehen in die Hände der Arbeiterklasse über. Die treibende Kraft des Fort-

¹⁶ G. Stourmaras, „Technologische Entwicklungen und die Zukunft der Arbeit“, Ta Nea Zeitung, 23-26/12/2021.

schritts ist nicht länger die Konkurrenz, sondern die Kraft des Kollektivs am Arbeitsplatz.

Nur der Sozialismus kann die technologische Entwicklung so gestalten, dass sie sich von einem Mittel zur Steigerung des Ausbeutungsgrades und der Kontrolle über die Arbeiterklasse (d. h. ihrer derzeitigen Funktion im Kapitalismus) in ein Mittel zur Befriedigung aller gesellschaftlichen Bedürfnisse verwandelt.

Wasser, Energie, Gesundheit, Kommunikation, Verkehr, Bildung und die Arbeitskraft selbst sind dann keine Ware mehr. Land und Produktionsmittel, Fabriken, Rechenzentren, Häfen, Flughäfen und Infrastruktur sind staatliches gesellschaftliches Eigentum.

„Kann man das alles machen?“, fragen uns viele Menschen wohlmeinend.

Es wurde gemacht, liebe Freunde, in der Sowjetunion im 20. Jahrhundert. Die wissenschaftliche Zentralplanung und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel brachten bedeutende Errungenschaften hervor, die der Kapitalismus niemals erreichen wird.

Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Armut wurden abgeschafft. Die Menschen erhielten freien Zugang zu hochwertigen Gesundheits- und Bildungsdiensten. Es wurden enorme Fortschritte im technischen Bereich erzielt, wie etwa die Eroberung des Weltraums.

Natürlich gab es auch negative Erfahrungen, als die Grundsätze des sozialistischen Aufbaus allmählich aufgegeben und untergraben wurden und sich die Politik des Marktsozialismus durchsetzte, die den Weg für seinen Sturz ebnete.

Diese negative Erfahrung zeigt aber auch die Überlegenheit des Sozialismus, die im 21. Jahrhundert noch zunimmt.

Heute können wir dank der Informationstechnologie, die neuen Möglichkeiten der digitalen Technologie, der Robotik und der künstlichen Intelligenz, die die Vorboten des Sozialismus sind, für den sozialistischen Aufbau nutzen.

Eine Reihe von technischen und wissenschaftlichen Beschränkungen, die die Möglichkeiten der zentralen Planung und des sozialistischen Aufbaus im Russland von 1917 und in der Sowjetunion von 1930 einschränkten, bestehen

nicht mehr. Heute ist der Grad der Vergesellschaftung der Arbeit und der Automatisierung der Produktion erheblich gestiegen.

Die neuen Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität können von der Arbeitermacht genutzt werden, um die freie, arbeitsfreie Zeit der Arbeiter erheblich zu erhöhen. Sie können genutzt werden, um das allgemeine Bildungsniveau anzuheben und die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit des Arbeiters durch seine tägliche, aktive Beteiligung an der Entscheidungsfindung und Kontrolle von Entscheidungen, durch kreative Arbeit zu fördern.

Bedeutende neue Möglichkeiten ergeben sich auch für die Vorbeugung und Wiederherstellung der Gesundheit des Arbeiters, für die Verhütung und Behandlung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten.

Im Gegensatz zum Kapitalismus kann der Sozialismus die neuen Probleme, die sich aus der Entwicklung der Technik und der Produktivkräfte insgesamt ergeben, wirksam und effizient lösen.

Er ist in der Lage, den Erfordernissen der ständigen Umschulung der Arbeitskräfte, der raschen Anpassung an neue Arbeitsaufgaben und neue Daten sowie an die Zusammenarbeit am Arbeitsplatz gerecht zu werden.

Der Sozialismus wird die neuen Probleme planvoll und in kollektiver, d.h. in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung angehen und nicht als ausschließlich individuelle Angelegenheit des einzelnen Arbeiters. Die Umschulung von Arbeitskräften erfolgt ohne die Angst, arbeitslos und ungesichert zu sein, in einer Gesellschaft, die kollektive Anstrengungen fördert und sich auf sie stützt, statt auf den Konkurrenzkampf.

Die wichtigste Produktivkraft, der arbeitende Mensch, wird dadurch gestärkt. Die Steigerung der Produktionskapazität der Arbeiter, die sich auf die neuen Möglichkeiten stützt, wird nicht auf Kosten ihrer Gesundheit gehen und ihr körperliches und geistiges Wohlbefinden nicht gefährden.

Gleichzeitig wird die Produktion insgesamt und in jedem Sektor gestärkt, um den sozialen Bedürfnissen gerecht zu werden. KI-Systeme, Roboter und so genannte intelligente Maschinen im Allgemeinen werden dazu dienen, Kriterien, Algorithmen und Daten zu entwickeln, die auf die Befriedigung sozialer Bedürfnisse und den Schutz des sozialistischen Aufbaus ausgerichtet sind.

Neue Möglichkeiten zur Steigerung von Qualität und Quantität der gewünschten Produkte werden genutzt, um das Wohlergehen der Menschen zu sichern: neue Wege der Produktionsplanung und -steuerung, automatische Vorhersage von Fehlern und Bestellung von Ersatzteilen, Neugestaltung von Maschinen und technischen Systemen, Verbesserung der Verarbeitungsmaterialien, Optimierung des Energieverbrauchs und der notwendigen Reserven.

Man denke an das Potenzial der modernen interdisziplinären Forschung, um gesellschaftliche Bedürfnisse zu antizipieren und darauf zu reagieren.

Man denke an die neuen Möglichkeiten, die KI für die Konstruktion von Schiffen, Zügen und Flugzeugen bietet.

Man denke nur an die Fähigkeit, vorherzusagen, wie sich verschiedene Planungsentscheidungen auf die Leistung und Sicherheit eines öffentlichen Verkehrsmittels auswirken werden. Oder die Möglichkeit, einen Entwurf mithilfe von Simulationen zu bewerten, bevor er im Produktionsprozess umgesetzt wird.

Die neuen technologischen Möglichkeiten beziehen sich jedoch nicht nur auf die Produktion. Sie können die Effizienz der zentralen Planung selbst erhöhen und dazu beitragen, jede Form von Gruppenbesitz vollständig zu beseitigen.

Man denke nur an die neuen Möglichkeiten, große Daten- und Informationsmengen schnell zu erfassen und zu verarbeiten, vorgeschlagene Pläne und Lösungen zu vergleichen und schnelle und optimale Entscheidungen bei komplexen Problemen zu treffen.

Die digitale Transformation und der Einsatz von KI-Technologien können daher zu einer optimalen Zuweisung von Arbeitskräften, Produktionsmitteln und Rohstoffen in verschiedenen Sektoren beitragen, um das notwendige proportionale Wachstum zwischen den wichtigsten Produktionssektoren und zwischen den Regionen eines Landes sicherzustellen. Sie kann dazu beitragen, soziale Bedürfnisse und spezifische Produktionsanforderungen frühzeitig zu antizipieren, um geeignete Produktions- und Ausbildungsziele zu ermitteln, insbesondere für die Produktion von Produktionsmitteln und die wissenschaftliche Forschung, die oberste Priorität haben.

Dies ist der Weg der digitalen Transformation und der Nutzung von KI zum Nutzen der Bedürfnisse der Menschen, den die KKE mit ihrem revolutionären

Programm beschreitet. Natürlich kämpfen wir bereits auf der Grundlage dieses Programms, ohne dabei Zeit zu verlieren.

Wir schreiten voran, um den großen Gegenangriff des Volkes zu organisieren, der den Weg zum Sturz des barbarischen Ausbeutungssystems öffnen wird.

Heute stehen wir an der Spitze des Kampfes für die Verkürzung der Arbeitszeit und fordern die 35-Stunden-Woche (7-Stunden-Arbeit an 5 Tagen in der Woche), verbunden mit erheblichen Erhöhungen der Löhne und der Renten.

Wir stehen an vorderster Front im Kampf gegen die Liberalisierungspolitik der EU, die zu Energie- und digitaler Armut führt. Wir kämpfen für sichere, schnelle und billige Kommunikation und Transport. Wir kämpfen für die Abschaffung des reaktionären EU-Rahmens, der das präventive digitale Profiling aller Bürger ermöglicht. Wir kämpfen für die Nutzung neuer Technologien zur Verbesserung des Katastrophenschutzes. Wir kämpfen für ein ausschließlich öffentliches und kostenloses Gesundheits- und Bildungswesen.

Christian Kunz: Reflexionen

Die Verdrängung und Versklavung des weiblichen Geschlechts begann mit der Weiterentwicklung der Produktivkräfte nach dem Urkommunismus. Sie hat auch heute noch sehr oft sehr grausame Formen. Sie beruht in letzter Instanz auf dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln und wird mit diesem wieder fallen. Die Gleichberechtigung der Frauen ist im Kapitalismus nicht zu schaffen. Warum? Der Kapitalismus lebt von der untergeordneten Rolle der Frau. Einmal als Arbeiterin, die nachgewiesener Weise bedeutend weniger verdient als der Mann, und das auch in gleicher beruflicher Position, besonders auffällig ist aber, dass die Mehrzahl der Lohnabhängigen in den unteren Gehaltsklassen Frauen sind. Außerdem ist es für den Kapitalismus sehr praktisch, wenn die Frau denn überwiegenden Teil der Care-Arbeit übernimmt, unentgeltlich selbstverständlich. Da das Bewusstsein nicht unabhängig vom gesellschaftlichen Sein entsteht, spiegelt sich auch in den Anschauungen

der meisten Männer wider, die die untergeordnete Stellung der Frau tolerieren oder sogar begrüßen. Das Sein bestimmt das Bewusstsein!

Zwar ist durch den Kampf der Arbeiter:innenklasse und der Oktoberrevolution vieles für die Frauen verbessert worden, doch auch hier hat es nach der Konterrevolution ein Rollback gegeben. Nun höre ich schon „Männerrechtler“, die sagen: auch Männer werden verprügelt. Das ist sicher richtig. Aber nicht in dem Umfang, wie die häusliche Gewalt die Frauen trifft. Es herrscht noch immer ein weit verbreitetes patriarchalisches Bewusstsein vor.

Im Moment ist in manchen Kreisen der BRD die Diskussion entbrannt, das Abtreibungsverbot in der BRD zu entschärfen, in anderen Kreisen, es zu verschärfen. Ich denke es muss immer ein Recht auf Abtreibung geben. Es ist einzig und allein Sache der Frau, das zu entscheiden, und selbstverständlich Sache der Gesellschaft, die Entscheidung der Frau zu akzeptieren und möglich zu machen. Und das meine ich in beiden Fällen, im Fall der Abtreibung, aber eben auch dann, wenn eine Frau ein Kind bekommen will. Denn viel zu oft werden Frauen und Familien mit ihren Kindern allein gelassen, so als seien Kinder keine gesellschaftliche Verantwortung.

Und vergessen wir nicht, dass die Gleichberechtigung der Frau auch im Sozialismus nicht sofort da ist. Auch hier ist es notwendig, dass die Partei der Arbeiterklasse einen energischen Klassenkampf gegen veraltete Ansichten und Gewohnheiten führt. Die DDR war in dieser Hinsicht ein gutes Vorbild.

Vergessen wir nicht: Auch Putin und andere Führer der BRICS-Staaten handeln nur nach den Interessen ihrer Bourgeoisie. Antiimperialismus kann nicht heißen, den einen imperialistischen Block gegen den anderen zu unterstützen. Antiimperialismus ist Antikapitalismus, ist damit auch Frauenbefreiung, und Antiimperialismus gibt es nicht ohne Befreiung der Arbeiter:innenklasse und ihrer Verbündeten.

Heute sind meine Gedanken in Syrien. Den USA und Israel ist es wohl zusammen mit der Türkei gelungen, ihre Vorstellungen eines Nahen Ostens fürs erste durchzusetzen. Was dort passiert ist, ist keine positive Entwicklung. Ich vermute, das ging nicht ohne Abkommen mit Russland und vielleicht auch mit dem IRAN.

Meine Solidarität gilt in diesen Stunden der Kommunistischen Partei Syriens (Bagdash), die jetzt unter schwierigen Bedingungen arbeiten müssen, auch den Genossen der Kommunistischen Parteien Israels und Palästinas, der Kommunistischen Partei Libanons, der Tudeh Partei des Irans .Zugleich muss gesagt werden: es ist in Zukunft wichtig sich freizumachen vom Einfluss des Baathismus, des Linkszionismus usw. Organisatorische und weltanschauliche Unabhängigkeit ist sehr wichtig für alle Kommunistischen Parteien.

Das gilt auch für die BRD. Auch hier müssen wir weltanschaulich Parteien wie den BSW, die Linke oder auch die SPD bekämpfen. Das darf natürlich nicht in linke Fehler ausarten dass man die Anhänger:innen dieser Parteien beschimpft. Niemand wird als Marxist geboren. Wir müssen den Anhänger:innen dieser Parteien klar machen, dass es Sozialismus nur mit einer kommunistischen Partei gibt. Sozialismus bedeutet: nach und nach wird alles private Eigentum an den Produktionsmitteln vergesellschaftet. Natürlich müssen historische und nationale Besonderheiten berücksichtigt werden, aber sie sind nicht entscheidend. Wir werden eine neue Internationale aufbauen müssen. Das wird die Zukunft sein, die Arbeiter:innenklasse und ihre Verbündeten werden sich weltweit abstimmen. Dafür müssen wir Revisionismus, Reformismus bekämpfen und die Volksfrontpolitik beenden.

Einige Gedanken zu den Merkel-Jahren: Als Marxisten-Leninisten wissen wir, dass nicht große Männer oder Frauen die Geschichte machen. Das Bestimmende sind die Produktionsverhältnisse und ihre Entwicklung.

Was ist nun zu den Merkel Jahren zu sagen? In diesen 16 Jahren ist der deutsche Imperialismus sehr stabil gewesen. Er hat es geschafft, mittels niedriger Löhne bei einer gleichzeitig hohen Produktivität die zyklischen Krisen woanders stattfinden zu lassen. Im Bewusstsein großer Teile der Bevölkerung gilt diese Zeit heute trotzdem als goldene Ära. Das ist, weil Merkel gerade abdankte, als der deutsche Imperialismus in eine Krise gekommen ist. Das deutsch-russische Bündnis, das Schröder geschmiedet und sie fortgesetzt hatte, zerbrach und Deutschland wurde erstmal weit nach hinten geworfen

Für die Arbeiter*Innenklasse ist die Merkel-Ära aber verheerend gewesen. Große Teile der Infrastruktur sind marode, an der Schuldenbremse wurde eisern festgehalten, ein viel zu niedriger Mindestlohn wurde eingeführt. Die Entscheidung, viele Flüchtlinge aufzunehmen war sicher nicht besonderer

Humanität geschuldet. Sie ist zusammen mit der Schuldenbremse und der Weigerung der Regierung, eine auch nur geringe Vermögenssteuer einzuführen daran schuld, dass die Arbeiter*Innenklasse gespalten wurde. Der verheerende Aufstieg der AFD begann, der bis heute sich fortsetzt.

Der deutsche Imperialismus war damals noch nicht in der Krise, so gelang es, auch Teile der Arbeiter*Innenklasse zu bestechen und weite Teile des Kleinbürgertums zu gewinnen. Merkel prägte das Wort von der marktkonformen Demokratie

Außenpolitisch wurde ein Schaukelkurs gemacht. Deutschland rüstete auf, blieb an der Seite der USA, aber verdarb es sich auch nicht mit Russland oder China. Das Ziel war immer ein Erstarken des deutschen Imperialismus. Die Kooperation zwischen Deutschland und Russland ist schließlich so mächtig geworden, dass die USA intervenierten, was den deutschen Imperialismus stark zurückgeworfen hat.

Was lernen wir daraus? Es gibt keinen „Ultraimperialismus“, die imperialistischen Staaten bekämpfen sich auf allen Ebenen, und die Kräfteverhältnisse, die heute bestehen, sind morgen schon obsolet. Die richtige Analyse ist extrem wichtig, sonst kommt es zum Opportunismus.

Lenins Satz ist wichtiger denn je: ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis. Heute ist die Arbeiter*Innenklasse in der BRD mehr denn je gespalten. Deswegen muss betont werden: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Egal ob Flüchtling aus Syrien oder Afghanistan, ob hoher oder niedriger Verdienst, ob Deutscher oder Migrant. Wir haben als Arbeiter alle dieselben Interessen: Sozialismus oder Barbarei.

Zur antifaschistischen Bewegung. Es ist natürlich positiv, wenn es Widerstand gegen die AFD, die ehemalige NPD und andere faschistische Organisationen und Parteien gibt. Als Kommunist*innen sind wir erklärte Feinde des Faschismus. Jedoch braucht auch die antifaschistische Bewegung Klarheit. Einerseits ist sie eine Bewegung, in der vom Christen bis Kommunisten jeder willkommen sein sollte, andererseits braucht sie jedoch, um wirklich konsequent zu sein, die Führung einer Kommunistischen Partei.

Denn wir werden den Faschismus, nicht besiegen, wenn wir die Wurzeln den Kapitalismus nicht besiegen.

Die Führungen der Partei der SPD oder der Grünen sind nicht antifaschistisch. „Endlich im großen Stil abschieben“ (Scholz) oder „Waffen nach Israel und in die Ukraine“ (SPD und Grüne) sind nicht antifaschistisch. Auch die Antideutschen sollten nicht willkommen sein in der antifaschistischen Bewegung. Warum? Einen Völkermord zu legitimieren, das kann nicht antifaschistisch sein. Jede Israel-Flagge auf einer Antifa-Demo schadet dem antifaschistischen Kampf immens.

Aber was auch noch geschieht: Letztlich wird die Arbeiter:Innenklasse, damit meine ich die bewusste Arbeiter:Innenklasse und ihre Verbündeten, den Kapitalismus und Faschismus besiegen.

<p>Projekt einer fortlaufenden Arbeit für die offen-siv in 2025</p>

***Anna C. Heinrich, Jürgen Geppert, Tim Schoenmakers,
Frank Flegel: Notizen zum Zustand der kommunistischen
Bewegung und daraus abgeleitete Arbeitsvorhaben***

Die derzeitige Lage der kommunistischen Bewegung in Deutschland und International ist erschreckend. Mehrheitlich sind die kommunistischen Parteien im Revisionismus gefangen und im großen Stil auf dem Weg zum Sozialreformismus. Leider ist auch eine Verseuchung einiger der bisher zum „revolutionären Pol“ zählenden Parteien und Organisationen zu beobachten. Gemeint sind diejenigen Parteien und Organisationen, die in Havanna Oktober 2022 den Ukraine-Krieg richtigerweise als einen zwischenimperialistischen Krieg betrachteten. Anstatt, dass die Auseinandersetzung mit dem Ukraine-Krieg und dem Imperialismusbegriff zu mehr wissenschaftlicher Klarheit in der kommunistischen Bewegung geführt hätte und sich damit ein „revolutionärer Pol“ hätte entwickeln bzw. konsolidieren können, wurde gleich im nächsten zwischenimperialistischen Krieg in Gaza annähernd die gesamte gewonnene Klarheit wieder über Bord geworfen und mit dem unabhängigen Klassenstandpunkt wieder gebrochen.

Die ideologischen Widersprüche, die in der kommunistischen Bewegung im Rahmen des Gaza-Krieges zum Vorschein kommen, betreffen nicht nur die Einschätzung des konkreten Krieges selbst, sondern reichen wesentlich tiefer bis hin zu den Grundlagen unserer Weltanschauung. Die ideologischen Aufweichungen konkret im Fall der Einordnung des Gaza-Krieges sind dem Zweck untergeordnet, das Vorgehen der palästinensischen Bourgeoisie zu legitimieren. Dazu ein paar ausgewählte Beispiele:

Es wird behauptet,

- dass es sich bei Palästina um eine „Kolonie“ handele,
- dass die palästinensische Nation im Zuge des angedichteten Kolonialverhältnisses und der fehlenden Existenz eines Staates „unterdrückt“ sei,
- dass der „palästinensische Befreiungskampf“ nicht die Interessen der Bourgeoisie vertrete, stattdessen sei er ein Kampf „gegen Nationalismus und Rassismus und für den Sozialismus“,
- dass in Palästina keine Bourgeoisie existiere. Begründung: es finde in Palästina keine Produktion statt.

Damit wird behauptet, dass Palästina keine Klassengesellschaft sei. Diese Vorstellungen greifen nicht nur die marxistische Kapitalanalyse, sondern auch grundsätzlich den u.a. in „Das Elend der Philosophie“, „Die deutsche Ideologie“, dem „Anti-Dühring“ und speziell dem Vorwort von „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ entwickelten dialektischen Materialismus an.

Anstatt die materiellen Verhältnisse zu betrachten, wird zu Gunsten einer gedanklichen Vorstellung bzw. „Idee“ abstrahiert und aus ihr alles erklärt. Der dialektische Materialismus nimmt hingegen die Wirklichkeit zum Ausgangspunkt, um aus der menschlichen Tätigkeit und deren Resultaten, also aus den wirklichen materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen die von diesen produzierten gesellschaftlichen Erscheinungen zu begreifen.

Für Palästina heißt das: Der Widerspruch der Ware produziert sowohl die palästinensische Bourgeoisie als auch die Konkurrenz, die schließlich die Ursache des Gaza-Krieges ist. Aller religiöser Überbau, Rassismus, alle Grausamkeit beruhen auf diesen gesellschaftlichen Ursachen. Die gedankliche Vorstellung des „palästinensischen Befreiungskampfes“ als Kampf „der Pa-

lästinenser“ und die ihr entsprechenden Thesen und Ideen sind dabei bloßes ideologisches Produkt des von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen erzeugten Konkurrenz widerspruches.

Palästina soll hier aber nur eine Illustration sein, um die weiterreichenden ideologischen Widersprüche in der kommunistischen Bewegung aufzuzeigen. Das grundlegendste Problem ist, dass ein überwiegender Teil derselben den dialektischen Materialismus als weltanschauliche Grundlage des Marxismus zwar in Worten anerkennt, in der Praxis aber mit Füßen tritt.

Man kann also sagen, dass wir „ganz bei Null“ anfangen müssen. Wir werden in der offen-siv eine sich aufbauende Serie anfangen, beginnend mit der Verteidigung des dialektischen Materialismus wollen wir dann die gegenwärtig diskutierte klassischen Themen der kommunistischen Bewegung wie die neuen Entwicklungen der imperialistischen Dynamik, die Kriege in der Ukraine und in Palästina, den deutschen Imperialismus, die Niederlage des sozialistischen Weltsystems usw. aufgreifen. Wir wollen dies aber nicht in der bisher praktizierten Form von einzelnen Artikeln zu einzelnen Themen, sondern alles im Zusammenhang entlang des „inneren Bandes“ (Marx), also entlang der Logik des Wertgesetzes und des Kapitals tun. Dabei werden sowohl der logische Weg von der Ware zum Kapital und von dort zum Imperialismus wie auch die an der Oberfläche sichtbaren Widersprüche des Imperialismus, z.B. Ausbeutung, Krieg, Armut, Flucht, Umweltzerstörung und anderen Themen in den Blick genommen werden und uns scheint zusätzlich ein Rekurs auf den Fetischcharakter der Ware sinnvoll zu sein, um auch die grundlegenden gesellschaftlichen Beziehungen, das „Alltagsbewusstsein“, also den psychischen Reflex des Kapitalismus, in den Fokus zu nehmen.

offen-siv-Rechenschaftsbericht für das Jahr 2024

Realisierte Hefte des Jahres 2024

1-2024 Ausgabe Januar-Februar 2024, 104 Seiten

2-2024 Sonderheft: Thanasis Spanidis, „Die Herrschaft des Kapitals in China“, 132 Seiten

3-2024 Ausgabe März-April 2024, 96 Seiten

4-2024 Sonderheft: Neue Kommunistische Partei der Niederlande: „Imperialismus und aktuelle Entwicklungen in den internationalen Beziehungen“, 76 Seiten

5-2024 Ausgabe Mai-Juni 2024, 128 Seiten

6-2024 Ausgabe Juli-August 2024, 100 Seiten

7-2024 Sonderheft: „Kritik der Volksfrontpolitik“ mit Dokumenten von Wilhelm Pieck und Georgi Dimitroff sowie Beiträgen von Julia Meinke, der Ideologischen Kommission der KPD, Gerhard Feldbauer und Frank Flegel, 100 Seiten

8-2024 Ausgabe September-Oktober 2024, 64 Seiten

9-2024 Ausgabe November-Dezember 2024, 136 Seiten

Insgesamt 936 Seiten.

Von wem es was zu lesen gab in 2024

Abteilung für Internationale Beziehungen des ZK der KKE, Heinz Ahlreip, Arbeiterpartei Irlands, Joachim Becker, Georgi Dimitroff, e.rasmus, En Marcha, Europäische Kommunistische Aktion, Gerhard Feldbauer, Frank Flegel, Harald Guenterowitsch, Anna C. Heinrich, Erich Honecker, Harald Humburg, Inge Humburg, Ideologische Kommission der KPD, Internationale Kommission der KPD, Hermann Jacobs, Kommunistische Arbeiterzeitung (AG Öl und Gas), Kommunistische Partei der Arbeit – Für Frieden und Sozialismus (Finnland), Kommunistische Partei der Arbeiter Spaniens, Kommunistische Partei Griechenlands, Kommunistische Partei Paraguays, Kommunistische Partei Schwedens, Kommunistische Partei der Schweiz, Kommunistische Partei der Türkei, Kommunistische Partei Venezuelas, Kommunistische Revolutionäre Partei Frankreichs, Reiner Kotulla, Vitali Kovel, KPD, KPDSU(b), Christian

Kunz, Helmut Loeven, Julia Meinke, Neue Kommunistische Partei der Niederlande, Partei der Arbeit Österreichs, Wilhelm Pieck, Redaktion offen-siv, RKSM(b), Russische Botschaft in der BRD, Tim Schoenmakers, Torsten Schowitz, Vijay Singh, Thanasis Spanidis, J.W.Stalin, Maurice Thorez, ZK der KPD.

Die Orte in der Bundesrepublik Deutschland, in die wir die offen-siv als gedruckte Broschüre schicken:

Ahrensburg, Aichtal, Augsburg, Bad Bentheim, Bad Säckingen, Bergisch Gladbach, Berlin, Bernhardswald, Bielefeld, Blumberg, Bochum, Bonn, Braunschweig, Bremen, Bruckmühl, Burgstetten, Chemnitz, Connewitz, Crailsheim, Darmstadt, Diez, Dorfen, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Eilenburg, Eisenhüttenstadt, Eltville, Erfurt, Erkner, Essen, Frankfurt/Main, Frankfurt/Oder, Freising, Friedberg, Friedrichsroda, Frohburg, Fulda, Fußgönheim, Gera, Gerlingen, Gießen, Göttingen, Halle, Hamburg, Hameln, Hannover, Heidelberg, Heidenau, Hermsdorf, Hohen Neuendorf, Hoyerswerda, Ingolstadt, Jena, Jetzendorf, Karlsruhe, Kassel, Kathlow, Köln, Krefeld, Kronberg, Krostitz, Kühlungsborn, Leipzig, Leun, Lindau, Magdeburg, Mannheim, Markte, Mittweida, Mönchengladbach, Moers, Moormerland, München, Münster, Neustadt, Niederer Fläming, Nürnberg, Oldenburg, Osnabrück, Pirna, Premnitz, Puchheim, Rathenow, Raunheim, Ravensburg, Rostock, Rüsselsheim, Saarbrücken, Schweinfurt, Schwenningen, Schwerin, Schwetzingen, Sonneberg, Stadtroda, Steffenberg, Steingaden, Stelle-Wittenwurth, Strausberg, Stuttgart, Thale, Trossingen, Tübingen, Veitshöchheim, Weimar, Wennigsen, Wiesbaden, Wilhelmshaven, Woltersdorf, Wuppertal, Zella-Mehlis

Auslandssendungen gehen in folgende Länder:

Belarus, Belgien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, Niederlande, Österreich, Polen, Russland, Schweiz.

Finanzen des Jahres 2024

Ausgaben:

Bankgebühren:	318,16 €
Büro ¹⁷ :	2.421,31 €
Werbung ¹⁸ :	1.035,30 €
Porto ¹⁹ :	2.927,51 €
Druck ²⁰ :	7.891,00 €
Summe Ausgaben:	14.593,28 €
Summe Einnahmen²¹:	13.045,50 €
Saldo:	- 1.547,78 €

Fazit:

Wir hätten uns sicherlich ein besseres Ergebnis gewünscht, als für das Machen unserer Zeitschrift im Jahr 2024 draufzahlen zu müssen. Allerdings gab es in 2024 Kosten für langfristige Anschaffungen wie einen neuen Rechner und zwangsweise – nämlich auf Anweisung der Post – einen neuen Adressdrucker sowie ein neues Programm dafür, was Ausgaben sind, die nicht jedes Jahr anfallen. Ein weiterer Grund für das nicht ganz erfreuliche Ergebnis ist sicherlich der tiefe Widerspruch, ja inzwischen feindselige Graben innerhalb der kommunistischen Bewegung bzgl. der Imperialismustheorie. Wir hatten und haben aufgrund unseres Festhaltens am Marxismus-Leninismus einige Abbestellungen zu verzeichnen, auch haben andere Leserinnen und Leser ihr Spendenaufkommen aus diesem Grunde reduziert. Aber das ist nun einmal so und damit muss man rechnen.

¹⁷ Neuer Rechner, neuer Adressdrucker, Adressaufkleber, Papier, Druckpatronen, Homepage, Computerwartung, Zugangsgebühren für spezielle Internetseiten.

¹⁸ Anzeigen in der Tageszeitung „junge Welt“.

¹⁹ Gebühren für die Verschickung als Postvertriebsstück sowie Porto für Einzelsendungen, Pakete und Päckchen.

²⁰ Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

²¹ Spenden, Buchläden, Stände.

Vor der Pleite stehen wir dennoch nicht, denn wir haben im vergangenen Jahrzehnt ein kleines Rücklage-Guthaben gesammelt, welches sich Ende 2022 auf 7.519,26 € belief. Ende 2023 hatten wir ein Minus von 204,94 € zu verzeichnen, jetzt für Ende 2024 kommt ein weiteres Minus von 1.547,78 € dazu, so dass unser Rücklage-Guthaben nun auf 5.766,54 € abgenommen hat. Das ist zwar schade, aber kein Beinbruch.

Dokumentiert: Neujahrsgrüße des „Schattenblick“

Liebe Freundinnen und Freunde des Schattenblick!

Aufs Kürzeste und in der Stimmung verhaltener Gemütlichkeit begrüßt, wünscht Ihnen das Schattenblick-Team in diesen dunklen und ereignisreichen Monaten ein paar Stunden und Tage der konstruktiven Reflexion und produktiver Zurückgezogenheit. Mögen Ihnen diese Vorwand und Gelegenheit bieten zur Besinnung auf eine fast verloren gegangene Gewissheit, nämlich die, dass sich in den Zeiten anwachsender Resignation und existenzieller Ängste auch die Stärke zu widerstreiten verbirgt.

Im Schatten wachsenden Sozialabbaus und dem qualvollen Sterben demokratischer Errungenschaften sowie dem klaglosen Scheitern humanistischer Vernunft erscheint uns das Jahresende mit seinen Weihnachtsfesten und Konsumfreuden überladen, überdeutet und krank. Es gleicht einem leeren Versprechen.

Die einzige Ermutigung ist, dass Versprechen doch nur leer sein können und dass in Anbetracht dessen auch nur das Kleinste, was es zu tun gibt, keinen Aufschub und kein Zögern duldet. So könnte das Kleinste, was wir tun, schon zur Lösung jenes Knotens beitragen, über den sich die Fesseln gesellschaftlicher Fremdbestimmung, unaufrichtiger Anpassung und feiger Ignoranz zum geballten Selbstbetrug zusammenschnüren.

Mit diesen gesinnlichen Grüßen verabschiedet sich das SB-Team für das Jahr 2024 von seinen LeserInnen, MitstreiterInnen, kooperierenden Verlagen und AutorInnen, um sie mit alter Kraft und neuem Schwung im Jahre 2025 bei der Lektüre des nun wieder regelmäßig erscheinenden Schattenblick wiederzutreffen.

<h2>Post aus Polen</h2>

Zbigniew Wiktor: Herzliche Umarmung

Sehr geehrter Genosse Frank Flegel sowie die Redaktion, Autoren und Leser der hoch geschätzten Zeitschrift für Sozialismus und Frieden, offen-siv!

Ihr lieben Genossen, es ist mir sehr angenehm, Euch recht herzlich zu begrüßen und Euch viele Wünsche zum neuen Jahr 2025 zu übersenden, gute Gesundheit, viel Glück und viele weitere Erfolge im revolutionären und theoretischen Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Krieg, sowie gleichzeitig für Sozialismus, Frieden und eine bessere und siegreiche Zukunft der Werktätigen und der friedliebenden Völker nicht nur in Deutschland, Polen usw.

Vielen Dank für die jeweiligen Ausgaben der „offen-siv“, die Sie mir regelmäßig übersenden. Ich lese jeder Nummer mit großer Aufmerksamkeit und auch manche Artikel benutze ich in meiner wissenschaftlichen Arbeit, insbesondere von F. Flegel, Anna C. Heinrich usw. Ad multos annos!

Herzliche Umarmung von Prof. Zbigniew Wiktor, Wroclaw, Polen.

